

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 49 vom 4. Dezember 1981

15. Jahrgang

1 DM

ÖTV muß sich auf den Streik vorbereiten

Die Lohnkürzung muß verhindert werden!

BONN/STUTTGART. — Auch das Spitzengespräch zwischen ÖTV-Chef Kluncker und Bundesinnenminister Baum änderte nichts an der Absicht der Bundesregierung, den Bahnbrecher für die erste Lohnkürzung in der Geschichte der Bundesrepublik zu spielen. Um 1 Prozent wollen die Herren in Bonn den Arbeitern, Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes die Löhne kappen. Dies ist eine lohnpolitische Kriegserklärung an die gesamte Arbeiterschaft!

Offensichtlich sind die Herren in Bonn fest entschlossen, den Griff in die Taschen der Müllmänner, Busfahrer, Eisenbahner, Krankenschwestern, Briefträger, kleinen Postbeamten usw. tatsächlich zu tun. Genau wie die privaten Unternehmer verstehen diese Herrschaften nur noch eine Sprache: Die Sprache des Streiks! Sollen die Lohnkürzungen zurückgeschlagen werden, so darf es jetzt seitens der ÖTV kein Zögern und Abwarten mehr geben. Es muß ab sofort jede notwendige Maßnahme zur Vorbereitung eines einheitlichen und geschlossenen Streiks aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten Lohnabhängigen getroffen werden.

Der Abteilungssekretär beim ÖTV-Hauptvorstand, Lothar Grüll, erklärte in der letzten Woche zu der geplanten Einkommenskürzung: „Eine Organisation, die das kampfflos hin nimmt, verdient es nicht mehr,

Gewerkschaft genannt zu werden.“ Dieser Feststellung ist nichts hinzuzufügen. Jetzt heißt es nur noch, entsprechend zu handeln!

Die Kollegen im öffentlichen Dienst will man jetzt in unverschämter Weise für die Hochrüstungspolitik (an der sich die Rüstungskonzerne dumm und dämlich verdienen) und für die Folgen der kapitalistischen Wirtschaftskrise bluten lassen. Und es ist sonnenklar, daß die Bundesregierung hier eine Vorreiterrolle übernommen hat, um auch den Lohnräubern in der Privatwirtschaft Tür und Tor zu öffnen.

Die Rechnung ist ebenso raffiniert wie schmutzig: Aufgrund der besonderen Verhältnisse im öffentlichen Dienst lassen sich hier gewisse Vorurteile in der Bevölkerung ausnutzen. Es wird so getan, als hätten die Beschäftigten im öffentlichen Dienst allesamt große Privilegien. Natur-

lich stimmt es, daß hohe Beamte, höhere Angestellte, Ärzte, Richter, Staatsanwälte usw. privilegiert sind. Aber doch nicht diejenigen, die durch die Einkommenskürzung hart getroffen würden: die Arbeiter, unteren Angestellten und kleinen Beamten!

Außerdem spekulieren die Herren auch damit, daß ein Streik im öffentlichen Dienst unpopulär ist, weil er für die arbeitende Bevölkerung gewisse Belastungen mit sich bringt.

Umso wichtiger ist in dieser Lage die aktive Solidarität aller Gewerkschafter mit den ÖTV-Kollegen. Wenn zum ersten Mal in dieser Republik Arbeitern und kleinen Angestellten der sauer verdiente Lohn gekürzt werden soll, dann ist es fünf vor Zwölf! Die gesamte Tarifrunde 1982 wird wesentlich dadurch beeinflusst werden, ob es gelingt, die Lohnkürzung im öffentlichen Dienst zu verhindern.

Solidaritätswoche
mit der Sektion DDR der KPD

Vielfältige Aktionen schufen Öffentlichkeit über Verhaftungen in der DDR!

DORTMUND. — Die ersten Tage der Solidaritätswoche mit den verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR haben eine breite Öffentlichkeit über diese Tatsache geschaffen. Daß Menschen lediglich wegen ihrer kommunistischen Meinung verhaftet werden, daß in der DDR die Verbreitung kommunistischer Gedanken unter Strafe steht, das überrascht immer wieder die werktätigen Menschen unseres Landes.

Dabei konnten die Organisationen der KPD und des Solidaritätskomitees ihre Aktionen darauf aufbauen, daß mit der Aktion am Alexanderplatz in Ostberlin vom vorletzten Wochenende und der anschließenden breiten Berichterstattung in den Medien diese Vorgänge bereits wesentlich bekannter waren als vorher.

Zahlreiche Genossen berichteten, daß sie bei Ständen oder sonstigen Aktivitäten oft konkret nach der Aktion am Alexanderplatz gefragt wurden.

Das war auch der Grund dafür, daß an den Ständen des vergangenen Wochenendes in der Regel mehr Unterschriften zum Protest gegen die Verhaftungen gesammelt wurden als bei seitherigen entsprechenden Aktionen der Partei und des Solidaritätskomitees.

Die verschiedensten Aktionen werden im Laufe dieser Woche bis zum Wochenende in vielen Städten fortgesetzt — wir werden weiter darüber berichten. (Siehe auch Seite 3).

Faschistischer Mordanschlag in Peine

Kurdischer Patriot erschossen

PEINE. — Am vergangenen Freitag wurde in der niedersächsischen Industriestadt ein hinterhältiger Mordanschlag auf zwei kurdische Patrioten verübt. Nezir Seker starb unter den Kugeln des Mordkommandos, Halil Yildiz wurde schwer verletzt.

Alles spricht dafür, daß die Attentäter aus den Kreisen der in Peine besonders gut organisierten türkischen Faschisten kommen. Halil Yildiz war vor zwei Monaten schon einmal Opfer eines faschistischen Überfalls, bei dem er so schwer verletzt wurde, daß er vier Wochen im Krankenhaus liegen mußte. Peine war überdies auch einer der Orte in Westdeutschland, wo sich der spätere Papstattentäter Ali Agca mit Hilfe der dortigen Faschisten über längere Zeit hinweg versteckt hielt.

Trotzdem ist von den niedersächsischen Behörden nichts unternommen worden, um das Nest der Grauen Wölfe in Peine, den „Idealistenverein“ in der Dammstraße, auszurauchern. Und Peine ist da durchaus kein



„Lummer und sein Erlaß müssen weg“ —

unter dieser Parole demonstrierten am vergangenen Samstag 30 000 Westberliner — Deutsche und Ausländer — gegen einen Erlaß des Innensenators Lummer, der rund 20 000 ausländische Jugendliche mit Ausweisung und Trennung von ihren Familien bedroht (siehe auch Artikel auf Seite 7). An der Demonstration in Westberlin hatte sich eine breite Aktionseinheit beteiligt, die fast 80 türkische, griechische, spanische und deutsche Organisationen umfaßte.

Staatliche Preistreiberei immer heftiger

Bundesbahn will Millionen von den Pendlern holen

Über 10 Prozent Preiserhöhung
im Nahverkehr

FRANKFURT/MAIN. — Zum dritten Mal innerhalb eines Jahres kündigt die Direktion der Bundesbahn Preiserhöhungen an: Ab 1. Februar nächsten Jahres sollen die Fahrkarten im Durchschnitt etwa 8 Prozent teurer werden. Vor allem aber zielt diese Maßnahme auf die Werktätigen, die Pendler und Zeitkartenbesitzer, sie müssen 10,3 Prozent mehr bezahlen.

Diese erneute Preiserhöhung soll 400 Millionen Mark in die Kassen der Bundesbahn bringen. Und während die Erhöhungen im Fernverkehr (7 Prozent) und für die Unternehmer (beispielsweise Großkundenabonnements, die ebenfalls um 7 Prozent steigen) unter dem Durchschnitt liegen, sind es die vielen Hunderttausende, die täglich mit der Bahn zur Arbeit fahren, die am meisten zur Kasse befohlen werden. Mit ihnen betreffen sind auch die Schüler und Studenten.

Die Begründung für diese Preiserhöhung ist schon genau so bekannt, wie die stetige Leier der Ölmultis beim Benzinpreis:

Das Defizit zwingt dazu. Der Nahverkehr sei eben am meisten defizitär, deshalb müsse da auch am meisten angehoben werden. Tatsache ist andererseits, daß die Bundesbahn den Unternehmen jede Menge Sondertarife zur Verfügung stellt, daß sie im Frachtverkehr gegen eigene Tochtterspeditionen Dumpingangebote macht. Tatsache ist weiter, daß sie den Monopolen für Anlagen und Fahrmaterial jeden Preis bezahlt, den diese diktieren. Das heißt: Für das Kapital ist die Bundesbahn ein Geschäft, das einmal mehr die arbeitenden Menschen bezahlen.

Veranstaltungen
der KPD

Gegen
Sozialabbau
und
Rüstungswahnsinn

Bielefeld,
11. Dezember, 19.30 Uhr
Gaststätte Zum Eggetal,
Arthur-Ladebeckstraße

Es spielen: Die Bremer
Stadtquerulanten

Solidarität
mit den
verhafteten
kommunistischen
Oppositionellen in
der DDR

Westberlin,
15. Dezember, 19.30 Uhr
Gaststätte Schultheiß in
der Hasenheide (Neukölln)



Nezir Seker — von Faschisten erschossen.

Kommentar der Woche

Jubel in den sowjetischen Medien. Ein voller Erfolg sei der Besuch des Parteichefs Breschnew in Bonn gewesen, ein Markstein in den westdeutsch-sowjetischen Beziehungen. Die Bonner Reaktion war gedämpfter, jedenfalls was das Verhältnis zwischen den beiden Staaten betrifft. Genscher beispielsweise betonte mit Nachdruck, daß es deutsch-sowjetische Sonderbeziehungen weder geben werde, noch geben könne.

Diese Erklärung aber war weniger an die Adresse Moskaus gerichtet, als vielmehr in Richtung Washington gesprochen. Denn immerhin hatte sich Bonn ja geweigert, dem Drängen Reagans nachzugeben und das Abkommen über sowjetische Erdgaslieferungen platzen zu lassen. Nicht umsonst ist dieses Abkommen von westdeutschen Banken als das größte Geschäft aller Zeiten gefeiert worden. Wobei das BRD-Finanzkapital vor allem die langfristigen Perspektiven einer Beteiligung an der Ausbeutung der sibirischen Energiequellen im Auge hat.

Der Dolmetscher

Ein solches Geschäft will man sich auch von Reagan nicht vermasseln lassen. Also doch Sonderbeziehungen? Ist Breschnews Rechnung aufgegangen, durch gezielte Angebote die Widersprüche zwischen Bonn und Washington weiter zu vertiefen und die Bundesregierung wenigstens ansatzweise zu einer distanzierteren Haltung gegenüber dem Reaganschen Konfrontationskurs zu bringen?

Davon kann keine Rede sein. In der wesentlichen Frage der Gespräche mit Breschnew, der Atomrüstung nämlich, ist Schmidt voll auf Linie geblieben. Er selbst hat seine Position in dieser Frage als die eines Dolmetschers beschrieben. Und damit hat er die Sache auf den Begriff gebracht. Der Chef des Bonner Staates begnügt sich in einer Frage, bei der es um Leben und Tod für unser Volk geht, mit der Rolle des Sprachrohrs einer ausländischen Supermacht, die erklärmaßen darauf hinarbeitet, diese Bundesrepublik Deutschland zum Aufmarschplatz und schließlich zum Schlachtfeld eines atomaren Krieges zu machen.

Deutlicher als mit seinem Gerede von der Dolmetscher-Funktion hätte Schmidt gar nicht klarstellen können, daß es nicht unsere Interessen sind, denen er sich verpflichtet fühlt. Reagan kann also aufatmen. Der Bonner Kanzler ist auf Kurs geblieben. Er wird auch weiter den Handlanger für die amerikanischen Kriegspolitik machen.

Schmidt hat sich nach dem Breschnew-Besuch jedoch auch noch eine weitere Dolmetscherrolle angemaß. All den Menschen in unserem Land, die von tiefer Besorgnis über die Rüstungspolitik der beiden Militärböcke und die offenkundigen Kriegsvorbereitungen der Supermächte erfüllt sind, will er nun die wahren Beweggründe der Herr Reagan und Breschnew verdolmetschen. Beide Herren, so erzählt uns jetzt der Kanzler, wollen nur den Frieden. Gewiß gebe es da einige Spannungen zwischen ihren Staaten. Die aber beruhten nur darauf, daß man sich gegenseitig für Kriegstreiber hielte, was aber ein böses Mißverständnis sei.

Und auch die Lösung dieses Problems hat der Kanzler schon parat: Unbedingt müßten sich die honorigen Herren Reagan und Breschnew zu einem persönlichen Gespräch treffen. Mißverständnisse ausgeräumt. Frieden gerettet. So einfach ist das also.

Ist es wirklich so einfach? Man muß angesichts der Schmidtschen Demagogie immer wieder klarstellen: Es sind nicht die Verständigungsschwierigkeiten zwischen den Supermächten, ihr gegenseitiges mangelndes Vertrauen oder sonst was verantwortlich für den Wahnwitz der atomaren Hochrüstung auf beiden Seiten. Es sind die imperialistischen Raubinteressen, die beide Supermächte dazu treiben, ihr militärisches Potential ständig zu erhöhen; die sie dazu treiben, die militärische Überlegenheit gegenüber dem Gegner sicherzustellen, um die letzte Konfrontation, auf die sie zusteuern, siegreich für sich zu entscheiden.

Daran wird sich auch durch Gespräche — auf welcher Ebene auch immer — nichts ändern. All das Theater um ein mögliches Gipfeltreffen oder auch um die jetzt angelaufenen Genfer Verhandlungen soll nur wieder einmal der Friedensbewegung den Wind aus den Segeln nehmen. Was gerade Dolmetscher Schmidt bezweckt, liegt auf der Hand: Wir sollen die Augen nach Genf richten und einfach abwarten, daß die Friedensfreunde aus Washington und Moskau ihre Mißverständnisse ausräumen.

Aber da könnten wir lange warten — solange, bis uns der nächste Krieg überrollt.

Detlef Schneider

Bundesrat lehnt Haushaltsgesetze ab

Strauß zieht die Fäden

BONN. — Erwartungsgemäß hat der Bundesrat in der vergangenen Woche die vom Bundestag beschlossenen und von der Regierung als „Operation 82“ bezeichneten Haushaltsgesetze abgelehnt. Damit ist die endgültige Verabschiedung dieses Sparprogramms möglicherweise bis ins nächste Jahr hinausgeschoben.

Der Bundesrat mit seiner CDU/CSU-Mehrheit wollte dadurch jedoch keinesfalls den brutalsten Angriff auf den sozialen Besitzstand der Werktätigen seit Bestehen der Bundesrepublik stoppen. Die Ablehnung wurde damit begründet, daß Bundesregierung und Bundestag bei der Erarbeitung und Diskussion der Haushaltsgesetze auf keine einzige der vom Bundesrat vorgebrachten Empfehlungen eingegangen wären.

Und diese Empfehlungen liefen allesamt darauf hinaus, noch tiefer in das sogenannte soziale Netz einzuschneiden, als es nach der „Operation 82“ ohnehin schon geschieht. Diese Haltung wurde letzte Woche noch einmal bekräftigt. Der Stuttgarter Ministerpräsident Späth etwa erklärte kategorisch, Baden-Württemberg werde auch Kompromissen in Sachen Haushaltspolitik — wie sie von den diese Woche beginnenden Vermittlungsgesprächen zwischen Regierung, Bundestag und Bundesrat erwartet werden — nur dann zustimmen, wenn sie weitere drastische Kürzungen von Sozialleistungen beinhalten.

Im übrigen beklagten alle Regierungschefs der Bundesländer, also auch die der SPD angehörenden, daß durch die Bonner Haushaltsbeschlüsse hohe Folgekosten für die Länder und Gemeinden entstehen würden. Die Kürzungen beim Kindergeld, beim Arbeitslosengeld usw. würden größere Ausgaben bei der Sozialhilfe mit sich bringen. Nun ist es ja zweifellos richtig, daß die brutalen Rotstiftaktio-

nen viele Menschen auf den Status von Sozialhilfeempfängern herabdrücken werden. Aber welche Schlußfolgerungen ziehen die Länderbosse daraus? Sie schreien jetzt alle, einschließlich der SPD-Vertreter, nach neuen Gesetzen, mit denen auch die Sozialhilfe drastisch gekürzt werden soll.



Strauß: Heimlicher Besuch bei Schmidt.

Innerhalb der Unionsparteien sind in der Behandlung der Haushaltsfragen unübersehbare Widersprüche aufgebrochen. Man ist sich zwar einige darüber, den von der SPD-Regierung begonnenen Sozialabbau weiter voranzutreiben. Aber während beispielsweise der Kieler Ministerpräsident Stoltenberg der Bundesregierung stets Verhandlungsbereitschaft in der Haushaltspolitik signalisiert hat, setzt Strauss auf die totale Konfrontation. Ganz im Sinne der von ihm entwickelten be-

ruchtigten Sonthofener Strategie will er beispielsweise durch die Blockade der Haushaltsgesetze die Widersprüche zwischen den beiden Koalitionsparteien weiter zuspitzen, in der Hoffnung natürlich, daß dies die Bonner Regierung zum Platzen bringen würde.

Gegen die „Kompromißler“ Stoltenberg, Albrecht und Co. war denn auch der Befehl gerichtet, mit dem Strauss in die Streitigkeiten innerhalb der Unionsparteien eingriff: „Ich lege Wert darauf, daß die Ministerpräsidenten keine gesonderten Kontakte zur Regierung aufnehmen.“ Sich selbst jedoch fühlte er bei diesem Befehl natürlich ausgenommen. Am 5. November schlich er sich durch den Hintereingang des Kanzleramtes zu Geheimgesprächen mit Schmidt. Über den Kontakt waren übrigens nicht einmal die CDU-Führer informiert, sie erfuhren darüber erst durch Enthüllungen in der Presse.

Der Inhalt der Gespräche wird bis heute sowohl von Strauss wie auch von Schmidt geheimgehalten. Spekulationen über die mögliche Bildung einer Großen Koalition, wie sie nach dem Treffen angestellt wurden, dürften allerdings kaum eine Basis haben. Was die Motive von Strauss für seinen heimlichen Besuch im Kanzleramt angeht, ist wohl eher das zutreffend, was der CDU-Senator Blum aus Westberlin mutmaßte: „Jungs, wollte der Strauss sagen, ich bin wieder da.“

Tatsächlich hat der CSU-Boß durch sein massives Einschalten in die Haushaltsdebatte wie auch durch seinen Kontakt mit Schmidt nach langen Monaten einer erzwungenen Zurückhaltung wieder in aller Deutlichkeit seinen Führungsanspruch angemeldet. Eine mögliche CDU-Regierung in Bonn, so ist klar geworden, soll von vornherein unter dem Kommando von Strauss und seinen Hintermännern stehen. Die Losung „Stoppt Strauss!“ könnte schon bald wieder unmittelbare Aktualität bekommen.

21. Konferenz der westeuropäischen Regierungschefs

Wirtschaftskrise spaltet die EG

LONDON. — Die 21. Konferenz der Regierungschefs der EG-Länder ist ein völliger Fehlschlag geworden. Nichts von dem, was angekündigt worden war geschah, nichts von dem, was beabsichtigt worden war, wurde erreicht. Selbst in der bürgerlichen Presse wurde so deutlich wie noch nie, daß hinter all den Prasen vom Europäertum mehr und mehr die nackte und brutale Konkurrenz der verschiedenen „Partner“ steht.

Die großartig angekündigte Veränderung am Agrarmarkt fiel buchstäblich ins Wasser. Die geplante Diskussion über die Veränderung der Beitragszahlungen der einzelnen Mitgliedsstaaten blieb im Ansatz stecken.

Der europäische Agrarmarkt hat in der Vergangenheit ausschließlich dazu gedient, den reichen Bauern, den Großgrundbesitzern und Agrarkapitalisten, den Großbanken und Nahrungsmittelmonopolen Profit zu bringen. Er hat in allen Mitgliedsstaaten zur weiteren Verarmung der kleinen Bauern geführt, war ein Mittel des Bauernlegens.

Wenn er jetzt plötzlich in Frage gestellt wird, und zwar nicht aufgrund des Bauernprotests gegen diese Regelungen, dann ist dies ein Kennzeichen dafür, wie stark die tiefe kapitalistische Wirtschaftskrise die verschiedenen westeuropäischen Staaten erfaßt hat.

Und ebenso verhält es sich mit den Beitragsregelungen: Die

Bundesrepublik, größter Beitragszahler und selbsternannter „Finanzier der Gemeinschaft“, weigert sich heute, weitere zusätzliche Gelder aufzubringen. Und dies, obwohl die westdeutschen Monopole in der Vergangenheit in sehr starkem Maße von diesen Beiträgen, die aus den Steuern der Werktätigen bezahlt wurden, profitiert haben.

Auch zeigt es sich, daß es die kapitalistische Krise ist, mit ihren inflationären Auswirkungen, mit ihren Auswirkungen auf die Staatsfinanzen, die die Möglichkeiten selbst der größten kapitalistischen Staaten wesentlich beengen, die den Konkurrenzkampf offen zutage treten läßt.

Wer dabei das Sagen hat, wurde auch klar: Wenn Mitterand betont, die Einigung zwischen ihm und Schmidt sei Voraussetzung für den guten Verlauf des Gipfels. Oder wenn Schmidt Papandreu zu sich zitiert, um ihn von Gedanken an einen NATO-Austritt abzuhal-

ten. Oder, wenn man der britischen konservativen Thatcher-Regierung gegenüber Großzügigkeit an den Tag legt, um ihr bessere Wahlchancen einzuräumen.

Das Brimborium, das veranstaltet wird, verliert zunehmend an Glanz, und ans Tageslicht tritt immer mehr der wahre Charakter dieser sogenannten Gemeinschaft: Ein Pakt imperialistischer Staaten, aus dem jedes Mitglied auf Kosten der anderen seinen Vorteil ziehen will. Wenn die EG im nächsten Jahr 25 Jahre alt wird, so wird dies in Wahrheit kein Anlaß für Jubiläumsfeiern sein. Denn noch nie in der Zeit ihres Bestehens war diese Gemeinschaft der Großkapitalisten dermaßen zerrüttet wie heute. Mühsam sei versucht

worden, die größten Risse zu kitten, ohne Erfolg — das war der Tenor in der bürgerlichen Presse.

Und in der Tat: All jene Projekte von „europäischen Paß“ und „europäischer Akte“, mit denen vor allem Bundesaußenminister Genscher vergeblich versucht, sich als Vorkämpfer einer „Europaidee“ zu profilieren, sie alle wirken lächerlich und sind es auch im Angesicht der wirklichen Verhältnisse, des Streits, der Beschimpfungen, der immer offeneren Angriffe untereinander. „Ein bißchen Abschottung“ stehe auf der Tagesordnung, meinte ein westdeutscher EG-Beamter zusammenfassend — und dies ist tatsächlich das gegenwärtige Hauptthema aller EG-Treffen.

Liebe Leser!

Beginnend mit der Ausgabe 50/81 wird der „Rote Morgen“ einen Tag später als bisher ausgeliefert.

Damit verschiebt sich auch der Redaktionsschluß vom Montag auf den Dienstag. Dadurch haben wir die Möglichkeit, ausführlicher über Aktionen, die am Wochenende gelaufen sind, zu berichten. Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch einmal darauf hinweisen, daß aktuelle Korrespondenzen möglichst früh telefonisch bei uns angekündigt werden sollen.

Ein weiterer Vorteil der neuen Erscheinungsweise: Für den Samstag-Vormittags-Verkauf ist der RM künftig einen Tag aktueller. Hoffentlich ein Anreiz, diesen Verkauf weiter auszubauen.

RM-Redaktion

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertriebs, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postcheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Zwei Tage in Stasi-Haft

Interview mit der Genossin Karin Wagner

Wie wir bereits im letzten „Roten Morgen“ berichteten, sind die vier Mitglieder des Solidaritätskomitees, die sich am 21. 11. auf dem Berliner Alexanderplatz anketteten, bereits am Montag wieder in die Bundesrepublik abgeschoben worden. Was geschah in den zwei Tagen? Wie sind die Haftbedingungen im Stasi-Gefängnis in Berlin, in dem ja auch die kommunistischen Oppositionellen gefangengehalten werden? Warum sind die vier so schnell wieder freigelassen worden? Darüber sprach der „Rote Morgen“ mit der Genossin Karin Wagner.

RM: Was geschah mit euch, nachdem ihr vom Alexanderplatz weggebracht worden wart?

Karin: Zuerst wurden wir, aneinandergekettet wie wir waren, ins Polizeipräsidium gebracht. In einem Versammlungsraum, der sinnigerweise mit roten Fahnen geschmückt war, mußten wir warten. Dort wurden dann auch zwei Jugendliche und ein jüngerer Mann hereingebracht, die auf dem Alex fotografiert hatten. Wir erwarteten, daß sie jeden Moment auch unseren „Fünften“, den Flugblattwerfer bringen würden. Aber er kam nicht. Also hatten sie ihn nicht gekriegt. Das war toll.

Dann wurden wir ganz nach oben gebracht, in die hermetisch abgeschlossene Abteilung des Staatssicherheitsdienstes. Immer noch aneinandergekettet. So wurden wir auch fotografiert. Schließlich wurde mit einem großen Seitenschneider die Kette auseinandergetrennt. (Die Handschellen wurden erst gegen Abend losgemacht.) Von diesem Augenblick an hat keiner den anderen mehr gesehen. Jeder war auf sich allein gestellt. Zuerst hieß es: nackt ausziehen — Durchsuchung, wieder wurden Photos gemacht. Schließlich begannen die Verhöre.

RM: Wie liefen denn die Verhöre ab? Was wollte der Stasi wissen?

Karin: Nun, zunächst einmal wollten sie natürlich wissen, wie die Aktion selbst vorbereitet und durchgeführt worden ist und von wem. Besonders beunruhigt haben sie die Flugblätter. Immer wieder wollten sie wissen, wieviele es denn nun waren. „Sie müssen doch selbst wissen, wieviele Sie aufgesammelt haben“, haben wir gesagt. Aber sie hatten eben nur ein mickriges Häuflein zusammenbekommen, obwohl sie die Flugblätter selbst aus den Papierkörben wieder rausgeholt haben. Und der „hohe Staatsbesuch“ (Breschnew haben sie nie gesagt) hat ihnen schwer zu schaffen gemacht. Denn so schlaue, daß sie sich denken konnten, daß die Aktion nicht zufällig einen Tag vor dem Eintreffen Breschnews in Bonn stattfand, waren sie ja auch.

Dann wollten sie wissen, was die KPD mit dem Solidaritätskomitee zu tun hat. Überhaupt waren sie natürlich an der KPD — hüben und drüben sehr interessiert. Von mir wollten sie beispielsweise wissen, ob ich nur für den „Roten Morgen“ in der Bundesrepublik verantwortlich gewesen sei oder auch für den „Roten Morgen“, Ausgabe DDR. Auf alle diese Fragen haben sie selbstverständlich von uns vier keine Antwort bekommen.

Aber man darf sich die Verhöre durch den Stasi auch nicht so vorstellen, als würden dort vor allem Fragen, oder gar Fragen „zur Sache“ gestellt. Das Hauptanliegen ist, den Verhafteten in ein Gespräch zu verwickeln, ihn zu verunsichern. Die Vernehmer geben sich kumpelhaft und reden stundenlang über wechselnde Themen, auch wenn man selbst gar nichts sagt oder lediglich ab und zu ein „kein Kommentar“, „keine Antwort“ usw. von sich gibt. Sie reden über die Partei und ihre angeblichen Mißerfolge. Wobei sie allerdings ziemlich merkwürdige Kriterien haben. So sagte der Vernehmungsleiter etwa zu mir: „Um Ihre Partei muß es ja

jetzt und ein Ende ist nicht abzusehen... So wollen sie dich einschüchtern und zum Reden bringen.

RM: Und dann haben sie euch in das Stasi-Gefängnis gebracht? **Karin:** Ja, da war es schon Sonntag morgen. Man wurde in ein Auto gepfercht, alleine natürlich, das von außen wie ein normaler Lierferwagen aussah. Im Knast hieß es dann zunächst: Nackt ausziehen, durchsuchen, Kleiderwechsel. Es wurden dort nochmal Photos gemacht, Fingerabdrücke usw. Ja, und dann war man in der Zelle.

Der erste Eindruck ist schockierend: sehr klein, nur 2 Meter mal 4 Meter (und das an sich für zwei Personen!), alles schmutzig-weiß, stickige Luft. Auch bei längerer U-Haft gibt es kein Radio, keine Fernsehstunde. Es gibt keinen Spiegel, keine Uhr, die Zelle darf nicht ausgeschmückt werden. Papier und

Aber Helmut Stockmar hat gehört, wie jemand die Erkennungsmelodie von Radio Tirana piffte und hat so lange aus Leibeskräften zurückgepiffen, bis ihm das verboten wurde.

Wir hoffen, daß die Genossen das mitbekommen haben. Überhaupt war unsere größte Sorge hinterher, ob die Genossen auch von unserer Aktion erfahren werden. Ich glaube, daß das für jeden von uns vier das schönste Ergebnis unserer Aktion wäre.

RM: Und wie war das dann mit eurer Entlassung?

Karin: Ja, das kam ziemlich überraschend. Am Sonntag hatte man uns noch unsere Haftbefehle vorgelesen. Nachmittags und abends waren noch einmal Verhöre, bei denen man auch darüber informiert wurde, daß es noch einige Tage dauern würde, bis der Kontakt zum Anwalt hergestellt sei usw. Und am



Die Aktion auf dem Alexanderplatz

schlimm stehen, wenn jetzt schon die Spitzenfunktionäre selber kommen.“ Daß ein Mitglied des Politbüros einer kommunistischen Partei die Teilnahme an riskanten Aktionen nicht anderen überläßt, sondern selbst mitmacht, liegt offenbar völlig jenseits von dem, was ein erprobter SED-Mann sich vorstellen kann.

Aber sie reden auch über den Marxismus, darüber, daß es selbstverständlich in der DDR Fehler gibt und daß man darüber doch diskutieren könne. Sie beschwören die Einheit der Arbeiterklasse usw. usf. Und immer wieder kamen sie uns damit, daß unsere Aktion doch nichts gebracht habe, daß wir damit den Genossen in der DDR nur schaden würden usw.

Insgesamt dauerten die Verhöre bei allen vom frühen Samstag nachmittag bis zum Sonntag morgen gegen 5.00 bis 6.00 Uhr.

RM: Und hat man euch auch gesagt, was euch vorgeworfen wird, wie lange man euch dabehalten will?

Karin: Samstag abend wurde mir eröffnet, daß jetzt ein Ermittlungsverfahren wegen schweren Rowdytums eingeleitet worden sei — Gefängnisstrafe zwischen einem bis zehn Jahren. Ich habe gefragt, wie lange so ein Ermittlungsverfahren normalerweise dauert: Die Antwort war: Bei Manfred Wilhelm dauert es von März bis

Stift gibt es nur für Briefe an das Gericht, an den Anwalt, an Verwandte. Man kann sich also keinerlei Notizen machen — noch nicht einmal für seine Verteidigung. Die einzige Abwechslung, die es für Häftlinge, also auch für unsere Genossen, gibt, sind der tägliche „Hofgang“ (in einem Raum von 20 Quadratmetern), das „Neue Deutschland“ und ab und zu ein Buch aus der Gefängnisbibliothek.

RM: Und sieht man denn wenigstens andere Gefangene, kann man sich mit irgendjemand unterhalten?

Karin: Nein. Ein ausgeklügeltes System auf den Gängen des Stasi-Gefängnisses sorgt dafür, daß man nie einen anderen Gefangenen sieht. Und unterhalten. Das Gefängnispersonal hat Anweisung, sich nicht zu unterhalten. Die schnauzen dich nur an: „Mitkommen!“, „Mund halten“ usw. Die einzigen, die sich mit dir unterhalten wollen, sind die Vernehmer vom Stasi. Deshalb auch ihre kumpelhafte Art von Anfang an. Sie spekulieren darauf, daß der Gefangene es nicht aushält, monatelang mit niemandem zu sprechen — und sich dann doch auf Gespräche mit ihnen einläßt.

RM: Habt ihr denn trotzdem irgendein Lebenszeichen von den Genossen und Freunden dort mitbekommen?

Karin: Ich persönlich nicht.

Montag morgen eröffnete einem der Richter dann, daß man jetzt zu 6 Monaten Gefängnis sowie zu sofortiger Ausweisung aus der DDR verurteilt worden sei.

RM: Was glaubst du, warum das plötzlich so schnell ging? Ihr hattet ja wohl mit einigen Wochen Haft gerechnet?

Karin: Ich glaube, daß es im wesentlichen zwei Gründe dafür gibt. Zum einen der „hohe Staatsbesuch“ in der Bundesrepublik und die Angst der DDR-Behörden, daß es während der gesamten Besuchsdauer so weitergehen würde wie am Sonntag, wo die Kundgebung vor der Ständigen Vertretung der DDR stattfand. Zum anderen das große Aufsehen, das die Aktion im Osten und im Westen hervorgerufen hat.

RM: Jetzt heißt es also weitermachen...

Karin: Unbedingt. Wer wie wir auch nur zwei Tage in Stasi-Haft verbracht hat, bekommt zumindest einen kleinen Eindruck davon, was die Genossen dort aushalten müssen — und aushalten. Es sind unmenschliche Haftbedingungen. Die Partei, das Solidaritätskomitee, wir alle, müssen wirklich alles tun, was in unserer Macht steht, um Manfred Wilhelm, Andreas Bortfeldt und die anderen kommunistischen Oppositionellen dort rauszuholen. Und das werden wir auch.

Betriebszelle Siemens der KPD

An die Genossen Karin Wagner, Helmut Stockmar, Franz Schlechter, Werner Kramer und alle anderen Beteiligten an der Solidaritätsaktion in Berlin/DDR.

Liebe Genossen!

Mit großer Freude und Hochachtung haben wir die Nachricht von Eurer mutigen und erfolgreichen Aktion für die verhafteten Genossen in der DDR gehört.

Mit diesen Zeilen wollen wir Euch nicht nur dafür danken, daß Ihr mit Eurem Einsatz die Mauer des Schweigens in Ost- und Westdeutschland, die die Gefangenen unserer Partei umgibt, weiter aufgebrochen habt, sondern auch dafür, daß diese revolutionäre Aktion, Euer Mut und Eure Einsatzbereitschaft für die Partei auch uns Vorbild und Ansporn ist, die Solidaritätskampagne verstärkt weiterzutreiben.

Mit revolutionären Grüßen und herzlichen Glückwünschen zur schnellen Freilassung

Betriebszelle
Siemens/Witten
der KPD

Solidaritätskampagne mit den verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR

Aktionstage begannen im ganzen Land

Zusammen mit der Durchführung der Aktion am Alexanderplatz in Ostberlin und der Bonner Friedensdemonstration gegen Breschnew begannen am 22. November in zahlreichen Städten der Bundesrepublik die Organisationen der KPD mit Aktionstagen zur Solidarität mit den DDR-Genossen.

Der Auftakt zu diesen Aktionstagen war die Kundgebung vor der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn gewesen, wo Hunderte von Menschen, darunter sehr viele, die nicht der KPD angehören, ihren Protest ausgedrückt hatten.

Und auch die Sammlung von Protestunterschriften war auf der Bonner Friedensdemonstration intensiv organisiert worden. Nach den bisher vorliegenden — unvollständigen — Berichten wurden über 1100 Unterschriften gesammelt.

In den folgenden Tagen, bis zum Wochenende des 28./29. November gab es in zahlreichen Städten Informationsstände der KPD, die über die Tatsache, daß die Sektion DDR der KPD kämpft und weiterkämpft und über die Verhaftung von kommunistischen Oppositionellen berichteten und an denen ebenfalls viele Protestunterschriften gesammelt wurden.

In Hamburg fand eine erste Parteiveranstaltung innerhalb dieser Kampagne statt, auf der der Vorsitzende unserer Partei, Genosse Ernst Aust sprach. Er sprach dabei über die grundsätzliche Politik der KPD, unser Kampfziel das vereinte, unabhängige sozialistische Deutschland, über den Kampf der Sektion DDR der KPD, über die revisionistische Entartung der DDR zu einem erneut kapitalistischen Staat und rief zur Solidarität mit den verhafteten kommunistischen Oppositionellen auf. Im nächsten „Roten Morgen“ werden wir Auszüge aus dieser Rede des Genossen Ernst Aust veröffentlichen.

Eine weitere Veranstaltung wird in dieser Woche in Kiel stattfinden. Auch auf der gegenwärtig in verschiedenen Städten ablaufenden Veranstaltungsreihe der KPD gegen Sozialabbau und Rüstungswahn wird über diese Vorgänge informiert. Es wurden Unterschriften gesammelt und Solidaritätsaktionen geplant, kollektiv Postkarten verschickt usw.

In Stuttgart wurden auch vor einem Konzert der Schmetterlinge Unterschriften gesammelt und auch in anderen Städten gab es solche Aktionen bei kulturellen und gesellschaftli-

chen Ereignissen.

In verschiedenen Städten der Bundesrepublik fanden sich auch in den dort haltenden Zügen, die in die DDR fahren, Handkleber und Flugzettel, die über die Verhaftungen und ihre Hintergründe informieren und zum Protest aufrufen.

Flugblätter auf Dünndruckpapier wurden aus Niedersachsen per Luftballons in die DDR geschickt, um auch dort die Information der DDR-Staatsbürger über diese Verhaftungen weiter zu verstärken — darauf waren auch die Aktionen in den Bahnhöfen gezielt gewesen.

Diese vielfältigen Aktivitäten, die eine weitere Verstärkung der Kampagne zur Solidarität mit den verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR bedeuten, waren der Anfang der Solidaritätswoche zu Ende November, zu der die Partei aufgerufen hatte.

Dabei zeigte sich, daß gerade solche Aktionen wie die Verschickung der Luftballons aus Helmstedt in Niedersachsen sehr wirksam sind. Zum einen, da Informationsmaterial in die DDR gelangt: das ist sehr wichtig und wirksam. Tatsache ist, daß bei verschiedenen Genossen Verwandte aus der Provinz in der DDR anriefen, die über die Aktion am Alexanderplatz und andere Aktivitäten nachfragten — es spricht sich also herum.

Aber auch in der Bundesrepublik. Die Genossen, die die Aktion in Helmstedt organisierten, berichteten, daß die Aufmerksamkeit der Menschen außerordentlich groß war, und daß sie, obwohl fast ausschließlich mit dem Start der ungefähr 200 Luftballons beschäftigt, nebenbei noch eine ganze Reihe von Protestunterschriften sammeln konnten.

Dies ist offensichtlich eine Aktionsweise, die auch in anderen Orten nahe der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten empfohlen werden kann.

Die Solidaritätswoche mit den verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR war so bereits in ihren ersten Tagen ein Erfolg und wird im weiteren Verlauf mit Sicherheit weitere gute Ergebnisse bringen.

Lohnforderung 1982

Vertrauensleute von Daimler-Benz in Kassel fordern 270 Mark

ÖTV-Führung stellt für Hafenarbeiter nur 7 Prozent auf

KASSEL. — In den Betrieben laufen zur Zeit Diskussionen und Versammlungen, bei denen es um die Lohnforderung für die anstehende Tarifrunde geht. Die meisten bisherigen Forderungen bewegen sich bei mindestens 10 Prozent. Bei Daimler-Benz in Kassel hat die Vertrauensleuteversammlung eine Festgeldforderung von 270 Mark aufgestellt. Der Hauptvorstand der ÖTV-Gewerkschaft hingegen will mit einer Forderung von nur 7 Prozent in die Tarifverhandlungen für die Seehafenbetriebe einsteigen.

270 Mark Festgeld, wie sie von den IGM-Vertrauensleuten bei Daimler-Benz in Kassel gefordert werden, entsprechen ungefähr einer Forderung von 13 Prozent. Bei den BMW-Motorradwerken in Westberlin stellte der Vertrauenskörper der IG Metall eine Festgeldforderung von 220 Mark auf, das entspricht 10 Prozent auf den Akkordlohn in Lohngruppe 5. Außerdem fordern die BMW-Kollegen in ihrem Beschluß: „Kein Abschluß unter Reallohnsicherung. Keine Verlängerung der 12-monatigen Laufzeit“.

Der IGM-Vertrauenskörper in der Schalker Eisenhütte Gelsenkirchen will eine Forderung von 10 Prozent mehr Lohn, Gehalt und Ausbildungsvergütung aufgestellt wissen. Die Vertrauensleute der Frankfurter Firma Klimsch & Co. haben die Vertreterversammlung der IG Metall, Ortsverwaltung Frankfurt, aufgefordert, für eine Lohnforderung von 10 Prozent einzutreten. Auf einer Vertreter-

versammlung der IG Metall Kreis Wesel erklärte ein Betriebsratsmitglied unter Beifall, er habe von seinen Kollegen im Betrieb den Auftrag, dafür einzutreten, daß der Tarifabschluß bei der kommenden Lohnrunde auf keinen Fall unter 10 Prozent liegen dürfe.

Auch in den meisten Seehafenbetrieben hat sich die 10-Prozent-Forderung durchgesetzt. Voller Empörung lehnten die Hafenarbeiter hingegen eine vom ÖTV-Hauptvorstand ausgesprochene „Forderungsempfehlung“ von lächerlichen 6,5 Prozent ab. 6,5 Prozent lag bereits zu dem Zeitpunkt, da die ÖTV-Führung diese „Empfehlung“ aussprach, unter der offiziellen Teuerungsrate!

Die ÖTV-Führung sah sich aufgrund der Proteste der Hafenarbeiter gezwungen, die 6,5 Prozent fallen zu lassen. In offener, unverfrorener Mißachtung des Mitgliederwillens stellten Kluncker und Konsorten nun jedoch nicht die 10 Prozent

auf, die die meisten Hafenarbeiter unterstützen, sondern stattdessen 7 Prozent plus einer Erhöhung des Urlaubsgeldes um 200 Mark. Auch diese Forderung, mit der jetzt in die Tarifverhandlungen in den Seehafenbetrieben eingestiegen werden soll, ist eine offene Sabotage am Ziel der Reallohnsicherung. Bereits heute liegt die offizielle Teuerungsrate in den Bundesländern Bayern und Nordrhein-Westfalen über der 7-Prozent-Marke!

Die Hafenarbeiter haben bekanntlich schon einmal, nämlich im Frühjahr 1978, einen von der ÖTV-Führung ausgehandelten Lohnabschluß zu Fall gebracht, weil er ihnen zu niedrig war. Jetzt ist es ihre Aufgabe, die 7-Prozent-Lohnverzichts-forderung abzulehnen und weiterhin dafür einzutreten, daß 10 Prozent aufgestellt werden. Das liegt nicht nur in ihrem eigenen Interesse, sondern auch im Interesse der gesamten Lohnbewegung!

120 Kollegen seit drei Wochen im Streik!

Kampf gegen Hungerlohn beim Duden-Verlag

MANNHEIM. — Im Mannheimer Bibliographischen Institut, dem Verlag, der die bekannten Nachschlagewerke „Duden“ und der „Große Meyer“ herausbringt, stehen 120 Belegschaftsmitglieder seit dem 6. November im Streik. Falls der Streik noch bis zum Erscheinen dieser Ausgabe des RM andauert, ist er dann bereits vier Wochen alt.

Die Kollegen kämpfen dagegen, daß sie mit einem Hungerlohn abgespeist werden sollen. Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherung (HBV) erläuterte die Lage der Belegschaft: „Im Duden-Verlag werden Löhne und Gehälter gezahlt, die mit Abstand das Schlußlicht im Verlagswesen in Baden-Württemberg bilden“.

Die Verlagsherren versuchen den Lohnforderungen der HBV dadurch auszuweichen, daß sie den Arbeitgeberverband wechselten. Die HBV jedoch fordert den Abschluß eines Haustarifvertrages. Sie führte eine Urabstimmung durch, bei der 79 Prozent der organisierten Kollegen für Streik stimmten.

Von den insgesamt 270 Belegschaftsmitgliedern beteiligten sich 120 an dem Streik. Abseits stehen die Unorganisierten und die leitenden Angestellten, sowie die Kollegen in der Setzerei, die von dem Tarifkonflikt nicht betroffen sind.

Den Streikenden wurde von den Verlagsherren verboten, das Betriebsgelände zu betreten. Betriebsratsmitglieder, denen man den Zutritt zum Werksgelände nicht verbieten kann, erhalten eine „Eskorte“, um so unbefangene Gespräche mit arbeitenden Kollegen zu verhindern. Bei zum Teil eisigen Tempe-



Grillfest der Streikposten vor dem Duden-Verlag.

raturen, Schnee und Regen, stehen die Kollegen Tag für Tag Streikposten. Ihnen wird von den Bossen nicht einmal erlaubt, das Klo zu benutzen!

Zahlreiche Solidaritätsbeweise aus anderen Mannheimer Betrieben und von Seiten der Bevölkerung stärken den Streikenden den Rücken.

In den ersten drei Streiktage verhielten die Streikpo-

sten, daß LKWs aus- und einfahren und Waren aus dem Betrieb transportieren konnten. Durch eine einstweilige Verfügung wurden den Kollegen jedoch die Ausübung dieser Form des Streikrechts vom Gericht bei Strafandrohung verboten.

Streik für Weihnachtsgeld

GLADBECK. — Am Dienstag letzter Woche trat die Belegschaft der Kunststofffirma Doellen in Gladbeck für einen Tag in den Streik. Die Kollegen protestierten damit gegen die Weigerung der Firmenbosse, der geforderten Erhöhung des Weihnachtsgeldes von 55 Prozent auf 60, 62 und 65 Prozent eines Monatseinkommens innerhalb der nächsten drei Jahre zuzustimmen. Durch den Streik sah sich die Unternehmensleitung gezwungen, einen Kompromiß zu akzeptieren, der eine Erhöhung auf 57,5 Prozent vorsieht.

6000 demonstrierten gegen Stillelegung

ULM. — Gegen die Stillelegung des mit dem AEG-Konzern verflochtenen Werkes von Videocolor in Ulm mit 1700 Beschäftigten demonstrierten am Mittwoch letzter Woche in Ulm 6000 Arbeiter und Angestellte. Zu der Aktion hatte die IG Metall aufgerufen. Videocolor-Arbeiter trugen einen Sarg mit der Aufschrift: „1700. Wir saßen in einem Boot der Kapt'n lebt, die Mannschaft ist tot“.

„Stillhalten hat keinen Zweck“



3000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes demonstrierten am Mittwoch letzter Woche in Dortmund gegen die Sparpläne von Bund, Land und Gemeinden, insbesondere gegen die geplante Lohnkürzung im öffentlichen Dienst, sowie gegen die Absicht der Dortmunder Stadtverwaltung, 1000 Stellen zu streichen. Besondere Empörung herrscht über geplante Entlassungen im städtischen Reinigungsdienst und bei der Müllabfuhr, sowie über die Kündigung von Schwerbehinderten. Die Parolen der Demonstranten lauteten unter anderem: „Wir leisten Widerstand“ und „1000 Stellen sollen weg — Stillhalten hat keinen Zweck“. Auf einer anschließenden Belegschaftsversammlung für die Beschäftigten der Stadtverwaltung forderten viele Kollegen Kampfmaßnahmen der ÖTV. So gar die SPD-nahe Lokalzeitung „Westfälische Rundschau“ mußte in ihrem Bericht zugeben: „Bei der Stadtverwaltung und der Gewerkschaft ÖTV ist Streik zum Gesprächsthema geworden“.

„Rathausbesetzung“ der Kinder und Eltern

Protest gegen Sparpläne bei Kindergärten

DORTMUND (Volkskorrespondenz). — Die Stadt spart an unseren Kindern — dagegen müssen wir uns wehren! Dies war das Motto einer Kinder- und Eltern demonstration am 26. November in Dortmund. Aufgerufen hatte eine Elterninitiative. Mindestens 500 Eltern und Kinder beteiligten sich an der Aktion, die einen sehr kämpferischen Charakter hatte. Kinder trugen Transparente und hatten Plakate um den Hals gehängt. Die Kinder stimmten auch aus voller Kehle in die Sprechchöre mit ein. Diese lauteten:

„Hopp, hopp, hopp, Sparpläne stopp!“ — „Spart an Bomben und Granaten, aber nicht am Kindergarten!“ — „In der Rüstung sind sie fix, für die Kinder tun sie nix!“ — „Flick und Co. schenkt man Milliarden, gespart wird nur am Kindergarten!“.

Spontan marschierten kleine und große Demonstranten in das Rathaus ein, wo zu gleicher Stunde folgende kinderfeindli-

chen Sparpläne vom Stadtrat verabschiedet werden sollten:

- Einsparung von pädagogischen Fachberaterinnen bei der Stadt.
- Schließung aller Saisonbetreuten Spielplätze in Dortmund.
- Reduzierung der Nachmittagsbetreuung in städtischen Kindergärten, konkret die Schließung von 17 Kindergartengruppen am Nachmittag.
- Verlängerte Öffnungszeiten bis 19.30 Uhr soll es künftig statt in bisher vier, nur noch in zwei Tagesstätten geben.

Die Sprechchöre hallten laut durch die würdigen Rathäus hallen. Oberbürgermeister Samtlebe mochte angesichts der Transparente und Sprechchöre auf der überfüllten Zuschauertribüne die Sitzung nicht eröffnen. Seine Aufforderung, die Transparente einzurollen, verhallte jedoch weitgehend wirkungslos. Nun forderte er die Demonstranten auf, den Sitzungssaal zu verlassen. Auch dies wurde

von Kindern und Eltern nicht befolgt. Der SPD-Oberbürgermeister erklärte daraufhin, er werde den Saal mit Polizeigewalt räumen lassen!

Erst jetzt zogen die Eltern und Kinder angesichts dieser brutalen Drohung ab. Samtlebe hatte den Demonstranten überdies noch mit Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch gedroht!

Nach dem Abzug der Eltern wurde die Ratssitzung dann mit einstündiger Verspätung doch noch durchgeführt. Und hatte Samtlebe noch zuvor den Demonstranten gegenüber heuchlerisch zugesichert, es würden keine Maßnahmen beschlossen, die zu Lasten der Kinder und des Kindergartenpersonals gingen, so verabschiedete der SPD-Stadtrat jetzt einstimmig die vorgesehenen kinderfeindlichen Sparmaßnahmen!

Die Demonstranten aber kündigten an, daß sie ihren Widerstand weiterführen und sogar noch verstärken werden.



Kinder aus Kindertagesstätten und Kindergärten mit ihren Eltern und Erzieherinnen marschierten in den Sitzungssaal des Dortmunder Rathauses.

Große Tarifkommission der ÖTV-Gewerkschaft beschloß:

„Voraussetzung für einen Arbeitskampf schaffen“

ÖTV-Basis ist streikbereit / Kluncker taktiert undurchsichtig

STUTTGART. — Die Große Tarifkommission der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) war am Dienstag vergangener Woche — einen Tag nach dem Spitzentreffen zwischen Kluncker und Baum — zu einer Sondersitzung zusammengetreten. Einstimmig faßte das Gremium den Beschluß, daß der geschäftsführende Hauptvorstand die Vorbereitungen für einen Streik zur Abwehr der angekündigten Lohnkürzung um ein Prozent bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst vorbereiten soll.

In dem von den 106 anwesenden Mitgliedern der Großen Tarifkommission einstimmig gefaßten Beschluß wird erklärt, die ÖTV werde alle Möglichkeiten ausschöpfen, um „jede Art von Kürzungen der Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, zu welchem Zeitpunkt auch immer, zu verhindern.“ Für den Fall, daß die öffentlichen Unternehmern daran festhalten, vom 1. März 1982 an, die Einkommen für Arbeiter, Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst um ein Prozent zu kürzen, soll „der geschäftsführende Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV die Voraussetzung für einen Arbeitskampf schaffen.“

Die Große Tarifkommission hat mit diesem Beschluß klargestellt: Die Basis beharrt nach wie vor auf jenem Standpunkt, den der Hauptvorstand der Gewerkschaft am 7. September, unmittelbar nach der Bekanntgabe der Sparbeschlüsse des Bundeskabinetts, in einer Erklärung eingenommen hat: daß Einkommenskürzungen, sowie eine dreimonatige Verschiebung der Besoldungserhöhung und der Abbau von 6000 Stellen im Bereich des Bundes von der ÖTV auf keinen Fall hingenommen werden können, sondern nötigenfalls mit Streik beantwortet werden müssen. Die ÖTV-Mitglieder stehen voll hinter dieser Stellungnahme! Verschiedene spontane Warnstreiks von Müllarbeitern und Busfahrern haben es gezeigt.

Man darf sich allerdings nichts vormachen. Dieser Vorstandsbeschuß hat eine praktische Bedeutung nur in dem Maße, wie die Mitgliederbasis selbständig eingreift und ihn von unten her durchsetzt. Den Kluncker, Mertens und Konsorten in der Führungsspitze muß massiv Dampf gemacht werden.

Kluncker hat bereits durch äußerst zwielichtiges Taktieren signalisiert, daß er zu jedem Verrat fähig ist. Er und der geschäftsführende Hauptvorstand insgesamt grübeln nicht etwa über die Frage nach, wie die ÖTV mit einem möglichst machtvollen und durchschlagskräftigen Kampf die geplanten Einkommenskürzungen verhindern kann. Vielmehr ist es die Sorge dieser Bonzen, wie sie ihre Parteifreunde in den Bonner Regierungssesseln vor einem Streik im öffentlichen Dienst bewahren, wie sie dem SPD-Kanzler diesen Kelch ersparen können.

Warum hat der geschäftsführende Hauptvorstand der ÖTV beispielsweise verhindert, daß noch vor der Verabschiedung des Rotstiftpakets im Bundestag von der Großen Tarifkommission der ÖTV über Kampfmaßnahmen beraten wurde, wie dies ursprünglich vorgesehen war? Und warum hat der geschäftsführende Hauptvorstand keinen Finger gerührt, als es nötig gewesen

wäre, bundesweit Protestaktionen der ÖTV auf der Straße aus Anlaß der Verabschiedung im Bundestag zu organisieren?

Stattdessen vereinbarte Kluncker ein erneutes Spitzentreffen mit Innenminister Baum, das am 23. November stattfand. Auf diesem Spitzentreffen hätte Kluncker dann doch zumindest klar und eindeutig zum Ausdruck bringen müssen, daß Einkommenskürzungen für die ÖTV grundsätzlich indiskutabel und unannehmbar sind. Der ÖTV-Chef aber forderte von Baum lediglich eine Verschiebung der bei den Arbeitern (über die Kündigung des Zulagarbeitsvertrages) geplanten Einkommenskürzung bis zum Abschluß der regulären Tarifverhandlungen.

Damit hat Kluncker den öffentlichen Unternehmern bereits die Möglichkeit von Einkommenskürzungen prinzipiell zugestanden!

Höchste Wachsamkeit ist also nötig, denn Kluncker und Konsorten treiben wieder einmal ein doppeltes Spiel!

Die ÖTV hat bereits in der letzten Lohnrunde mit 4,3 Prozent einen besonders niedrigen Tarifabschluß geschluckt. Die Reallöhne der Arbeiter, unteren Angestellten und kleinen Beamten sind damit überdurchschnittlich stark gesunken. Schon von daher muß eine Lohnkürzung oder auch Lohnpause im öffentlichen Dienst mit allen Mitteln bekämpft und verhindert werden.

Darüber hinaus geht es hier aber nicht allein um die Interes-

sen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Hier soll doch eindeutig eine entscheidende Weichenstellung vorgenommen werden, erstens im Hinblick auf die Lohnrunde 1982 insgesamt, und zweitens langfristig in bezug auf die Entwicklung der weiteren Lohnauseinandersetzung der 80er Jahre in dieser Republik. Die „lohnpolitische Wende“ soll jetzt durch diese Hintertür um eine weitere Etappe vorangetrieben werden!

So schreibt beispielsweise das „Handelsblatt“ in seiner Ausgabe vom 26.11.81:

„Sinnvoll wäre, im Januar zu verhandeln, nicht nur über die umstrittene Einkommenskürzung, sondern auch über die anstehende Tarifierhöhung 1982. Dann ließe sich ein Weg finden, den Sparnotwendigkeiten Rechnung zu tragen, vielleicht aber darüber hinaus, ‚wegweisend‘ für die Lohnrunde 1982 zu wirken.“

Allerdings erfordert dies nicht nur guten Willen auf allen Seiten, sondern auch den Mut, die Lohnführerschaft zu übernehmen.“

Und in der Oktober-Ausgabe der DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle“ schrieb schon das für den öffentlichen Dienst zuständige Bundesvorstandsmitglied des DGB, Gerhard Schmidt:

„Man erkennt die Absicht und ist empört: Über das schwächste Glied in der Kette — nämlich die Beamten, die immer noch keine Verhandlungsrechte besitzen — wird in das Tarifvertragsrecht eingegriffen.“ (...) „Da die Bundesregierung nach den Worten des Bundesinnenministers, durch eine Verschiebung der Laufzeit der Tarifverträge ein Zeichen setzen“ will, ist hier die entschiedene Abwehrkraft aller Gewerkschaften gefordert.“

Genau! Konkret kann das doch nur heißen: Im Interesse der Kollegen im öffentlichen Dienst und im Interesse der gesamten Arbeiterschaft kann es bezüglich der von der Regierung geforderten Einkommenskürzung um ein Prozent und auch bezüglich jeder Art von verlängerten Laufzeiten seitens der ÖTV keinerlei Kompromißbereitschaft geben!

Die ÖTV-Gewerkschaft muß wirklich kompromißlos gegen jede Einkommenskürzung und jede Art von verlängerter Laufzeit oder ähnlichen Formen einer Lohnpause kämpfen. Bei diesem Kampf braucht sie allerdings auch die aktive Solidarität in Form von praktischen Maßnahmen und Aktionen bis hin zu Solidaritätsstreiks von seiten der anderen Einzelgewerkschaften und des gesamten DGB.



NEIN

kein Sonderopfer der Beschäftigten im öffentlichen Dienst!

ötv

ÖTV-Kollegen fordern:

Schluß mit der Verzögerungstaktik!

Manfred Urbanski, Geschäftsführer der ÖTV in Essen, berichtete vor kurzem über die Stimmung an der Mitgliederbasis, er erhalte jeden Tag Briefe von Kollegen mit der Aufforderung, jetzt nicht mehr länger zu warten und zu zögern, sondern unverzüglich den Streik zu organisieren; es käme jetzt darauf an, schreiben die Kollegen, „zu zeigen, wie stark wir sind.“

Wir meinen, daß diese Kollegen völlig recht haben. Denn allein schon die Ankündigung der beabsichtigten Lohnkürzung im öffentlichen Dienst durch die Bundesregierung und dann die Verabschiedung der entsprechenden Gesetzesvorlage durch den Bundestag waren eine ungeheure lohnpolitische Herausforderung nicht nur an die ÖTV-Gewerkschaft sondern an den gesamten DGB!

Von den Kollegen an der Basis wurde dieses sehr wohl verstanden. Zum Beispiel bezeugten dies mehrere spontane Warnstreiks im Arbeiterbereich, zu denen es nach Bekanntwerden der Sparbeschlüsse gekommen

ist. So legten etwa in Marburg die Fahrer der städtischen Linienbusse am 7. Oktober für drei Stunden die Arbeit nieder.

Die ÖTV-Führung aber hat rein gar nichts getan, um diese Kampfbereitschaft in organisierte Aktionen umzusetzen. Im Gegenteil. Kluncker hat seither zwar mit Worten den Streik an die Wand gemalt, gleichzeitig jedoch eine Verzögerungstaktik eingeschlagen, um den angekündigten Streik in eine nebelhafte Ferne, nämlich auf den Sankt Nimmerleinstag, zu verschieben. Dahinter steckt die Spekulation, daß sich dadurch bei den Kollegen Verwirrung und Resignation breitmachen und, daß so der Wille zum Widerstand erlahmt.

Um diese Verzögerungstaktik zu durchkreuzen, müssen aktive Kollegen von unten her noch stärker als bisher selbständig Initiativen ergreifen. Je mehr Aktionen z.B. Demonstrationen und Warnstreiks, zustandekommen, umso eher wird die ÖTV-Führung gezwungen, Farbe zu bekennen.



Einer für Alle — Alle für Einen!

Das haben sie sich ja fein ausgedacht, die Herren Lambsdorff, Baum, Helmut Schmidt und ihre Hintermänner aus den Chefetagen von Konzernen und Großbanken. Die Beamten will man als „schwächstes Glied“ zuerst packen. Zum einen spricht man ihnen das Streikrecht ab. Zum zweiten lassen sich gegen sie leicht Vorurteile mobilisieren: Schließlich gibt es unter dem, was als „Beamter“ läuft, ja auch genug große Tiere, die mit Recht höchst unbeliebt in der Bevölkerung sind.

Aber was hat denn der kleine Beamte am Postschalter oder in der Stadtverwaltung mit dem höheren Beamten gemein?

Ebensoviel wie der Stahlarbeiter mit dem Abteilungsleiter seines Arbeitsbereiches!

Nämlich nichts! Über die Beamten sollen dann die anderen im öffentlichen Dienst beschäftigten Werktätigen gleich mit eingeseift werden. Hat man aber erst einmal der ÖTV eine Lohnkürzung aufs Auge gedrückt (die erste in der Geschichte dieser Bundesrepublik!) dann ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis die Parole heißen wird: „Jetzt müssen alle anderen Gewerkschaften auch ein Einsehen haben. Gerechtigkeit muß schließlich sein. Oder?“

So weit darf es nicht kommen! Der Angriff auf

die ÖTV ist in Wirklichkeit ein Angriff auf den gesamten DGB, auf die Arbeiter und Angestellten in allen Branchen. Und genau als solcher muß er von unseren Gewerkschaften auch verstanden und geschlossen zurückgeschlagen werden!

Wer sich jetzt hinstellt und die ÖTV-Kollegen die Last der Gegenwehr alleine tragen läßt, der schneidet sich dabei ins eigene Fleisch! Hier muß auf der Ebene des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Einzelgewerkschaften die Parole gelten: **Einer für alle, alle für einen!**

Das erste Mal seit dem letzten Krieg soll eine Lohnkürzung durchgedrückt werden! Da muß

doch bei jedem Gewerkschafter die Alarmglocke schrillen. Da muß doch unsere Devise heißen: **Wehret den Anfängen!**

Sich auf Bonzen wie Vetter, Kluncker, Loderer usw. zu verlassen, wäre dabei die reinste Selbstverstümmelung. Wie oft haben uns diese Leute schon verschaukelt?! Für sie wiegen sogenannte „wirtschaftliche Sachzwänge“ (sprich kapitalistisches Profitstreben) im Ernstfall tausendmal schwerer als das zutiefst berechnete Interesse der Arbeiter und kleinen Angestellten an einem ausreichenden Lohn.

Warum haben sie bis jetzt fast nichts gegen die

angekündigte Lohnkürzung im öffentlichen Dienst getan, obwohl diese Absicht der Bundesregierung spätestens seit September auf dem Tisch liegt? Wie kann eine Gewerkschaftsführung monatelang tatenlos zusehen, wie zum ersten Mal eine direkte Lohnkürzung vorbereitet wird, ohne einen Plan des Widerstandes, ein Konzept der gesamtgewerkschaftlichen Gegenwehr des DGB zu erstellen? Von der Einleitung konkreter Kampfmaßnahmen gar nicht zu reden!

Kollegen der ÖTV und der anderen Einzelgewerkschaften! Es ist Zeit, daß wir von unten her die Abwehr des Angriffes gegen die ÖTV anpacken. Es ist Zeit, daß wir uns vorbereiten auf einen harten Streik im öffentlichen Dienst und auf Solidaritätsaktionen in

den anderen Branchen.

Jetzt heißt es, mit den Kollegen im Betrieb, am Arbeitsplatz darüber reden! Sie von der Notwendigkeit des kompromißlosen Widerstandes und der Solidarität überzeugen. Unter aktiven Gewerkschaftern sowie in gewerkschaftlichen Gruppen und Gremien müssen wir entsprechende Aktivitäten vorschlagen, müssen selbst Aktivitäten in Angriff nehmen, ohne auf Beschlüsse von oben zu warten. Es muß jetzt etwas geschehen! Denn eines ist klar: Gelingt es den Lohnräubern in Bonn, beim öffentlichen Dienst den Einbruch zu erzielen, dann wird der Kampf für die Metall- und für alle anderen Kollegen in dieser Lohnrunde noch viel schwerer, als er es sowieso bereits ist.

2. Krefelder Forum tagte in Dortmund

Fortschritte blieben aus

Am 21. November fand in Dortmund das zweite Treffen des Krefelder Forums statt, auf dem Bilanz über die Arbeit der Initiative im vergangenen Jahr gezogen wurde. Die Initiatoren verabschiedeten eine neue Erklärung, auf deren Grundlage die Unterschriftensammlung fortgeführt werden

2 Millionen Unterschriften

Über 2 Millionen Unterschriften gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles, über 2 Millionen Stimmen, die von der Bundesregierung eine Revision ihrer Zustimmung zu diesem Projekt fordern — eine großartige Sache. Eine unübersehbare Demonstration der Ablehnung des Regierungskurses, unser Land auf Gedeih und Verderb den NATO-Atomrüstungsplänen auszuliefern.

Mehr als 2 Millionen Menschen ließen sich auch durch eine breit angelegte Hetzkampagne und gezielte Fehlinformationen durch die Bundesregierung nicht davon abhalten, dafür ihre Unterschrift zu geben. Das ist eine politische Schlapp

für die Bonner Regierung. Wird man in Bonn daran vorbeigehen können? Wird man dennoch an der Stationierung festhalten?

Man wird, wenn es nicht zu schlagkräftigen Aktionen, zur wirklich aktivem Widerstand kommt, wenn dieser Widerstand nicht von großen Teilen der arbeitenden Menschen getragen und mit ihren Mitteln gestaltet wird. Das darf man nicht übersehen.

Was man außerdem nicht übersehen darf, ist die Tatsache, daß diese 2 Millionen Unterschriften unter den Krefelder Appell zum allergrößten Teil keine Unterschriften zur Unterstützung der ersten Krefelder Erklärung sind. Denn der Wortlaut dieser politischen Erklärung, die die Standpunkte der Initiatoren zum Friedenskampf festhält und ihre Politik be-

stimmt, die die Bundesrepublik auffordert, ihre Zustimmung zur Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles, den atomaren „Erstschlag“-Waffen der USA und der NATO, zurückzuziehen. 2,1 Millionen Menschen haben bisher für dieses Ziel ihre Unterschrift gegeben.

stimmt, war den meisten Unterzeichnern überhaupt nicht bekannt.

Diese Erklärung enthält schwerwiegende Fehler. So wird in der Einschätzung der Weltlage die imperialistische Sowjetunion grob verharmlost. So wird die Hoffnung auf eine „bessere NATO-Politik“ geschürt, für die ausgerechnet die Bundesregierung sorgen soll; die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO wird ausdrücklich festgeschrieben. So wird die Perspektive des Friedenskampfes allein in den Verhandlungen zwischen den größten imperialistischen Räufern der Geschichte gesehen, eine Ansicht, die durch Verlauf und Ergebnisse der bisherigen Verhandlungsrunden vollständig widerlegt wird.

Viele Menschen in unserem Land, gerade die Werktätigen, haben im Zusammenhang mit der Stationierung neuer US-Atomraketen und darüberhinaus eine Reihe von Fragen, die ernsthaft beantwortet werden müssen, wenn man diese Menschen in den Friedenskampf mit einbeziehen will. Von maßgeblichen Kreisen, die die Unterschriftensammlung unter den Krefelder Appell mitgetragen haben, so der DKP, werden diese Fragen falsch oder sogar meistens gar nicht beantwortet; man möchte sie ausklammern, die Friedensbewegung auf die Ablehnung der neuen Raketen beschränken. So sehr diese Ablehnung der logische, aktuell notwendige erste Schritt ist, so falsch ist eine derartige Einschränkung.

Und zu den Bedenken vieler Menschen gehört vor allem ihr Mißtrauen gegen die Sowjetunion, ein Mißtrauen, das die westlichen Politiker ausnutzen. Dieses Mißtrauen aber ist berechtigt. Und ohne klarzustellen, daß die Atomrüstung und die Politik der heutigen Sowjetunion uns ebenfalls bedrohen, unterstützt man die Propaganda der Westmächte, verhindert man eine Ausweitung der Friedensbewegung gerade unter der Arbeiterschaft.

Außerdem sind innerhalb der Friedensbewegung gerade im Verlauf der vergangenen zwölf Monate eine Reihe von Fragen aufgetaucht, die sich um die längerfristige Perspektive des Friedenskampfes in Westdeutschland drehen. Immer mehr in den Mittelpunkt rückt die Frage, wie wir uns zur Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO stellen sollen, eine Frage, die eng mit der Haltung zu den diversen „Abrüstungs“-Gesprächen und Verhandlungen zusammenhängt.

Wenn man die Arbeit des 2. Krefelder Forums beurteilen will, dann muß man auch fragen, wie dieses Forum sich innerhalb des letzten Jahres entwickelt hat, welche Antworten seine Initiatoren auf die genannten und andere Fragen zu geben haben.

Kein Schritt voran

Das Ergebnis des 2. Forums ist die Erklärung, die wir hier abgedruckt haben. Und wenn man sich die ansieht, muß man sagen: Die „Krefelder“ sind nicht viel weitergekommen. Inhaltlich wurde kein wirklicher

Schritt voran getan. Ja, wenn man sich die Arbeiten des Forums genauer ansieht, muß man sogar feststellen, daß wichtige Fragen ausgeklammert, die Klärung strittiger Positionen bewußt vermieden wurde, um eine größere Einheit demonstrieren zu können. Das ist mit den Interessen der Menschen in unserem Land, die nach dem Weg suchen, den Frieden wirklich zu erhalten, nicht zu vereinbaren.

Sicher offenbart die zweite Krefelder Erklärung eine Entwicklung im Denken ihrer Unterzeichner. Diese zeigt sich vor allem daran, daß ausdrücklich auch die sowjetischen SS-20-Raketen genannt werden, ihre Aufrüstung als „falsch“ und die Aufrechterhaltung auch des sowjetischen Rüstungspotentials als „nicht gerechtfertigt“ bezeichnet werden.

Dennoch wird die Politik der Sowjetunion geradezu verständnisvoll beurteilt. Breschnews Moratoriumsvorschläge und andere vermeintliche Friedensangebote werden im Gegensatz zu ähnlichen Worten der USA — die allerdings wesentlich seltener sind — positiv gewertet.

Die Erklärung fordert von der Bundesregierung den Verzicht auf noch mehr Nuklearwaffen. Die Erklärung durchbricht aber nicht den Rahmen der betrügerischen Verhandlungsrunden, sondern orientiert nach wie vor allein darauf.

Die Erklärung berührt mit keinem Wort die Notwendigkeit, die Bundesrepublik vollständig aus der NATO-Strategie zu lösen, ihren Austritt aus diesem Kriegspakt zu erzwingen. Sie bleibt der Illusion verhaftet, die beiden Militärblöcke als ganzes würden bei entsprechendem öffentlichen Druck, zu dem unser Beitrag die Unterschrift unter den Krefelder Appell ist, ihre Politik grundsätzlich revidieren. Damit aber wird die eigentliche Grundlage einer wirklich unabhängigen friedenssichernden Politik durch die Bundesrepublik, die auch einseitig durchzuführen wäre, überhaupt nicht angesprochen.

Damit aber bleibt die Erklärung hinter Entwicklungen, die innerhalb der westdeutschen Friedensbewegung bereits stattgefunden haben oder stattfinden, zurück.

„Grüner“ Opportunismus

Im Vorfeld des 2. Krefelder Forums hatten sich Differenzen zwischen Trägern des Krefelder Appells angedeutet. Bastian und Kelly hatten in einem Aufruf „Hände weg von Polen“ die Kriegspolitik der Sowjetunion angegriffen. Nicht wenige erwarteten sich vom 2. Forum eine offene Aussprache über die unterschiedlichen Ansichten und eine deutliche Front auch gegenüber der Sowjetunion.

Damit wäre, um einem Standardargument der DKP zu begegnen, die Friedensfront nicht gespalten, sondern gestärkt worden. Das hätte selbstverständlich den Aktionen gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles, dem Kampf für einseitige Maßnahmen der Bundesrepublik nicht widersprochen, auch nicht dem gemeinsamen Kampf mit DKP-Mitgliedern für dieses

Ziel.

Die Erwartung erfüllte sich nicht.

Petra Kelly griff allerdings in ihrem Redebeitrag auch die sowjetische Rüstung an. Sie protestierte gegen die U-Boot-Aggression gegen das neutrale Schweden und anderes. Sie sorgte aber nicht, wie von den Grünen vorher teilweise verkündet, für eine Beseitigung falscher Orientierungen in der Krefelder Erklärung.

Bezeichnend war vor allem, daß Kelly keine Worte gegen den von fast allen Rednern angestimmten Willkommensjubiläum für den Chef der Sozialimperialisten, Breschnew, in Bonn fand. Obwohl der Bundesvorsitzende der Grünen als Hauptorganisator der Demonstration am 22. 11., die aus Anlaß dieses Besuchs (ein Tag nach dem Krefelder Forum!) stattfand und sich gegen die Politik der Krefelder richtete, auftrat, erwähnte Petra Kelly diese Aktion mit keinem einzigen Wort!

Das ist schon bodenloser Opportunismus und Anbiederung, trotz aller kritischen Worte, die sie ansonsten auf dem Forum fand. Das zeigte uns auch, was wir von den Grünen zu erwarten haben. Ganz im Sinne bürgerlicher Machtpolitik wird hier geschachert und werden Versprechungen gebrochen. Und nicht zuletzt die Interessen der Mitglieder der Partei der Grünen mißachtet. Hier sollten wir ansetzen, um etwas gegen diese Politik zu unternehmen.

Ein positives Wort fand Kelly trotzdem. Sie hielt der Führung des DGB vor, daß sie zwar lautstarke Worte der Unterstützung für Lech Walesa findet, aber Kampfformen der polnischen Arbeiter wie den Generalstreik für unseren Kampf um den Frieden nicht ins Feld führt. Das aber täte not. Da kann man ihr nur zustimmen!

Gert Bastian verwahrte sich in seinem Redebeitrag dagegen, daß die reaktionären westdeutschen Politiker die Politik der „Krefelder“ einfach damit diskriminieren wollen, daß sie die Beteiligung der DKP hervorheben. Da hat er recht. Dennoch ist es keineswegs eine positive Sache, wenn Martha Buschmann (DKP-Präsidium) vom

Podium aus die Politik der Sowjetunion als friedenssichernd darstellen konnte.

Bastian verwahrte sich auch gegen die heuchlerischen Worte der Anti-Breschnew-Demonstranten Möllemann und Wissmann, die von Afghanistan reden, aber Vietnam, Salvador, Nicaragua nicht erwähnen. Auch Bastian hieß Breschnew willkommen.

Dennoch soll hier das absolute nicht selbstverständliche Engagement eines ehemaligen Generalmajors der Bundeswehr nicht grundsätzlich abgewertet werden. Und auch Bastian macht eine Entwicklung durch. Sein Ton gegenüber der Bundesregierung ist merklich schärfer geworden. Auch sprach er von der Notwendigkeit „jener Front des Volkes, wie sie sich von Tag zu Tag fester gegen eine Regierung zusammenschließt, deren Rüstungskurs gegen das Volksinteresse verstößt“.

Klarheit schaffen!

Der Kampf um Klarheit in der Friedensbewegung muß weiter mit allem Nachdruck geführt werden. Das machte auch dieses Forum deutlich. Uns als Kommunisten fällt dafür eine besondere Verantwortung zu, die uns niemand abnehmen kann.

Da geht es um die klare Stoßrichtung auch gegen den Warschauer Pakt.

Da geht es im besonderen darum, für eine klare Stoßrichtung gegen die NATO zu sorgen, den Massenkampf für den Austritt aus diesem Kriegsblock vorzubereiten und zu organisieren.

Und da geht es darum, die Ursachen der Rüstung und Kriegsvorbereitung klarzumachen. Darüber fiel auf dem Krefelder Forum kein Wort.

Bastian wandte sich gegen ein „beschränktes militärisches Denken“. Dennoch ist gerade er in solchem Denken noch weitgehend befangen. Er stellte Überlegungen an, daß es keinen Zusammenhang gäbe zwischen Pershing II und SS 20. Die SS 20 stünden vielmehr im Zusammenhang mit dem seit langem vorhandenen entsprechenden Waffenpotential der NATO. Den grundlegenden Zusammenhang in dieser wahnsinnigen Aufrüstungsspirale, die Logik imperialistischen Wettstreits um die Weltherrschaft, sieht er nicht.

Dokumentation

Die Erklärung des 2. Krefelder Forums

Zum Krefelder Appell vom November 1980 bekennen sich heute zwei Millionen Deutsche! Sie alle eint die Entschlossenheit, die menschenbedrohende nukleare Aufrüstung zu stoppen und damit im eigenen Land zu beginnen, ohne auf die ersten Schritte anderer zu warten.

Der Verzicht auf neue Nuklearwaffen der USA ist ohne Gefährdung unserer Sicherheit möglich, weil die Behauptung von einer zur „Nachrüstung“ der NATO zwingenden „Vorrüstung“ der UdSSR von den Tatsachen widerlegt wird.

Wir lehnen es daher ab, uns auf die irreführende Formel festlegen zu lassen. „Wer Pershing II sagt, der muß auch SS 20 sagen“, wie dies von selbsternannten Interpreten unserer Forderungen immer häufiger versucht wird.

Den von NATO und Bundesregierung konstruierten Zusammenhang zwischen diesen Rüstungsschritten gibt es nach unserer Überzeugung nicht. Das sowjetische Mittelstreckenpotential gegenüber Westeuropa und seine Modernisierung durch SS-20-Raketen müssen vielmehr im Zusammenhang mit den seit langem vorhandenen und mehrfach modernisierten westlichen Nuklearpotentialen entsprechender Reichweite „in und für Europa“ gesehen werden.

Selbstverständlich halten wir auch diese Potentiale im Westen wie im Osten nicht für gerechtfertigt und ihre Aufstockung, zum Beispiel durch Trident-U-Boot-Systeme und neue französische Nuklearwaffen im Westen, durch immer mehr SS-20-Raketen im Osten, für falsch.

Deshalb fordern wir den Verzicht auf diese Programme und ernsthaft Verhandlungen zum beiderseitigen schrittweisen Abbau aller schon vorhandenen Nuklearwaffen in und für Europa.

Doch glauben wir nicht, daß eine „Nulllösung“ wie Präsident Reagan sie propagiert, zu diesem wünschenswerten Ergebnis führen kann, weil sie den Abbau vorhandener Mittelstreckenwaffen allein von der UdSSR fordert, auf westlicher Seite hingegen lediglich den Verzicht auf die am 12. Dezember 1979 beschlossene „Nachrüstung“, jedoch keine Reduzierung bereits verfügbarer Nuklearwaffen mittlerer Reichweite vorsieht.

Wir verlangen daher von der Bundesregierung, daß sie sich für eine „Nulllösung“ einsetzt, die auch im Westen den Abbau vorhandener Nuklearwaffen anstrebt und erst damit den Erwartungen gerecht wird, die in der Bevölkerung mit einem zwar verheißungsvollen, bei der amerikanischen Zielsetzung jedoch irreführenden Schlagwort geweckt worden sind.

Von der Sowjetunion erwarten wir, daß der Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, trotz der enttäuschenden Reaktionen des Westens auf seine früheren Moratoriumsvorschläge, einen Stopp der SS-20-Aufrüstung für die Dauer der am 30. November 1981 beginnenden Verhandlungen erklärt. Wir glauben, daß ein Verzicht auf noch mehr Nuklearwaffen, wie wir ihn von unserer Regierung fordern, auch der Sowjetunion ohne Beeinträchtigung ihrer Sicherheit möglich ist.

Darüber hinaus bekunden wir unsere Überzeugung, daß eine Friedenssicherung durch nukleare Abschreckung, also durch die Androhung von Völkermord mit Massenvernichtungswaffen, von Grund auf inhuman ist und mit dem Wunsch der Völker, in Frieden und Freiheit zusammenzuleben, unvereinbar bleibt.

Wir fordern daher eine Sicherheitspolitik, die sich nicht länger in verblenderer Überschätzung der Wirksamkeit von Waffen auf militärisches Denken beschränkt, sondern Sicherheit für alle mit vorwiegend politischen Lösungen zu gewährleisten sucht.

Abrüstung statt Abschreckung muß das wichtigste Ziel dieser Politik sein! Wir werden deshalb alles daransetzen, als ersten Schritt in diese von Vernunft und Menschlichkeit gewiesene Richtung den Verzicht auf die von der NATO beschlossene Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenwaffen der USA in Europa, vorwiegend in unserem Land, zu verwirklichen.

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, aber auch die Menschen in den gleichermaßen gefährdeten Ländern Europas sind aufgerufen, sich mit uns zu verbünden, damit wir gemeinsam verhindern, daß unser Kontinent zum Kriegsschauplatz hochgerüstet wird; damit wir im Gegenteil gemeinsam die entscheidende Wende herbeiführen, bis die atomwaffenfreie rüstungsarme Welt geschaffen ist, die wir brauchen, um zu überleben.

Wir alle tragen Verantwortung. Die Zeit drängt. Unterschreiben auch Sie den Krefelder Appell!

Gert Bastian
Petra Kelly
Martin Niemöller
Helmut Ridder
Christoph Strässer
Gösta von Uexküll
Josef Weber

Soldatenzeitung der Kommunistischen Jugend Deutschlands



Neu

Zu bestellen beim Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103.

Volksbegehren abgelehnt • Hüttendorf geräumt

Kampf gegen Startbahn West geht weiter

Börner stellt die „Systemfrage“

WIESBADEN. — Am 25. November verkündete Hessens Ministerpräsident Börner vor dem Landtag wie erwartet die Ablehnung des Volksbegehrens gegen die Startbahn West durch die Landesregierung. Alle Fraktionen des Landtags stimmten dem zu. Am Morgen desselben Tages hatte die Polizei mit Gewalt das dritte Hüttendorf der Startbahngegner im Wald auf Rüsselsheimer Gelände geräumt.

Die Polizeiaktion belegt einmal mehr, daß der Staat nicht gewillt ist, vom Kurs der hemmungslosen Gewalt abzuweichen. Bei dem Einsatz wurde nicht einmal der Ablauf eines bis zum 26. 11. befristeten Ultimatums abgewartet, das den Bewohnern des Hüttendorfes gesetzt worden war. Man hofft wohl, so größere Demonstrationen oder auch Gegenwehr zu vermeiden. Zur Begründung für den Blitzeinsatz

Börner spitzte in seiner Regierungserklärung die Auseinandersetzung in die Startbahn selbst zu einer Prinzipienfrage des parlamentarischen Systems zu. Und damit hat er nun gar nicht unrecht. Denn hier zeigt sich beispielhaft, was die Bürger dieses Staates wirklich von dieser sogenannten Demokratie zu erwarten haben.

Börner erklärte sein „Ja“ zur Startbahn schlicht als Arti-

und des Versuchs der Einflußnahme auf politische Entscheidungen genommen. Im Parlament entscheidet nicht das Volk. Im Parlament entscheiden die, die das Geld und die Macht haben. Ihr Wille spricht aus dem Munde der bürgerlichen Politiker. Ihre Partei spielt dabei eine sehr untergeordnete Rolle, im Ernstfall gar keine.

Wenn Börner seinen Gegnern vorwirft, sie legten „die Axt an die Wurzeln unserer Demokratie“, dann sollte das zu denken geben. Seine Demokratie ist nämlich nicht die des Volkes. Und wenn es auch sicherlich absolut nicht stimmt — jedenfalls heute noch nicht — daß die Mehrheit der Startbahngegner wirklich auch Staats- und Systemgegner sind — vielleicht werden es doch immer mehr.

Und das wäre sehr wünschenswert.

Udenkbar wäre ein solches Vorgehen einer Regierung in einem Staat, in dem die Arbeiter und anderen Werktätigen das Sagen haben, im Sozialismus. Da hätten die, die heute alles bestimmen, weil sie das Geld haben, weil ihnen Maschinen und Fabriken gehören und weil für sie eine bewaffnete Streitmacht marschiert, gar nichts mehr zu bestimmen. Da gäbe es keine Mächtigen mehr, die für ein Kriegsbündnis wie das der NATO die Lebensinteressen der Menschen mit Füßen treten wollten und könnten. Schon deshalb würde eine Startbahn West dann niemals gebaut werden. Aber auch Entscheidungen über Fragen, die nur mit Umweltbelastungen zusammenhängen, wären über die Köpfe der direkt Betroffenen hinweg unmöglich. Alle Fragen, auch die wirtschaftlicher und technischer Entwicklung, würden vom werktätigen Volk selbst entschieden und diese Entscheidungen würden auch von ihm selbst kontrolliert.

Natürlich hätte ein Volksfeind wie Börner, wenn seine finanz- und waffengewaltigen Hintermänner gestürzt und entmachtet wären, auch nicht mehr viel zu lachen. Aber sollte er das denn?

Ein solcher Staat, eine solche Demokratie für das Volk, ist keine Utopie. Wenn das arbeitende Volk sich einig ist, ist er machbar. Und der Kampf dafür lohnt sich. Das beweist auch das Beispiel Hessen. Man muß, um ihn zu gewinnen, allerdings an die „Demokratie“ Marke Börner „die Axt anlegen“. Dafür kämpft die Kommunistische Partei.

kulation einer „Mehrheitsentscheidung“, der sich die Minderheit zu fügen habe. Jeder weiß allerdings, daß die Mehrheit der Menschen am Bauplatz eine ganz andere Meinung hat. Börner spekuliert auf die Mehrheit in ganz Hessen, deren Meinung im Rahmen eines Volksentscheids er aber doch nicht hören möchte.

Derweil setzt die Regierung ihren Propagandafeldzug für die Startbahn fort, bringt sie als Lüge unter Volk, um die angebliche Notwendigkeit des Projekts zu beweisen. Das ist die „demokratische Willensbildung“ unserer Parlamentarier.

Und wer sich daranmacht, dem etwas entgegenzusetzen, aufzuklären, die Wahrheit zu sagen, der bekommt die Staatsgewalt zu spüren. Übrigens richtete der Landtag bei der Gelegenheit gleich eine scharfe Warnung an alle Lehrer in Hessen, ihre Schüler nicht zu „indoktrinieren“, das heißt, ihnen auch in den Schulen die Wahrheit zu sagen. Das sei eine „Amtspflichtverletzung“ und würde Konsequenzen haben.

Wenn es hart auf hart geht, das kann man an diesem Beispiel sehen, dann wird der Wille der Bevölkerung rücksichtslos mit Füßen getreten. Da wird den Menschen mit Gewalt selbst die Möglichkeit der Aufklärung

Menschenfeindlicher Ausländer-Erlaß

Proteste zwingen Lummer zu Rückzugsgefechten

WESTBERLIN. — Innensenator Lummer bewies wieder einmal, daß er der schnellste ist, wenn es um die Umsetzung reaktionärer politischer Überlegungen bundesdeutscher und westberliner Politiker geht. Am 20. November gab er einen Ausländer-Erlaß heraus, der an Menschenfeindlichkeit alles bisher dagewesene in den Schatten stellt.

Mit dem Erlaß, dessen Bestimmungen sofort Gültigkeit erhielten, setzte Westberlin als erstes Bundesland die auf der letzten Innenministerkonferenz verabredete Zugangsbeschränkung für Ausländer um. Unter anderem dürfen Kinder ihren Eltern nicht mehr nachkommen, wenn sie bereits älter als 16 Jahre sind oder wenn ein Elternteil weiter im Ausland lebt.

Die größte Schweinerei aber ist folgende:

Alle Ausländerkinder, die älter als 18 Jahre sind, werden abgeschoben, wenn sie arbeitslos sind oder generell, wenn sie nicht mindestens fünf Jahre in Folge in Westberlin leben. Im letzteren Fall also auch, wenn sie in einem Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis stehen.

Einen „Akt der Barbarei“ nannte die Alternative Liste diesen Erlaß, vollkommen zu Recht. Von einem Tag auf den anderen würden damit Tausen-

de Familien auseinandergerissen.

Unter dem Eindruck breiter Proteste nahm Lummer inzwischen einen Teil der Bestimmungen zurück. Nach Meldungen der Nachrichtenagenturen sollen die letztgenannten Bestimmungen nur für Kinder ausländischer Eltern gelten, die nach dem 20. November dieses Jahres eingereist sind. Das habe Lummer am 26. 11. erklärt.

Am unmenschlichen Charakter dieses Erlasses ändert das nichts. Die Angriffe auf die Rechte unserer ausländischen Kollegen und auf das Asylrecht, zu denen der Lummer-Erlaß gehört, müssen zurückgewiesen werden. Es steht zu erwarten, daß bereits Anfang des nächsten Jahres in sämtlichen Bundesländern Westdeutschlands Maßnahmen gleichen Inhalts erlassen werden. Geeignet haben sich die Innenminister ja bereits.

Bundeswehr raus aus den Betrieben!

ROCKENHAUSEN. — „Bundeswehr raus aus den Betrieben! Kein Gelohnis für den Profit!“ — das war eine der Parolen, unter denen am Abend des 23. 11. mehr als 1000 Menschen, darunter Hunderte von Gewerkschaften, gegen die für den nächsten Tag angesetzte Rekrutenvereidigung in einer Werkhalle der Firma Keiper protestierten.



Mit klingendem Spiel durch den Betrieb. Wie einst im „Dritten Reich“. Ein makabres Schauspiel, das sich nicht wiederholen darf!

„Einmal war genug — Nie wieder Faschismus und Krieg!“ Die Demonstranten wußten gut, was hinter dem Versuch steckt, „Eintracht“ zwischen Militär und Arbeiterschaft zu demonstrieren. Das Militär ist der Todfeind der Arbeiterklasse. Während die 220 Rekruten des Jägerbataillons 542 Bexbach durch den Betrieb marschierten, proben vielleicht anderswo, wie das

schon oft vorkam, Soldaten oder Grenzschilder Betriebsbesetzungen.

Vereidigungen in Betrieben sind neu in der Geschichte der Bundeswehr. Und für die Premiere hatte man sich auch den richtigen Betrieb ausgesucht: die Firma Keiper war früher ein „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“. Die Firmenleitung unter Führung des Herrn Kei-

KOMM-Prozeß ausgesetzt

NÜRNBERG. — Der erste Prozeß in Folge der Nürnberger Massenverhaftungen vom März dieses Jahres, in dem zehn Angeklagte wegen schweren Landfriedensbruchs vor Gericht stehen, ist vorerst ausgesetzt worden. Das ist die Folge davon, daß die Verteidiger der Staatsanwaltschaft Aktenmanipulation nachgewiesen hatten: Aussagen verschiedener Polizisten, die auch entlastendes Material enthielten, gelangten nicht in die Akten der Verteidigung.

Die Nürnberger Justiz ist in helle Aufregung geraten. Justizminister Hillermeier spielt den Ahnungslosen und entzog der Nürnberger Staatsanwaltschaft das Verfahren, das jetzt von Regensburg aus geleitet werden soll.

Die Aussetzung ist ein erster Erfolg. Niemand weiß nach Worten des Vorsitzenden Richters Manger, wann das Verfahren fortgesetzt werden kann.

Die Forderung der Angeklagten und ihrer Verteidiger, die Forderung aller Demokraten ist klar: Es darf überhaupt nicht fortgesetzt werden! Das ganze Verfahren, von den Festnahmen und Haftbefehlen angefangen, ist ein einziger Justizskandal und reiht eine Rechtsbeugung an die andere. Es muß nach diesem neuerlichen Eklat vollständig eingestellt werden!

per, der die Firma heute noch leitet, wurde mehrfach ausgezeichnet für die reibungslose Organisation der Ausbeutung der rechtlosen Arbeiterschaft. Keiper wurde im Rahmen der „Entnazifizierung“ zunächst die Führung des Betriebes untersagt; nachdem daraufhin aber „auf unerklärliche Weise“ die Originalakten verschwanden, die über seine Rolle Aufschluß gaben, wurde die Entscheidung widerrufen. Später besorgte sich Keiper sogar das Attest eines „völlig Unbelasteten“.

Der Bataillonsführer, Oberst Lock, hielt eine militaristische Hetzrede im Betrieb, in der er vor allem die Friedensbewegung angriff, die er unter anderem als „schreiende Meute von Gewaltdemonstranten“ bezeichnete. Besonders erfreut zeigten sich die Militaristen über den freundlichen Empfang durch den Betriebsratsvorsitzenden Hermann Jess, der für seine engen Verbindungen zur faschistischen „Deutschen Nationalzeitung“ bekannt ist.

Erneuter Bombenanschlag der Neonazis

BREMEN. — Der Bremer „Volksbuchladen“ ist durch einen von Neonazis gelegten Sprengsatz am 21. November verwüstet worden. Nur durch Zufall wurden durch die bis zu 50 Meter weit umherfliegenden Splitter keine Menschen verletzt. Über 1000 Menschen demonstrierten noch am gleichen Tage gegen den faschistischen Terror und forderten ein Verbot der faschistischen Organisationen.

In Bremen wird das Treiben neofaschistischer Banden seit langem weitgehend geduldet. Zwar betonte die Bremer Staatsanwaltschaft, daß verschiedene Mitglieder der militanten „Nationalrevolutionären Arbeiterfront“ inzwischen wegen Volksverhetzung zu mehrmonatigen Haftstrafen verurteilt wurden. Aber: „Als Gewalttäter sind sie nicht aufgefallen“. Deshalb setzte man sie wohl auch nicht fest, nicht einmal nach ihrer Verurteilung. Der als Gründer der NRAF geltende Gerhard

Töpfer nutzte die Gelegenheit, sich nach Belgien abzusetzen, wo er am 23. Oktober — nach der Schießerei zwischen Polizei und Neonazis in München — in Gent verhaftet werden konnte. Sein Kumpan Peter Fabel, ebenfalls aus Bremen, wurde in München schwer verletzt.

Außer bei der Bremer Staatsanwaltschaft besteht wohl bei niemandem ein Zweifel an der Gewalttätigkeit der NRAF-Leute und ihrer Zugehörigkeit zu den terroristischen Kreisen der Neonazi-Szene. Aber auch

in Bremen müssen offenbar erst Menschen sterben, bevor hier wenigstens Ermittlungen aufgenommen werden! Anders ist die Äußerung der Staatsanwaltschaft nach dem Anschlag auf den Volksbuchladen doch wohl kaum zu verstehen.

Das unterstreicht die absolute Notwendigkeit des generellen Verbots aller faschistischen Gruppen und jeglicher faschistischer Propaganda. Diese Forderung wurde auch auf der Demonstration am Abend des 21. 11. immer wieder laut.



Und keine Gewalt, verstanden!



keine Startbahn-West! Baustopp jetzt!

Mit dieser Grafik kommentiert ein Leser des „Roten Morgen“ die Aufforderung der hessischen Landesregierung zur Gewaltfreiheit.

erzählte die Polizei Geschichten von tätlichen Angriffen durch Hüttendorf-Bewohner, durch die ihr „Leib und Leben“ in Gefahr geraten sei.

Der hessische Landtag gab dann am Mittwoch das Bild einer Allparteienkoalition ab, so demonstrativ geschlossen stellten sich alle Abgeordneten hinter Bürgerkriegsminister Holger Börner (SPD). Börner verkündete unzweideutig: „Der Bau der Startbahn 18 West ist unvermeidbar.“ Einen Baustopp bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Rechtmäßigkeit des Volksbegehrens bzw. seiner Ablehnung werde es nicht geben, bekräftigte Börner. Er sehe im übrigen der Entscheidung des Gerichts mit Gelassenheit entgegen. Kann er ja wohl auch.

Der Kampf gegen die Startbahn wird dennoch weitergehen. Die ständigen Ermahnungen an die betroffene Bevölkerung, deren Ablehnung glasklar ist, zur Gewaltlosigkeit sind eine brutale Verhöhnung. Und eine indirekte Ankündigung eigener staatlicher Gewaltaktionen. Noch auf jede solche Mahnung ist innerhalb kürzester Zeit eine neue gewalttätige Polizeiaktion gefolgt. „Keine Startbahn West“ — das ist und bleibt die Forderung, deren Durchsetzung mit allen Mitteln des Massenprotestes erkämpft werden muß.

AEG — ein Konzern im Ausverkauf

Arbeiterkorrespondenz aus Westberlin

Was wird mit der AEG? Zwischen Angst und Hoffnung um den Arbeitsplatz, um seine soziale Existenz bis hin zu der erwartenden Betriebsrenten, so wird man mittlerweile bei AEG hin- und hergeworfen. Strahlt der AEG-Vorstand, an seiner Spitze Dürr, immerwährenden Optimismus aus, so sickert doch langsam immer mehr durch, daß man sich bei AEG auf einem sinkenden Schiff befindet. Wann es endgültig untergeht, ob es noch zu retten ist, darüber wird viel spekuliert und geredet, aber gerade von der Seite, von der man als Arbeiter eine klare Auskunft erwarten sollte, von der Gewerkschaft, kommt nichts.

Was wird aus AEG?

Dürr: Bankenhilfe — ein wesentlicher Schritt vorwärts!

„In seiner Sitzung am 30.10.81 in Frankfurt am Main hat das Bankenkonsortium von AEG-Telefunken erklärt, den Umstrukturierungsprozeß unseres Konzerns maßgeblich zu begleiten. Zusammen mit den geplanten Kooperationsvorhaben ist damit ein wesentlicher Schritt auf unserem Wege zur Sanierung getan.“ So und in ähnlicher Form wird die Belegschaft ständig bereselt. Stimmt dies aber? Wird bei AEG überhaupt noch „saniert“, wenn man darunter versteht, daß der Vorstand für ihn unprofitable Bereiche abstößt oder durchrationalisiert?

Die Drahtzieher sind die Banken!

Wollen die Banken AEG überhaupt noch „sanieren“? Nach den sich jetzt abzeichnenden Verkäufen, Kooperationen und Ausgliederungen aus dem Konzern sieht das ganze eher wie ein Ausverkauf aus.

Die folgenden Kooperationen und Verkäufe sind bisher bekannt. Hierbei handelt es sich nicht nur um nicht so profitable Bereiche, wie den Hausgerätebereich oder die Kleinmotorenproduktion, sondern auch gerade um sehr profitträchtige Teile, wie den Geschäftsbereich Weitverkehr und Kabeltechnik (K1) und Anteile der Tochterfirma Telefonbau und Normalzeit (T & N).

1. Weitverkehr und Kabeltechnik (Backnang)

2. Telefonbau und Normalzeit (Frankfurt)
3. Olympia (Wilhelmshaven)
4. Unternehmensbereich Haushaltsgeräte (Nürnberg)
5. Videoproduktion (Westberlin)
6. Leuchtenproduktion (Springe)
7. Elektronische Bauelemente (Heilbronn)
8. Elektromotoren (Berlin-Oldenburg)
9. Elektrowerkzeuge (Winnenden).

Und ganz abgesehen davon, daß diese Kooperationen kurz vor dem Abschluß stehen, sind schon seit einem halben Jahr sämtliche AEG-Bereiche zum Verkauf oder zur Kooperation angeboten worden. Es gibt einen eigens dafür freigestellten Mann beim Vorstand. Da man keinen Haupteinkäufer bei AEG gefunden hat, will man sie stückweise verschachern. Hauptinteressenten sind dabei Bosch und Mannesmann. Sie wollen sich die besten Brocken unter den Nagel reißen. Der US-Multi ITT ist anscheinend aus dem Rennen, da hier Siemens über seine Hausbank, die Deutsche Bank, ein Veto eingelegt hat. Sie fürchten die amerikanische Konkurrenz. Hier zeigt sich auch, wer die wahren Drahtzieher im Hintergrund sind: die Banken. An erster Stelle bei AEG: die Dresdner Bank, die Deutsche Bank und die Commerzbank. Zusammen mit 21 anderen Banken besitzen sie 50 Prozent der AEG-Aktien. Zwischen ihnen wird entschieden, was aus der Zukunft des Elektromultis wird. Und wie es aussieht, scheint sein Schicksal von ihnen besiegelt worden zu sein. Sie wollen so viel wie möglich von AEG verkaufen, und der Rest, der übrigbleibt, macht dann bankrott. So ist man das Problem der Finanzschulden los, aber vor allem das Problem Betriebsrenten. Schon jetzt klafft ein 2-Milliarden-Loch in der Rentenkasse. Dieses Geld wurde nicht in die Rückstellungen für die Renten eingebracht.

Wieso macht solch ein Konzern pleite? Geht das überhaupt?

Diese Frage stellen sich viele Kolleginnen und Kollegen bei AEG und wollen das auch nicht so richtig glauben. Die Vorstellung, daß man bei einem großen Konzern einen sicheren Arbeits-

platz hat, steht da noch zu sehr im Vordergrund. Doch die Realität sieht leider etwas anders aus. Der Kapitalismus macht selbst vor großen Konzernen nicht halt, wenn es im Zuge der Wirtschaftskrisen zu Konzentrationsprozessen in der Wirtschaft kommt. Die Stahlindustrie ist derzeit offenkundigstes Beispiel.

Und in der deutschen Elektroindustrie zeichnet sich ab, daß Siemens zusammen mit Bosch und Mannesmann AEG vollständig aus dem Rennen schmeißt. AEG und Siemens waren seit Anbeginn der deutschen Elektroindustrie die zwei führenden Elektrokonzerne. Zwischen ihnen tobte ein immerwährender Konkurrenzkampf um den ersten Platz. Ebenso zwischen den beiden größten und den nachfolgenden Elektrofirmen.

Im Zuge dieses Konkurrenzkampfes blieb auf dem deutschen Elektromarkt außer AEG und Siemens nur noch Bosch übrig. Seit neuestem stieg nun Mannesmann auch in die Elektrobranche ein und kaufte z.B. 1980 Hartmann und Braun, fast ein eigener Elektrokonzern, von AEG. Sie stehen außerdem als Interessent für AEG Kanis im Gespräch. Zusammen mit Bosch und Teilen von AEG scheint ein neuer Elektrokonzern geplant zu sein, auf dem Gebiet der Nachrichtentechnik.

Dieser Verbund ist das besondere Steckenpferd des Herrn Dürr, derzeitiger AEG-Chef und seit längerem als Nachfolger von Bosch-Chef Merkle im Gespräch.

Daß sich Siemens und Bosch hier gegenüber AEG durchsetzen konnten, liegt entscheidend mit an der zugespitzten Finanzlage bei AEG. Derzeit über fünf Milliarden Mark Schulden, muß AEG z.B. dieses Jahr 650 Millionen Mark an Zinsen an die Banken zahlen. Würde nun bei AEG im Moment nichts verkauft werden, müßte man nach dem Aktiengesetz im nächsten Jahr Konkurs anmelden. Durch die Verkäufe an Mannesmann und Bosch rechnen sie mit 400 Millionen Mark. Nun fehlten aber noch weitere 250 Millionen, um ein ausgeglichenes Ergebnis zu haben. Somit steuert die Banken unter dem Druck der drei Großen nochmals 250 Millionen an Schuldenerlassen und Zinsentlassungen dazu. Gerade aber an den Zinszahlungen, die seit 1970 zusammengerechnet über drei Milliarden Mark ausmachen, zeigt sich, daß bei AEG genügend Profit erwirtschaftet wird. Bloß nicht mehr genug, daß die Banken ihr Kapital weiterhin dort investieren möchten. Sie ziehen es lieber in Form von Zinsen und über Verkäufe aus dem Konzern heraus, um es woanders noch profitbringender anzulegen. Arbeitsplätze oder die Existenz von Tausenden von Arbeiterfamilien interessieren sie einen Dreck. Gleichzeitig kassieren sie für ihre sogenannten Stützungsmaßnahmen von Seiten des Staates Steuergeschenke, die mittlerweile ebenfalls schon eine Milliarde ausmachen sollen.

IG Metall nicht nur ohne Konzept — Man hüllt sich in Schweigen!

Nichts über die Lage im AEG-Konzern in der Metallzeitung, außer einigen Berichten über Entlassungen und Stilllegungen in anderen Werken. Kein Ver-

such, hier einen einheitlichen Kampf zustande zu bringen. Dies geht bis hin zur Duldung und Unterstützung von Werksstilllegungen, wie z.B. beim Werk Telefunken Schwedenstraße in Berlin. Hier beeilte sich der Personalausschuß des Betriebsrates, noch 300 Kündigungen in vier Tagen zu erledigen, damit die meisten Kolleginnen noch rechtzeitig vor ihrem Urlaub gekündigt werden können. Es gibt derzeit keine Zusammenarbeit der einzelnen Betriebsräte, sondern man macht weiter wie bisher, nach dem Motto mein Betrieb ist mir der nächste, wird woanders stillgelegt, hoffe ich, daß mir nicht dasselbe passiert. Auch die Tat-

sache eines totalen Zusammenbruchs von AEG hat hier keinen entscheidenden Umschwung erzeugt.

Nun setzt man Hoffnung auf die Kooperationen. Das einzige, was getan wird, ist zu unterscheiden zwischen vernünftigen und unvernünftigen Kooperationen. Vernünftig ist die Kooperation mit Bosch, unvernünftig die im Bereich Motorenfertigung mit Bauknecht, da Bauknecht auch in Schwierigkeiten steckt. Unbestritten in Funktionskreisen scheint mittlerweile die Tatsache zu sein, daß AEG irgendwie aufgelöst wird. Bloß man traut sich nicht, dies den Belegschaften auch offen und direkt zu sagen, aus der Angst heraus, hier könnte eine Unruhe entstehen, die sie nicht mehr im Griff haben.

Vom Gesamtbetriebsrat ist

hier nichts zu erwarten, entscheidend ist, ob sich in den Betrieben der Widerstand regt. Hier gilt es in den Vertrauenskörpers Beschlüssen zu fassen, in Richtung Ablehnung der Verkäufe und Kooperationen, in Richtung die Belegschaft über die Entwicklung bei AEG vollständig aufzuklären und in Richtung von Streikaktionen, und zwar gemeinsam von allen AEG-Betrieben aus. So wie es Ende 1979 angesichts der angekündigten 13000 Entlassungen von Cipa zu Widerstandsaktionen kam. Diese sind zwar gerade vom IG-Metall-Vorstand in Frankfurt erstickt worden, als es darum ging, sie zu zentralisieren, aber heute steht noch viel mehr auf dem Spiel, hier geht es nicht nur um 13000 Arbeitsplätze, sondern um Zehntausende, die um ihre Existenz bangen müssen.

Metallhütte Lübeck:

Protest gegen 550 Entlassungen

Arbeiterkorrespondenz aus Lübeck

Am 23. November rief die Bürgerinitiative „Rettet die Arbeitsplätze in Kücknitz/Herrenwyk“ zusammen mit Kollegen der Metallhütte zur Demonstration gegen die Entlassung von 550 Kollegen auf. 150 Kollegen beteiligten sich (siehe Foto aus den „Lübecker Nachrichten“). Übrigens: Der in der Zeitung als „Organisator der Aktion“ bezeichnete Törk Hansen, Betriebsratsvorsitzender bei Sintermetall in Lübeck, soll aus der IGM ausgeschlossen werden — weil er Vorstandsmitglied der VOLKSFRONT ist, die die IGM in ihre Unvereinbarkeitsbeschlüsse einbezogen hat! So offenbart sich die ganze Gewerkschaftsfeindlichkeit der Bonzen. Es sind die aktivsten Gewerkschafter, die sie lahmlegen wollen. Es darf ihnen nicht gelingen! Ein Mitglied der BI schrieb uns über die Aktion:



Mit Spruchbändern wie „Stop der Arbeitsplatzvernichtung“ zogen gestern etwa 150 Arbeiter der Metallhütte durch die Breite Straße zum Rathaus. Der Demonstration, die die Bürgerinitiative zur Rettung der Arbeitsplätze in Herrenwyk organisiert hatte, war ein Auto-Korso von der Metallhütte zur Innenstadt vorausgegangen. Der Organisator der Aktion, Törk Hansen, und 15 Arbeiter der Metallhütte überreichten anschließend Bürgermeister Dr. Robert Knapp in seinem Amtszimmer eine Resolution. Sie fordern vom Senat eine Garantie für die Erhaltung der Wohnkolonie Kücknitz/Herrenwyk und entsprechende Maßnahmen zur Weiterbeschäftigung der 550 Entlassenen.

Seit dem 18. August war die Metallhütte im Konkurs. Über 1000 Arbeitsplätze bedroht, vor allem ältere Kollegen (über die Hälfte über 50 Jahre), waren nach jahrzehntelanger Arbeit auf dem Werk in ihrer Existenz bedroht. Gleichzeitig wurde auch für die 2000 Menschen, die in der Werksiedlung wohnen, die Zukunft ungewiß. Dennoch gelang es dem Betriebsrat und der IGM-Führung über Wochen, die Kollegen ruhig zu halten. Mit Sprüchen wie „gegen wen sollen wir denn kämpfen“ und „wir müssen unsere Arbeitskraft einem möglichen neuen Eigner gut verkaufen“ unterdrückten sie auch den kleinsten Ansatz an eigenständiger Aktion. So blieben die Kollegen über Monate im Ungewissen, jeder wußte, die Entlassungswelle würde kommen, doch immer wieder wurden Hoffnungen in ein gutes Ende geweckt. Die Bürgerinitiative zur Rettung der Arbeitsplätze in Kücknitz/Herrenwyk (der Stadtteil, der praktisch von der Hütte lebt) versuchte zwar die verheerenden Folgen dieser Arbeitsplatzvernichtung und den ungeheuren

Betrug an den Kollegen aufzudecken, aber Angst, faule Hoffnungen und Resignation überwog bei den Kollegen der Hütte. So beruhte die Arbeit der Initiative lange auf der Aktivität von Angehörigen und indirekt Betroffenen aus anderen Betrieben.

Als sich Ende Oktober die Zeichen für die schlimme Entwicklung auf dem Werk immer verdichteten, ging die Initiative noch einmal in die Offensive. Sie forderte die Parteien und die Pastoren der Region zu gemeinsamem Handeln auf und lud zu einer Filmveranstaltung ein. Die Pastoren sagten ihr Kommen zu. Und zu dieser Veranstaltung kamen dann tatsächlich 50 Männer und Frauen aus dem Stadtteil, überwiegend Kollegen aus der Hütte. Eigentlich wußte jeder, daß etwas passieren muß, wenn nicht der ganze Stadtteil sterben soll, aber Hetze und Abwiegelung des Betriebsrates waren bis dahin stärker gewesen. Kollegen, die zur Initiative kamen wurden übel beschimpft und mit einem Kreuz hinter den Namen gedroht. Kein Mittel war denen zu schade. Dennoch kamen die

Kollegen jetzt zur Initiative.

Der Tag der Veranstaltung war auch zufälligerweise der Tag der Konkurseröffnung. Die ersten Entlassungen waren jetzt nur noch eine Frage der Zeit. Alles Sozialplangeschwätz stellte sich mehr und mehr als Seifenblasen heraus. Nichts, aber auch gar nichts war mehr sicher. Durch die Aktivitäten der Initiative regte sich trotz heftiger Auseinandersetzung in den gewerkschaftlichen Gremien noch nichts, doch auf der Hütte wurde langsam der Unmut lauter.

Schließlich, am 23. November, wandten sich Hüttenkollegen an die Bürgerinitiative jetzt müsse endlich was passieren. Sie wollten eine gemeinsame Aktion. Die Bürgerinitiative hatte ohnehin eine Aktion für das Wochenende geplant. Jetzt aber riefen die Initiative und Kollegen der Hütte zusammen zu einer spontanen Aktion zwei Tage später auf. Die Presse wurde informiert und in der Hütte und der Siedlung mobilisiert zu einem Auto-Korso zum Rathaus (Kücknitz/Herrenwyk liegt 10 Kilometer von der Innenstadt). Der Betriebsrat wurde in einem kleinen Flugblatt noch einmal aufgefordert, jetzt endlich zu gemeinsamen Handeln zu kommen. Er lehnte das ab. Zu der Aktion kamen dann tatsächlich 150 Kollegen und ein Zug von 35 Autos bewegte sich langsam von der Hütte zum Rathaus mit Parolen wie „Millionen für den Flick — uns bricht man das Genick“, „Stopp die Entlassungen und die Arbeitsplatzvernichtung“ oder „Arbeit für jeden“. Dieser Zug zog bis zum Rathaus, dort schloß sich eine kämpferische Demonstration durch die Fußgängerzone an und dann eine Kundgebung vor dem Rathaus. Dort sprach der Kollege Törk Hansen, der als Betriebsratsvorsitzender des Nachbarbetriebes tatkräftig die Initiative unterstützt und verlas eine Resolution, die er dann gemeinsam mit 15 Hüttenkollegen dem Bürgermeister übergab.

Auf dem anschließendem Treffen waren über 40 Kollegen, die sich einig waren, daß diese Aktion ein toller Auftakt war, der dazu dienen muß, endlich die Bonzen zu zwingen, die ganze Kampfkraft der Lübecker Gewerkschaftsbewegung gegen die Arbeitsplatzvernichtung zu mobilisieren. Für die Hüttenkollegen wird die Situation langsam dramatisch, da inzwischen über 500 entlassen worden sind und auch für die anderen die Tage gezählt sind.

Veranstaltungen der KPD

Frieden schaffen — aber wie?

Dienstag, 8. Dezember, 19.30 Uhr
München, Gaststätte Turnerguttl, Meistraße/Ecke Tumbingerstraße

Solidarität mit den inhaftierten DDR-Genossen

Freitag, 4. Dezember
Kiel, Hansastraße 48 (besetztes Haus)

Gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn

Sonntag, 6. Dezember, 17.30 Uhr, Kassel
Gaststätte Dörnbergeck, Dörnbergstr./Breitscheidstr.

Vor 150 Jahren, am 14. November 1831, verstarb in Berlin der große deutsche Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel. Er war der Gipfelpunkt der deutschen klassischen Philosophie, der Nachfolger von Kant und Fichte. Das historische Verdienst dieser Philosophie war es, die Dialektik als die höchste Form des Denkens in die Wissenschaft wieder eingeführt zu haben. Hegel war ein „schöpferisches Genie“, ein Mann von „enzyklopädischer Gelehrsamkeit“, der überall, in der Logik, der Geschichte, dem Recht, der Ästhetik epochemachend aufgetreten ist. Alle Klassiker des Marxismus-Leninismus betrachten ihn als den Stammvater der dialektischen Methode, der umfassendsten, inhaltsreichsten und tiefsten Lehre von der Entwicklung.

Hegels Leben war verknüpft mit den größten Weltbegebenheiten seiner Zeit: dem Sturm auf die Bastille am 14. Juli 1789 in Paris, dem Signal zur Französischen Revolution, die wie ein Orkan Frankreich vom Feudalismus ausfegte; mit dem Feldherrn Napoleon, diesem „Weltgeist zu Pferde“, der seine Armeen wieder und wieder über Deutschland fluten ließ und in Scharen Adlige und Bischöfe vertrieb.

Obwohl die Revolution auch deutsche Lande umpflügte, obwohl Sansculotten einigen Herren die Köpfe abschlugen, versank Hegels Deutschland wieder in einen Zustand von Fäulnis und Verfall. Die Fürsten bauten wieder ihre Schlösser, veranstalteten wieder Bälle, hielten weiterhin ihre Mätresen, verachteten das Volk und preßten aus ihm wieder so viel Geld heraus, als sie nur konnten. Die Industrie, der Handel, immer noch kaum entwickelt, boten schlechte Geschäfte; das deutsche Bürgertum, mit einem elenden Krämergeist behaftet, erschrak gewaltig über den revolutionären Terror der Jakobiner von 1793 und flüchtete in die Arme des ersten Standes. Die Begeisterung der Bourgeoisie für die Französische Revolution schlug um in Haß und entartete schließlich zu reaktionärer Deutschtümelei. Die wackren deutschen Bürger gaben ihrem „alten ruhigen heiligen römischen Dunghaufen den Vorzug vor der gewaltigen Aktivität eines Volkes, das die Ketten der Sklaverei rücksichtslos abwarf und allen Despoten, Aristokraten und Priestern seine Herausforderung ins Gesicht schleuderte“ (Friedrich Engels, Deutsche Zustände).

Hegel sprach stets enthusiastisch von 1789, diesem „herrlichen Sonnenaufgang“, dies gereichte ihm zur höchsten Ehre, bedenkt man die „bleierne Lähmung“, die damals über Deutschland lag.

Allein, auch das größte Genie kann in seinen kühnsten Gedanken anfliegen die historischen Fesseln, die ihm seine Klasse anlegt, nicht abstreifen. Politisch war Hegel ein konservativer Mensch trotz gelegentlicher Zornesausbrüche. Was für Frankreich vernünftig war, sollte für Deutschland Unsinn sein. Die konstitutionelle Monarchie, die Verständigung der Adligen mit den Bürgerlichen — weiter ging er nicht. Hegel wandte sich zwar gegen die Willkür der Feudalherren und erklärte die Freiheit für das Wesen des Menschen, hielt aber zugleich den Adel als „natürlichen“ Träger von Sittlichkeit und Ehre für notwendig. Hegel war kein Verfechter des revolutionären Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus. Den gewalttätigen Aktionen der Volksmassen begegnete er verständnislos,

Zum 150. Todestag von G.W.F. Hegel

Der Stammvater der dialektischen Methode

ja er hielt sie sogar für vernunftwidrig, barbarisch und furchtbar. Hegel, in der Dialektik ein „olympischer Zeus“, in der Politik ein „deutscher Philister“, so hat ihn treffend F. Engels charakterisiert.

„Algebra der Revolution“

Und doch! Hinter Hegels spitzfindigen Gedanken, hinter seinen komplizierten logischen Konstruktionen, hinter seiner dunklen Sprache verbarg sich die „Algebra der Revolution“, die schärfste Waffe des Verstandes, die beste Arbeitsmethode der Wissenschaft.

Hegels Dialektik, sagt Friedrich Engels, enthält den einen großen Grundgedanken, die Welt nicht als einen ein für allemal und für alle Zeiten fix und fertig existierenden Zustand, sondern als einen ewigen Komplex von Prozessen, von Veränderungen aufzufassen. Sowohl die Natur, die Gesellschaft, als auch das Nachdenken der Menschen über dieselben, die Erkenntnisabbilder in unserem Kopf, die Vorstellungen und Begriffe, sind einem ununterbrochenen Wandel, einer steten Entwicklung unterworfen.

„Alles Endliche ist dies, sich selbst aufzuheben.“ — „Wenn wir von den Dingen sagen, sie sind endlich, so wird darunter verstanden, (...) daß vielmehr das Nichtsein ihre Natur, ihr Sein ausmacht. Die endlichen Dinge sind, (...) aber die Wahrheit dieses Seins ist ihr Ende.“ (Hegel)

Wenn nun also die Vergänglichkeit zum innersten Wesen eines jeden Dinges gehört, so ist es also nicht bloß möglich, daß es vergeht, so daß es etwa auch sein könnte, ohne zu vergehen, sondern jedes Ding existiert nur, insofern es den Keim des Vergehens in ihm selbst hat, erzeugt mit Beginn seines Daseins aus sich selbst die Kräfte, die es negieren, entwickelt selbst die Bedingungen seines Untergangs. „Die Stunde ihrer Geburt ist die Stunde ihres Todes“, sagt Hegel.

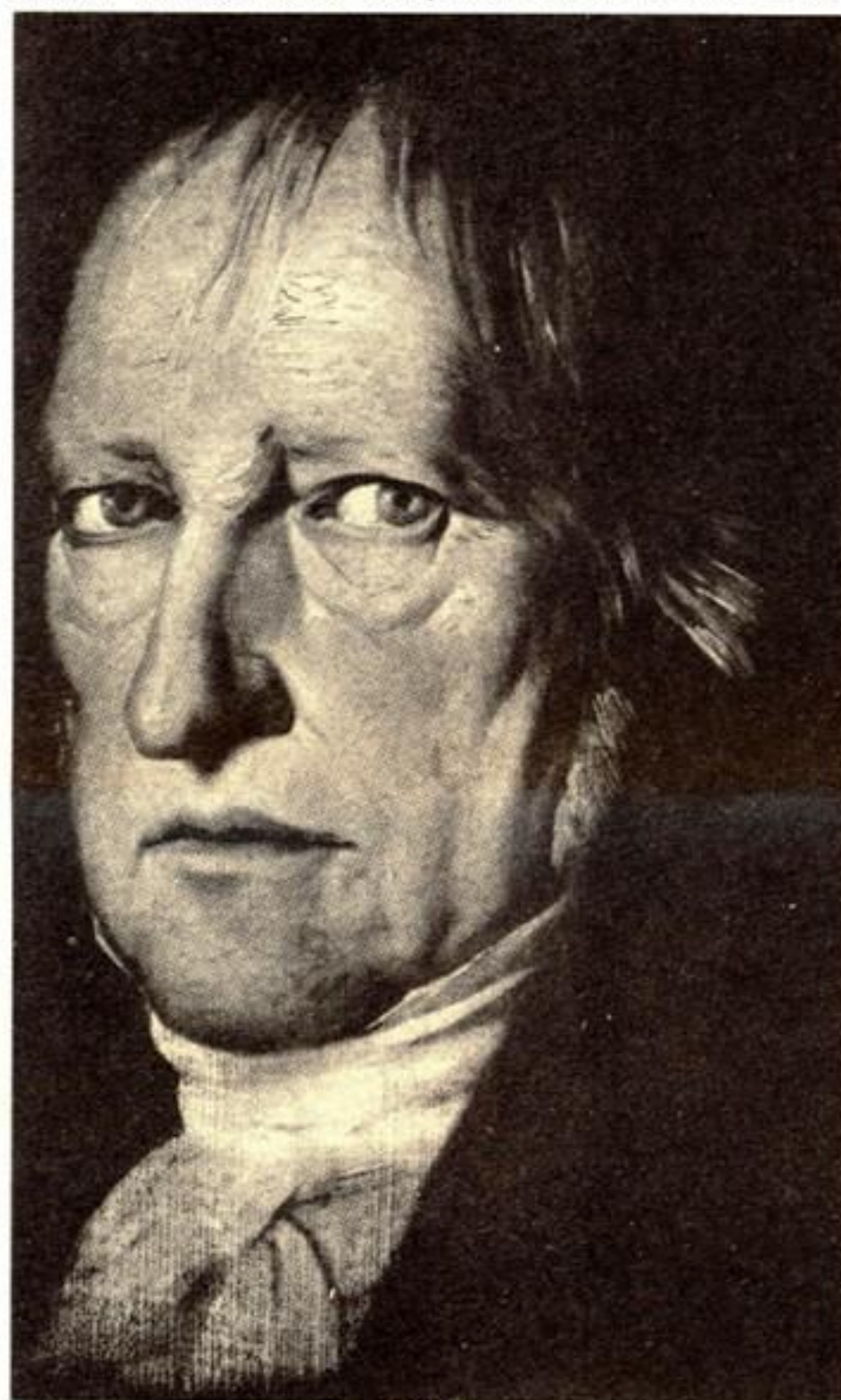
Ein anderer Leitsatz Hegels besagt, daß „(...) es gar nichts gibt, das nicht ein Mittelzustand zwischen Sein und Nichts ist.“ Denken wir uns in die Sache einmal hinein: Wenn etwas anfängt, wenn ein Ding entsteht, existiert es dann schon oder existiert es noch nicht? Im Anfang einer Sache, d.h. wenn etwas entsteht, existiert das Anfangende noch nicht, denn wäre es schon, müßte es ja nicht mehr anfangen. Zugleich muß das, was anfängt aber auch schon sein, denn wäre es noch nicht, gäbe es ja seinen Anfang nicht, in dem es ist, und wir könnten gar nicht sagen: Etwas fängt an. Wenn ein Mensch geboren wird, ist er dann schon auf der Welt, oder ist er noch im Mutterleib, und wenn ein Mensch stirbt, lebt er dann noch oder ist er bereits tot? Geburt und Tod sind solche Zustände, in denen das Vergehen zugleich Entstehen und das Entstehen zugleich Vergehen ist. Ihre Identität kennzeichnet die „Ununterbrochenheit“ der Veränderung.

Das heißt aber, daß ein und

dasselbe Ding sowohl ist als auch nicht ist, sowohl es selbst als auch sein Gegenteil ist. Aber wie ist es denn möglich, daß ein und dasselbe Ding zugleich existiert und nicht existiert? Ist dies nicht doch bloß ein gelehrter „Sophismus“, ein leeres Spiel mit Worten? Es ist doch im alltäglichen Leben augenscheinlich, ob ein bestimmter Mensch z.B. existiert oder nicht existiert. Nimmt aber ein Lebewesen nicht in jedem Augenblick Stoffe auf und verarbeitet sie, scheidet Schlackenstoffe aus

wegung und Lebendigkeit“. Solange wir die Dinge nur anstarren, sie nicht in ihrem Flusse, in ihrem Werden untersuchen, bleibt uns dieser Widerspruch verborgen. Nur in der Bewegung zeigt sich der Widerspruch, mit dem die Dinge verknüpft sind. „Ohne diese Erkenntnis läßt sich (...) kein Schritt in der Philosophie tun.“ (Hegel)

Für Hegel sind alle polaren Gegensätze wesentlich durch einander bedingt. Beide Seiten eines Gegensatzes sind ebenso



Hegel

und baut sie ab?! Und im gleichen Augenblick, in dem irgendwelche Zellen seines Körpers absterben, bilden sich dann nicht zugleich wieder neue, so daß tatsächlich jeder Organismus stets derselbe und doch auch ein anderer ist?!

Vielen Philosophen war der Satz, daß alles ist und auch nicht ist, ein Greuel, eine Denkmöglichkeit. Diese „Metaphysiker“, wie sie Hegel schon nannte, betrachteten alles vom Standpunkt der Unveränderlichkeit und der Unbeweglichkeit. Die Dinge und ihre Begriffe wurden voneinander isoliert, schön der Reihe nach, ohne ihr Gegenteil, untersucht. Positiv und Negativ, Wahrheit und Irrtum, Gut und Böse, Endlichkeit und Unendlichkeit, Inneres und Äußeres usw. schließen einander absolut aus und stehen einander starr und unvermittelt gegenüber.

Hegel war dieser Logik „des toten Seins“, wie er sie nannte, den Fehdehandschuh hin und spricht einen seiner berühmten Leitsätze aus: „Alle Dinge sind an sich selbst widersprechend“, der Widerspruch ist die Wahrheit und das Wesen der Dinge, „er aber ist die Wurzel aller Be-

gen Entwicklungsidee der Metaphysiker. Bei diesen bleibt die Quelle der Bewegung der Welt völlig im Dunkel, oder ein außer der Welt hockender Gott mußte alles in Bewegung setzen. Hegel dagegen lieferte den „Schlüssel“ für ihre Selbstbewegung und lehrte, die Aufmerksamkeit gerade auf die Erkenntnis der Identität der Gegensätze richten, und dies ist der durch und durch revolutionäre Charakter seiner Philosophie.

Metaphysisches System — dialektische Methode

Allerdings faßte Hegel dieses Gesetz in einem völlig anderen, in einem diametral entgegengesetzten Sinne auf, als es die wissenschaftliche Dialektik von Marx und Engels, Lenin und Stalin tut. In seinem berühmten Hauptwerk „Wissenschaft der Logik“ unterwirft Hegel alle logischen Kategorien, in denen sich die Erkenntnis der allgemeinsten Zusammenhänge und Momente der materiellen Welt widerspiegeln, einer eingehenden Untersuchung: Sein und Nichts, Wesen und Erscheinung, Subjektives und Objektives usw.

Hegel brachte Leben in diese verknöcherten Kategorien, er analysierte sie, zeigte, daß sie alle miteinander zusammenhängen, daß an jedem Begriff sein Gegenteil „hervorbricht“.

Tatsächlich sind alle logischen Begriffe abstrakte Abbilder der materiellen Welt, also müssen auch ihre Zusammenhänge konkrete, materielle Zusammenhänge ausdrücken, folglich ist die Dialektik der Begriffe abhängig von der Dialektik der materiellen Welt. Gerade das sieht Hegel jedoch genau umgekehrt.

Der obige Lehrsatz der Dialektik z.B., daß ein Ding zugleich ist und nicht ist, eben weil es sich immer verändert, hat bei Hegel einen ganz anderen Sinn. Im 1. Kapitel seiner „Wissenschaft der Logik“ spricht er zwar auch vom Werden, von der Veränderung, aber nicht von natürlichen Dingen, sondern von leeren, d.h. „reinen“ Begriffen. Das Vergehen ist hier ein abstrakter Übergang vom Begriff „Sein“ zum Begriff „Nichts“, und das Entstehen vom Begriff „Nichts“ zum Begriff „Sein“. Der Begriff „Sein“ ist an sich „Nichts“, der Begriff „Nichts“ ist an sich „Sein“. Das Ergebnis dieser rein logischen Bewegung ist ein neuer Begriff, das „Dasein“.

Ein Begriff spaltet sich in zwei widersprechende Begriffe. Jeder verwandelt sich in den anderen. Sie heben sich auf in einem dritten Begriff — These, Antithese, Synthese. Das Prinzip der Identität der Gegensätze erstarrt bei Hegel zu einer künstlichen logischen Formel. Mit ihr flichte er sein ganzes System zusammen. Auf diese Weise wird seine Dialektik neben einem genialen Prinzip zugleich zu einer mystischen Macht der Begriffe, zu einer dogmatischen Methode, die in dieser Form wissenschaftlich wertlos ist.

Die moderne bürgerliche Philosophie in ihrem Pessimismus, Skeptizismus und Nihilismus hat jedes Anrecht auf Hegel verloren. Der stolze, hohe Glaube Hegels an die Kraft des Menschen, an die Macht seiner Vernunft, an die Erhabenheit der Wahrheit ist dieser Philosophie völlig fremd geworden. Nur die Arbeiterklasse ist die wahre, rechtmäßige Erbin des Besten, was die deutsche klassische Philosophie in Hegel hervorgebracht hat.

(H.B.)

Die Klassiker des Marxismus-Leninismus haben stets betont, daß das metaphysische System Hegels nicht mit seiner dialektischen Methode verwechselt werden darf. Hegels System bezeichnet Engels als eine „kolossale Fehlgeburt“, aber als die letzte ihrer Art.

Erstens war Hegel bekanntlich Idealist, d.h. für ihn war die Welt nichts anderes als eine „Entäußerung“ der „absoluten Idee“, ihm galten die Begriffe nicht als abstrakte Abbilder der wirklichen Dinge dieser Welt, sondern umgekehrt, die Begriffe seines Kopfes, quasi die Stempel der „absoluten Idee“, galten ihm als Schöpfer der wirklichen Dinge dieser Welt. Somit war die ganze Welt auf den Kopf gestellt, und die Dialektik der Begriffe war nicht das Abbild der Dialektik der materiellen Welt, sondern umgekehrt, diese war nur ein blasser Schein der eingebildeten Begriffswelt Hegels.

So leicht es nun ist, von einem wirklichen Ding einen Begriff zu haben, so schwierig ist es, aus einem Begriff auch nur ein einziges wirkliches Ding herauszuklauben. Alles in der Welt läßt Hegel aus seinen logischen Kategorien hervorgehen, z.B. die Natur, den Raum und die Zeit. Er verrät uns aber nicht, wie der Übergang von der „absoluten Idee“ zur Natur stattgefunden haben sollte. Wo sich die „absolute Idee“ so lange aufhalten konnte, während es noch keinen Raum gab, in dem sie sich hätte aufhalten können, bleibt ebenfalls ein Rätsel. Und über das Wunder, daß die „absolute Idee“ bereits zu einer Zeit existiert haben soll, als es noch keine Zeit gab, in der sie hätte existieren können, klärt uns Hegel auch nicht auf.

Zweitens litt seine Philosophie an einem inneren unlöslichen logischen Widerspruch. Wenn alles sich verändert, dann ist auch der Erkenntnisprozeß einem ununterbrochenen Entwicklungsprozeß unterworfen. Wir gelangen folglich nie an einen Punkt, an dem unser Wissen von der Welt aufhören würde, sich zu vertiefen. Also kann es auch keine absolute Wahrheit letzter Instanz geben, und ein für allemal abgeschlossenes, unveränderliches philosophisches System widerspricht der Dialektik. Eben dies, der Weisheit letzter Schluß zu sein, behauptet aber Hegel von seiner Philosophie. Er geriet in ausweglose Widersprüche mit seiner eigenen Methode eben deshalb, weil er sie nicht im wissenschaftlichen Sinne entdeckt, sondern „erraten“, nicht verstanden und folglich auch falsch angewandt hat.

Marx und Engels haben das Hegelsche System gründlich und vernichtend kritisiert. Aber sie warfen seine dialektische Methode nicht einfach beiseite wie es Feuerbach getan hatte. Sie entdeckten den rationalen Kern in der mystischen Hülle der Hegelei, schälten die Dialektik aus Hegels System heraus, reinigten sie von allem idealistischen Ballast und gaben ihr eine völlig neue und zugleich einfache wissenschaftliche Form: die materialistische Dialektik.

Die moderne bürgerliche Philosophie in ihrem Pessimismus, Skeptizismus und Nihilismus hat jedes Anrecht auf Hegel verloren. Der stolze, hohe Glaube Hegels an die Kraft des Menschen, an die Macht seiner Vernunft, an die Erhabenheit der Wahrheit ist dieser Philosophie völlig fremd geworden. Nur die Arbeiterklasse ist die wahre, rechtmäßige Erbin des Besten, was die deutsche klassische Philosophie in Hegel hervorgebracht hat.

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

P.K., München	1 000,—
Zelle Dortmund-Dorstfeld	300,—
H.Sp., Marburg	300,—
Zelle West 1 Kiel	300,—
KPD Wiesbaden	100,—
O.W., Kiel	80,—
T.R., Hamburg	50,—
Zelle HDW, Kiel	1 692,50
Zelle West 4, Kiel	50,—
Zelle Süd 2, Kiel	100,—
KPD Brunsbüttel	300,—
2 Kabarettisten, Hamburg	300,—
E.H. Bremen	55,—
A.K. Berlin	300,—
LBV Weser-Ems	100,—
B., Düsseldorf	50,—
Zelle Bremen-Gröpingen	500,—
Zelle Ammersbek aus Bielefeld	150,—
E.A., Müden	30,—
W.G., Gelsenkirchen	100,—
	50,—

insgesamt 6 107,50

Damit sind bisher 38 350,90 DM Spenden für den „Roten Morgen“ bei uns eingegangen.

Spenden DDR	
KPD Wiesbaden	200,—
LBV Weser-Ems	300,32
E.K., Düsseldorf	200,—

insgesamt 700,32

Damit sind bisher 1 882,04 DM an Spenden für die Genossen in der DDR eingegangen.

Liebe „Roter-Morgen“-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen“ keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen“ mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN“!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:

KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtparkasse Dortmund
(BLZ 440 501 99) Kto-Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen“ als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60,— ☐ halbjährlich DM 30,—

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz/Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

ALBANANIEN Reisen 1982

Begegnung mit Albanien

Unter diesem Motto wollen wir auch 1982 Reisen in die SVR Albanien durchführen. Jeder, der schon einmal mit Kollegen darüber diskutiert hat oder bei einem DAFG-Informationsstand mitgemacht hat, weiß, wie viele Leute es kaum glauben, daß man überhaupt nach Albanien fahren kann — in dieses angeblich so verschlossene Land — und skeptisch sind, wenn sie hören, daß wir das jetzt schon zehn Jahre lang machen. Und zwar nicht mit ausgesuchten Mitgliedergruppen, wie dann meist geglaubt wird, sondern mit Reisegruppen, die für jedermann offenstehen. Denn das ist ja gerade unser Interesse: daß viele Menschen selbst nach Albanien fahren, Land und Leute kennenlernen, deren Kultur erleben und etwas über die enormen Aufbauleistungen erfahren, sich vor Ort mit der Wirklichkeit der heutigen sozialistischen Gesellschaft in Albanien auseinandersetzen und ihre Fragen stellen können: wie und wofür dort gearbeitet wird, worum die Menschen sich sorgen und was sie freut.

Die lebendige Begegnung ist die beste Voraussetzung, Urteile zu überprüfen, statt Vorurteilen Verständnis zu entwickeln. Und Besucher mit offenen Augen und offenem Sinn werden mit Sicherheit auch Achtung bekommen vor einem kleinen Volk und seinen großen Anstrengungen und Leistungen, seinen Weg selbständig zu gehen — wie immer auch immer sie das beurteilen mögen.

Der Schriftsteller Max von der Grün, der dem albanischen Volk gegenüber bei seinem Besuch im Frühjahr 1981 seinen Respekt zum Ausdruck brachte, ist gewiß kein Einzelfall. Es ist ein offenes Geheimnis, daß wir auf diese Überzeugungskraft der eigenen Anschauung bauen, auf die Empfindung der albanischen Gastfreundschaft gerade auch uns Deutschen gegenüber, trotz ihrer bitteren Erfahrungen — und der Erfolg gibt uns Recht: nirgendwo wird unsere Zielsetzung, für freundschaftliche gegenseitige Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern zu wirken, sinnvoller als bei solch einem Besuch. Ich möchte deshalb alle Leser der „Albanischen Hefte“, alle Mitglieder der DAFG und alle Albanien-Freunde und -interessenten auffordern, dazu beizutragen, daß mehr Menschen von unseren Reisemöglichkeiten erfahren und sie nutzen.

10 Jahre Albanien-Reisen

10 Jahre Albanien-Reisen — da hat sich vieles entwickelt, aber nicht nur in der Verbesserung unserer Reisen. Besonders in Albanien selbst hat sich in der Zeit sehr verändert. Jetzt zum Beispiel gehen die Albaner gerade daran, den neuen Fünfjahrplan (den ersten, seit China 1978 vertragsbrüchig wurde) völlig aus eigenen Kräften, ohne jegliche fremde Hilfe zu verwirklichen, ohne daß ein Rückschlag spürbar wäre. Im Gegenteil!

Es ist aufregend zu verfol-

gen, wie sich das Land allort entwickelt. Gar keine Frage: Albanien ist mehr als eine Reise wert. Und so würden wir uns freuen, wenn wir im Jubiläumsjahr der DAFG auch viele frühere Reisetilnehmer zu einer erneuten Begegnung mit Albanien — die in vielen Fällen mehr einer Neuentdeckung als einer Wiederbegegnung gleichkommen dürfte — begrüßen könnten.

Vielfältige Programmgestaltung

Wir bemühen uns um vielfältige Programmgestaltung: etliche

neue Exkursionen und Besichtigungsziele sollen jetzt neu ins Programm aufgenommen werden, eine Reihe von Fachstudien- und Themareisen sind in Vorbereitung. Die abschließenden Beratungen und Vereinbarungen mit Albturist werden noch in diesem Jahr stattfinden. Danach kommt dann ein ausführliches Informationsblatt.

Viele wollen bzw. müssen aber jetzt schon ihren Urlaub planen, deshalb geben wir hier die Sommer-Reisetermine 1982, Preise, Kinderermäßigung usw. bekannt, wie wir sie mit unserem Vertrags-Reisebüro Skanderbeg-Reisen, Duisburg, abgesprochen haben.

DAFG-Programme Zum Kennenlernen des Landes

Innerhalb der zweiwöchigen Sommerreisen sind jeweils vorgesehen: eine mindestens dreitägige Fahrt entweder in den Süden, Südwesten (oder vielleicht auch in den Norden) des Landes.

Natürlich Besuche der Städte Tirana und Durrës, sowie zwei bis drei weitere Tages- bzw. Halbtagestouren.

Besucht werden verschiedene Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe, soziokulturelle Einrichtungen, Museen und Ausstellungen.

Inzwischen gehört es zur guten Tradition unserer Reisen, daß Vorträge von albanischen Fachleuten, zwanglose Begegnungen mit Diskussionsmöglichkeiten sowie Film- und Folkloreveranstaltungen angeboten werden.

Damit man die vielen neuen Eindrücke auch verarbeiten kann, sind zwischen den einzelnen Fahrten ausreichend Ruhetage am Strand von Durrës eingeplant.

Zwei Besonderheiten sind vielleicht erwähnenswert: Wir

bieten diese Touren als Pauschalprogramme an. Zum einen vereinfacht das die Organisation für uns, zum anderen bietet das den Reiseunternehmern die größtmögliche Gewähr, daß die Fahrten auch wie angekündigt durchgeführt werden.

Das bedeutet aber auch, daß Übertragungen oder Rückvergütungen für Reisen, an denen man nicht teilnimmt, nicht möglich sind.

Wer es vorzieht deshalb Albanien sozusagen à la carte zu entdecken, sollte nur Strandaufenthalt buchen und sich im Hotel in Albanien für die dort von Albturist angebotenen Fahrten einschreiben.

Da wir ganze Gruppen mit festen, besonderen Programmen anmelden, müssen sich für jede Reise / jedes Programm mindestens 20 Interessenten finden, damit die Reise auch so durchgeführt werden kann. Melden sich weniger, können wir keinerlei Sicherheit geben. Zu den folgenden Reiseterminen finden aber auf jeden Fall die Flüge nach Albanien statt.

Reisetermine

7. - 21. Juli 1982
21. Juli - 4. August 1982
4. - 18. August 1982
18. August - 1. September 1982
1. - 15. September 1982 (= letzter Rückflug)



Preise

Die hier angegebenen Preise gelten bei Anmeldung bis 31.3.1982. Bei späterer Anmeldung + 50,— DM pro Person und Woche. 1 295,— DM für 2 Wochen mit vollem Exkursionsprogramm (wie beschrieben) 1 140,— DM für 2 Wochen Strandurlaub in Durrës-Strand, einschließlich 1 Tagestour nach Wahl innerhalb des DAFG-Programms.

Reiseanmeldungen:

DAFG-Sekretariat, Postfach 19 76 22, 2000 Hamburg 19

Leistungen

Non-stop-Flug nach Tirana und zurück, Bordmahlzeit, Unterbringung in 2-Bett-Zimmern der Hotel-Kategorie B mit fl. warm und kalt Wasser, Vollpension, Exkursionsprogramm, Flughafengebühren, Bustransfer, Visum.

Verlängerungswochen

(Nur in beschränkter Anzahl möglich, deshalb rechtzeitig buchen!)

738,00 DM für zwei Wochen zusätzlichen Badeurlaub in Durrës-Strand, einschließlich einer Tagestour nach Wahl innerhalb des DAFG-Programms. (Rabatt für Frühbucher).

Zuschläge für besondere Wünsche

	Pro Person und Woche	
	Hotel-Kategorie A	B
Einzelzimmer mit fl. warm/kalt Wasser	entf.	90,00
Einzelzimmer mit Dusche und WC	200,00	160,00
Doppelzimmer mit Dusche und WC	120,00	70,00

(in Kategorie B = Matrimoniale mit franz. Doppelbett)

Familienermäßigungen

Kinder unter zwei Jahren fahren kostenlos. Kein Anspruch auf Sitzplatz im Flugzeug. Verpflegung wird direkt im Hotel bezahlt, ebenfalls das Kinderbett, falls gewünscht (am besten trotzdem gleich mitbuchten).

Kinder von 2 bis 6 Jahren zahlen 450,00 DM für zwei Wochen Urlaub am Strand als erstes Kind bei mindestens einem begleitenden Elternteil. Unterbringung im Kinderbett, Kinderportionen, kein Ausflugsprogramm. Kinder von 6 bis 12 Jahren zahlen 550,00 DM für zwei Wochen Urlaub am Strand als erstes Kind bei mindestens einem begleitenden Elternteil. Unterbringung ebenfalls im Zimmer des Erwachsenen (Kinder bis zu 8 Jahren im Kinderbett!) kein Ausflugsprogramm.

Das 2. (jüngere) Kind fährt kostenlos, wenn beide Elternteile zum selben Termin fahren. Unterbringung und Verpflegung wie oben. Wir kommen damit dem Wunsch vieler Eltern entgegen, die gern mit ihren Kindern zusammen nach Albanien fahren wollen. Wir hoffen, daß jetzt viele davon Gebrauch machen werden. Sollten sich zu dem einen oder anderen Termin ausreichend große Familiengruppen zusammenfinden, besteht die Möglichkeit, ein paar ganz spezielle „Kinderexkursionen“ durchzuführen (Besuch im Zoo u.ä.).

Programmazuschlag für Kinder 75,00 DM für die Teilnahme an allen Exkursionen (unbedingt bei der Buchung angeben, da sonst evtl. keine Plätze mehr frei sind). Kleinere Kinder sollten im Sommer auf längere Ausflüge nicht mitgenommen werden.

Aus dem Rechenschaftsbericht des ZK an den 8. Parteitag der PAA

Die Entwicklung der Wirtschaft und die Aufgaben der Partei

Aus dem Rechenschaftsbericht des ZK an den 8. Parteitag der PAA, den Genosse Enver Hoxha, Erster Sekretär der Partei, erstattet hat, veröffentlichen wir auf dieser Seite einen weiteren Auszug. Die Zwischenüberschriften wurden von

Stabilisiert, voller Dynamik und mit weitläufigen Möglichkeiten zur Entfaltung und Erweiterung der gesellschaftlichen Produktion und zur Steigerung ihrer Effektivität in jeder Hinsicht tritt unsere sozialistische Wirtschaft in den neuen Fünfjahrplan ihrer Entwicklung ein.

Die Hauptaufgaben des 6. Fünfjahrplans sind im allgemeinen erfolgreich erfüllt worden. Das hat die materiell-technische Basis des Landes noch mehr verstärkt, die Rohstoff- und Energiequellen noch mehr anwachsen lassen und bessere Voraussetzungen für eine harmonische schwingvolle und unaufhaltsame Entwicklung der Wirtschaft gesichert. Im vergangenen Jahr fünf wurde die zügige Entwicklung der Produktivkräfte fortgesetzt, die Wirtschaftsentwicklung weiter intensiviert: die wissenschaftlich-technische Revolution erbrachte neue bedeutende Fortschritte. Die Industrie, die Landwirtschaft und die übrigen Wirtschaftszweige sind weiter vorwärtsgeworfen, 1980 erhöhte sich die gesellschaftliche Produktion gegenüber 1975 um etwa 25 Prozent und die industrielle Produktion um über 34 Prozent; das ist zwei- bis dreimal schneller als das Bevölkerungswachstum.

Dadurch, daß die Wirtschaftspolitik der Partei konsequent umgesetzt worden ist, wurden spürbare Verbesserungen in der Struktur der industriellen Produktion erzielt, hat sich das spezifische Gewicht der Produktionsmittel erhöht. Die Industrie deckte besser den Bedarf der Bevölkerung; ihre Rolle bei der allseitigen Entwicklung der Wirtschaft und der Landesverteidigung hat sich erhöht.

Die landwirtschaftliche Produktion wuchs im Vergleich zum 5. Fünfjahrplan um über 21 Prozent. Die Landwirtschaft deckte den Bedarf des Landes an Brotgetreide, an Nahrungsmittelprodukten und an den notwendigsten Rohstoffen und vergrößerte das Volumen der für den Export bestimmten Agrarerzeugnisse.

Für die Erfüllung der Aufgaben des 6. Fünfjahrplans nutzten unsere Partei und unser Staat die inneren Ressourcen und Möglichkeiten des Landes in einem höheren Maß aus. Die kontinuierliche Finanzierung der Entwicklung von Wirtschaft und Kultur wurde sichergestellt, rund 300 wichtige Werke wurden gebaut und in Betrieb genommen, der Warenexport erhöhte sich um 51 Prozent.

Das wachsende Wirtschaftspotential und die Anwendung einer Reihe von Maßnahmen sozialökonomischen Charakters sicherten den erreichten Volkswohlstand und führten zu seiner weiteren Hebung. Das Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung erhöhte sich sowohl in den Städten als auch auf dem Land. Der Warenumsatz im Einzelhandel stieg um rund 20 Prozent; die Wohnbedingungen des Volkes wurden weiter verbessert; es wurden Maßnahmen ge-

troffen für die Ausdehnung der sozialen Dienstleistungen. Etwa 20000 Personen absolvierten eine Hochschule und über 113000 eine höhere Schule; das sind 57 Prozent mehr als im 5. Fünfjahrplan.

Diese Errungenschaften bei der allseitigen sozialökonomischen Entwicklung des Landes erhalten einen besonderen Sinn, wenn wir uns vor Augen halten, was in der kapitalistisch-revisionistischen Welt gerade passiert, wo die Wirtschaftskrise mit ihren für die werktätigen Massen und für das ganze Leben des Landes folgenschweren Auswirkungen zu Stagnation und Produktionsrückgang geführt hat. Die bei uns erzielten Erfolge verzeichnen einen großen Sieg für unsere Partei und unser Volk. (...)

Trotz der erzielten Erfolge sind wir uns auch darüber im klaren, daß einige Aufgaben des Fünfjahrplans nicht erfüllt wurden, etwa bei Investitionen und Bautätigkeit, in der landwirtschaftlichen Produktion, bei einigen Industrieerzeugnissen und bei der Arbeitsproduktivität. Die Partei, die Staatsorgane und die Werktätigenkollektive haben diese Nichterfüllungen aufmerksam analysiert und die entsprechenden Lehren gezogen, um die Schwächen und Mängel der Organisations- und Leitungsarbeit in der Wirtschaft auszuräumen. (...)

Der 7. Fünfjahrplan

Auf der Grundlage der Generallinie und der Wirtschaftspolitik der Partei für den Aufbau des Sozialismus erstellte das Zentralkomitee nach einer umfassenden Arbeit und allseitigen Untersuchung und im Anschluß an eine breite Volksberatung den Direktiventwurf für den 7. Fünfjahrplan zur Entwicklung von Wirtschaft und Kultur für die Periode 1981-1985, den es nun dem Parteitag zur Erörterung und Billigung vorlegt. Die Grundaufgabe dieses Fünfjahrplans ist: „Allgemeine, gänzlich auf die eigenen Kräfte gestützte Wirtschaftsentwicklung, auf der Grundlage der Vertiefung der sozialistischen Industrialisierung des Landes, der Stärkung und Intensivierung der Landwirtschaft, der Steigerung der Wirtschaftseffektivität, der Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Vervollkommenheit der sozialistischen Produktionsverhältnisse mit dem Ziel, den materiellen Wohlstand und das kulturelle Niveau der werktätigen Massen zu sichern und allmählich zu heben, die sozialistische Gesellschaftsordnung und das Verteidigungspotential des Vaterlandes weiter zu verstärken.“

Diese Aufgabe ist eine Synthese der wichtigsten Ausrichtungen und Zielpunkte der Entwicklung von Wirtschaft und Kultur im Laufe des 7. Fünf-

der RM-Redaktion eingefügt. Unseren Lesern möchten wir an dieser Stelle die Lektüre des gesamten Rechenschaftsberichtes empfehlen, der inzwischen auch in einer deutschen Übersetzung vorliegt.



Enver Hoxha

jahrplans, der sich durch eine Reihe besonderer Merkmale auszeichnet.

Es ist der erste Fünfjahrplan, der gänzlich gestützt auf unsere Kräfte und Möglichkeiten realisiert werden wird. Albanien ist heute das einzige Land der Welt, das sich ohne Hilfe und Kredite vom Ausland auf dem Weg des Sozialismus entwickelt und vorwärtsschreitet. Das ist eine schwere, aber ruhmreiche Prüfung für unser Volk und unsere Partei, doch der Sieg ist sicher, weil wir dadurch, daß wir auf dem Boden des Marxismus-Leninismus schreiten, seit langem schon auf diesen entscheidenden Schritt vorbereitet sind.

Der neue Fünfjahrplan enthält größere Zielpunkte und Aufgaben als jeder andere Plan, die aber wissenschaftlich fundiert und völlig realisierbar sind. Für die fünf Jahre von 1981 bis 1985 wird das Volumen der gesellschaftlichen Produktion und das Investitionsvolumen größer sein als das realisierte Volumen in den vier ersten Fünfjahrplänen zusammengekommen; Das Exportvolumen hingegen wird noch größer sein. Die gesellschaftliche Produktion wird 1985 gegenüber 1980 voraussichtlich um 34 bis 36 Prozent ansteigen, in einer Jahresdurchschnittsrate von 6,4 Prozent. Der Investitions- und Baufonds wird für die Errichtung von etwa 750 wichtigen Werken zur Entwicklung von Wirtschaft und Kultur verwendet werden.

Mit den durch die Steigerung von Produktion und Nationaleinkommen geschaffenen Möglichkeiten wird 1985 gegenüber 1980 der Konsumtionsfonds der Bevölkerung voraussichtlich um 21 Prozent steigen, der Warenumsatz im Einzelhandel um 22 bis 24 Prozent. Wichtige Aufgaben sind für die Entwicklung von Bildung und Kultur, für das Gesundheitswesen, den Wohnungsbau und die anderen für das tägliche Leben notwendigen Dienstleistungen vorgesehen.

Bei der Festlegung dieser Aufgaben und dieses Tempos sind berücksichtigt worden: sowohl die Möglichkeiten, die die Wirtschaft hat und schaffen wird, als auch der Bedarf für die

Entwicklung der Wirtschaft und für die Beschäftigung von neuen Arbeitskräften, für die Verstärkung der Landesverteidigung und die Aufstockung der Reserven, für die Entwicklung der sozial-kulturellen Sektoren sowie für die immer bessere Deckung der wachsenden Nachfrage der Bevölkerung. Eine beträchtliche Zahl der Aufgaben dieses Fünfjahrplans, insbesondere die, die mit dem Abbau der Erdöl- und Erzkvorkommen, mit der Bestimmung der Investitionen usw. zu tun haben, sind auch in enger Verbindung mit der Wirtschaftsentwicklung in den kommenden Fünfjahrplänen zu sehen, wenn wir mit größerem Bedarf und stärkerer Nachfrage konfrontiert sein werden.

Im Laufe des 7. Fünfjahrplans werden einige wichtige Strukturverbesserungen im Bereich der Produktion, der Warenzirkulation und des Volkskonsums vorgenommen werden. Diese Verbesserungen werden die Energiequellen, die Eisenmetallurgie, die metallverarbeitende Industrie, die Landwirtschaft, das Verkehrswesen, das Finanzwesen und die Massenbedarfsgüter usw. umfassen. Die vorgesehenen Verbesserungen werden die Intensivierung der Wirtschaft vorantreiben, ihre Effektivität erhöhen und sie noch besser in die Lage versetzen, den Bedarf des Landes zu decken und der Einkreisung und Blockade sowie dem Druck der Wirtschaftskrise der kapitalistischen und revisionistischen Welt besser standzuhalten.

Die Entwicklung und Verstärkung der materiell-technischen Basis des Landes wird wie stets in enger Verbindung mit der Vervollkommenheit der verschiedenen Seiten der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Stadt und besonders auf dem Land erfolgen. Für die Weiterentwicklung des genossenschaftlichen Systems und die Einarbeitung des Eigenhofs, für die Erweiterung von Spezialisierung und Kooperation, für die Festigung der Produktionsorganisation und -leitung, für die bessere Verbindung von Arbeitsentlohnung mit Quantität, Qualität, Sparen und Erfüllen der Planaufgaben wurden und werden bedeutende Maßnahmen ergriffen. Diese Maßnahmen wer-

den noch weiter vorangetrieben mit dem Ziel, unsere sozialistische Ordnung ununterbrochen zu festigen...

Über die Industrie

In der Wirtschaftspolitik der Partei nahm und nimmt die sozialistische Industrialisierung des Landes den wichtigsten Platz ein. Sie hat sich von Fünfjahrplan zu Fünfjahrplan als ein großer und unaufhaltsamer Prozeß entwickelt. Sie war und ist ein entscheidender Faktor für den allgemeinen Fortschritt des Landes auf dem Weg des Sozialismus. Die Schaffung und Verstärkung unserer vielzweigigen Schwer- und Leichtindustrie, die sich fest auf unsere Ressourcen und Reichtümer stützt und klare Entwicklungsperspektiven aufweist, ist ein durch intensive Arbeit, durch Opfer und beispiellosen Heldenmut erbautes monumentales Werk unserer Partei und unseres Volkes, ist ein Werk von historischer Bedeutung für die heutigen und künftigen Generationen.

Im 7. Fünfjahrplan wird unsere Industrie noch weiter voranschreiten und sich auf breiter Front entwickeln. Für diesen Zweig werden etwa 46 Prozent sämtlicher Investitionen des Fünfjahrplans aufgebracht werden. Die Politik der Partei für die Entwicklung der Industrie hat nachstehende Ziele: Konsolidierung der vielzweigigen Struktur der Industrie, wobei der Schwerindustrie wie immer Vorrang einzuräumen ist; Aufrechterhaltung und weitere Verbesserung der positiven Bilanz der Energiequellen, wobei der Erdölindustrie besondere Bedeutung beizumessen ist; Weiterentwicklung der fördernden und verarbeitenden Erzindustrie wobei auch neue Erze einzubeziehen sind; spürbare Verbesserungen in der Struktur der Produktionsmittel und der Konsumgüter; die Industrie noch mehr in den Dienst der Intensivierung der Landwirtschaft stellen; Steigerung der bestehenden Produktionskapazitäten durch Rekonstruktion und Modernisierung.

Entschlossen auf diesem Weg schreitend, wird sich die industrielle Produktion weiterhin in raschem Tempo erhöhen. 1985 wird sie sich gegenüber 1980 um 36 bis 38 Prozent erhöhen. Diese materielle Entwicklung, die auch mit einer Reihe anderer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Faktoren eng verbunden ist, wird es ermöglichen, daß unser Land voranschreitet als Land mit fortgeschrittener Industrie und Landwirtschaft. (...)

Über die Landwirtschaft

Unsere Partei hat eine marxistisch-leninistische Agrarpolitik ausgearbeitet und betrieben, wobei sie die historischen Bedingungen und die konkreten Umstände berücksichtigt hat, unter denen unsere Volksrevolution siegte und das Land den Weg des Sozialismus einschlug. Unter den Bedingungen eines überaus rückständigen Agrarlandes mußte die Partei gleichzeitig zwei Aufgaben lösen: sowohl die sozialistische Umgestaltung des Dorfes als auch die allseitige Entwicklung der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft mußte die Möglichkeit schaffen, die Landbevölkerung zu ernähren und ihren großen Beitrag für die Industrialisierung des Landes und die Ent-

wicklung der Nationalwirtschaft zu leisten. Die Realisierung dieser grundlegenden Aufgaben erforderte keine x-beliebige Entwicklung der Landwirtschaft, sondern einzig und allein ihre sozialistische Entwicklung auf der Grundlage der modernen Großproduktion, die eng mit allen anderen Wirtschaftszweigen und -sektoren verbunden ist.

Die revolutionären Umwandlungen und die Fortschritte, die in der Landwirtschaft erzielt worden sind, stellen einen der größten Siege der Linie und der Politik der Partei beim Aufbau des Sozialismus dar. Von der Richtigkeit dieser Politik spricht die Tatsache, daß sich in den fast vier Jahrzehnten der Volksmacht die landwirtschaftliche Produktion in unserem Land im allgemeinen rund doppelt so schnell erhöht hat und erhöht wie die Bevölkerung, daß sich das reale Pro-Kopf-Einkommen der Bauernschaft von Fünfjahrplan zu Fünfjahrplan um 10 bis 20 Prozent erhöht hat, daß sich nunmehr die landwirtschaftliche Produktion gegenüber 1960 pro Einheit der bearbeiteten Nutzfläche auf das 1,7-fache und pro Arbeitskraft in der Landwirtschaft auf das 1,6-fache erhöht hat. Obwohl die im Plan vorgesehenen Aufgaben nicht vollständig erfüllt worden sind, lag die Jahresdurchschnittsproduktion im Vergleich zum 5. Fünfjahrplan auch im 6. Fünfjahrplan um 21,4 Prozent höher.

Konsequent ihre eigene Agrarpolitik betreibend, hat die Partei im 7. Fünfjahrplan neue, noch bedeutendere Ziele für die Entwicklung der Landwirtschaft und den Fortschritt unseres sozialistischen Dorfes gesteckt. Im neuen Fünfjahrplan haben die Aufgaben, die das Zentralkomitee der Partei für den Sektor der Landwirtschaft festgelegt hat, folgende Ziele: Steigerung der Produktion, um die gesamte Volksernährung und die Verbesserung ihrer Struktur immer besser zu gewährleisten; raschere Vermehrung der Rohstoffe für die Leicht- und Nahrungsmittellindustrie; allmähliches Streichen auch jenes Teils der Nahrungsmittelprodukte und landwirtschaftlichen Rohstoffe aus der Importliste, die wir noch vom Ausland einführen; Vergrößerung des Exportvolumens der verarbeiteten und unverarbeiteten Agrarprodukte; Vermehrung und Verstärkung der erforderlichen Reserven. Auf den Grundlagen dieser Ziele sowie aufgrund weiterer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Maßnahmen wird sich der Wohlstand der Bauernschaft erhöhen, die Unterschiede zwischen Stadt und Land werden sich weiter einengen.

Diese großen Probleme für die Entwicklung der Landwirtschaft haben mit Gegenwart und Zukunft des Landes zu tun. Aus all diesen Gründen nimmt die Landwirtschaft in diesem Fünfjahrplan einen besonderen, einen wichtigeren Platz ein als bisher. Die landwirtschaftliche Gesamtproduktion wird sich im 7. Fünfjahrplan gegenüber dem 6. Fünfjahrplan voraussichtlich um 30 bis 32 Prozent erhöhen. Etwa 29 Prozent aller Investitionen des Fünfjahrplans werden in der Landwirtschaft getätigt. In diesen Zweig werden etwa 60 Prozent der neuen aktiven Arbeitskräfte dirigiert; außerdem wird der Landwirtschaft eine breitere materiell-technische Basis zur Verfügung gestellt werden. Deshalb stehen die Werktätigen der Landwirtschaft und aller Sektoren, die mit der Landwirtschaft zu tun haben, vor großen Kampfaufgaben. (...)

Genschers Tip für ein Millionengeschäft

Die Staatsanwaltschaft Darmstadt witterte Betrug. Unmittelbar vor dem Inkrafttreten eines Gesetzes, das dubiose Abschreibungsgeschäfte verhindern sollte, hatte die Abschreibungsfirma des berühmten Finanzhais Georg Wilhelm Engler noch Kapitalanlagegesellschaften in Spanien registrieren lassen. Die Staatsanwaltschaft glaubte dabei nicht an einen Zufall.

telzentren usw. in Spanien, das damals noch als Entwicklungsland galt.

Unter dem Druck des öffentlichen Protestes gegen derlei schmutzige Geschäfte beschloß das Bundeskabinett am 17. 12. 1970, durch eine entsprechende Gesetzesänderung die Ausnutzung der steuerlich begünstigten Entwicklungshilfe für Abschreibungsgeschäfte

nommen, ab dem 16. 12. gelten würde. Absender dieses Fernschreibens war eine Bremer Anwaltssozietät, die mit Engler in engen Geschäftsbeziehungen stand. Und woher die Bremer Anwälte die detaillierten Informationen hatten, ging aus dem Fernschreiben selbst eindeutig hervor. Dort hieß es nämlich: „Sehr geehrter Herr Engler, das Innenministerium gab uns den folgenden Text durch (...)“

An der Spitze des Ministeriums stand damals Hans Dietrich Genscher. Und daß der so freigiebig mit den brisanten Informationen aus erster Quelle war, erklärt sich durch den Umstand, daß er, bevor er sein Bonner Ministeramt antrat, Sozialis in der nämlichen Bremer Anwaltssozietät war. Sein Tip hat sich für den Herrn Engler und den ganzen Rattenschwanz der Kommanditisten übrigens überaus bezahlt gemacht. Während sich die übrige Branche wegen der allgemeinen Unsicherheit mit neuen Geschäften zurückhielt, plazierte Engler schnell noch zwei millionenschwere Projekte während der letzten Dezembertage in Spanien: riesige Grundstücke und ganze Strände wurden dort — begünstigt durch Steuererleichterungen — aufgekauft. Und das neue Gesetz, das dann solche Geschäfte unmöglich machte, trat tatsächlich auch erst am 31. Dezember 1970 in Kraft.

Bei den kurz vor Toresschluß abgeschlossenen Geschäften kassierten übrigens auch Genschers Partner aus der Bremer Anwaltssozietät kräftig mit. Die Anwälte Büsing und Müffelmann waren mit 300 000 Mark dabei. So hat also der Minister Genscher, der so schön wie kein anderer über den Mißbrauch staatlicher Leistungen reden kann, seinen Partnern und etlichen anderen betuchten Damen und Herren zu einer hübschen Stange Geld verholfen — auf Kosten der Steuerzahler.

Etwas Unrechtes an seinem damaligen Handeln kann der Minister übrigens auch heute noch nicht erkennen. Und was diesen schrecklichen Mißbrauch staatlicher Leistungen betrifft, den es mit aller Macht zu bekämpfen gilt — damit sind natürlich nicht die Abschreibungsheime gemeint, sondern Arbeitslose, Kranke, Rentner und andere Schmarotzer, die bekanntlich schon seit langem das soziale Netz als Hängematte mißbrauchen.

Nur der schon erwähnte Georg Wilhelm Engler wußte inmitten der allgemeinen Unsicherheit alles besser. Er hatte drei Tage nach dem Kabinettsbeschuß ein Fernschreiben auf dem Tisch, das nicht nur den genauen — und in der Öffentlichkeit nach wie vor unbekannten — Wortlaut des neuen Gesetzes enthielt. Aus dem Fernschreiben ging auch eindeutig hervor, daß es nicht, wie sonst in der Abschreibungsbranche ange-



Genscher als Innenminister.

Sie vermutete vielmehr, daß die Registrierungen vordatiert waren, auf ein Datum also, an dem das erwähnte Gesetz noch nicht in Kraft war. Doch die Staatsanwälte täuschten sich. Die Geschäfte des Herrn Engler waren völlig legal. Dennoch war es kein Zufall, daß sie gerade zu jenem Zeitpunkt getätigt worden waren. Engler hatte nämlich — so stellte sich bei der Beschlagnahme seiner Papiere heraus — einen Tip über den Inhalt des Gesetzes und den Termin seines Inkrafttretens bekommen.

Der Hintergrund der Geschichte: In den sechziger Jahren hatte der Bundestag steuerliche Erleichterungen für Investitionen in Entwicklungsländern beschlossen. Diese Erleichterungen wurden vor allem von Finanzierungsgesellschaften wie der des Herrn Engler ausgenutzt, für Abschreibungsgeschäfte, die mit Entwicklungshilfe überhaupt nichts zu tun hatten, den Kommanditisten solcher Gesellschaften (zumeist betuchte Freiberufler) aber satte Gewinne brachten. Bei den Projekten, die auf diese Art finanziert wurden, handelte es sich zumeist um Grundstücke, Ho-



Hüttendorf im Wald von Mörfelden.

Startbahngegner — Naturzerstörer

Dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan verdanken wir die fundamentale Erkenntnis, daß für die Umweltverschmutzung in erster Linie die Bäume verantwortlich sind. Das hat er jedenfalls — wörtlich so — während seines Wahlkampfes im letzten Jahr mitgeteilt. Hierzulande ist diese Erkenntnis seinerzeit leider nur in überheblicher Weise bespöttelt worden.

Um so mehr ist es zu begrüßen, daß jüngst in einem Artikel über die Startbahn West, in der „Welt“ an die Reagan'schen Gedankengänge anknüpfte. Wir wollen unseren Lesern seine Ausführungen nicht vorenthalten:

„Wieder hat es eine Demonstration mit einigen tausend Teilnehmern im Wald um das Gelände der geplanten Startbahn West gegeben. Der Naturfreund sieht es mit Kopfschütteln. Es ist schon jetzt klar, daß die Umweltschützer mit ihrem Hüttendorf der Flora und Fauna rund um Mörfelden mehr Schaden zugefügt haben, als es eine Startbahntrasse je vermöchte. Wenn das Tausendfache Waldbegehen nicht bald aufhört, wird schließlich auch

der letzte Igel dem Mörfelder Forst gute Nacht gesagt haben. Eine Startbahntrasse durch einen Wald — biologische Erhebungen an anderen Orten haben es erwiesen — schädigt die natürliche Umwelt nicht wesentlich. Die wilden Tiere gewöhnen sich schnell daran, daß hin und wieder ein Riesenvogel durch ihren Lebensraum braust, und richten sich darauf ein. Einige Vogelarten werden (...) sogar angelockt. Sie wärmen sich auf der Startbahn und nutzen den Aufwind zum Insektenfang.“

Naturschützer, hergehört! Seht euch doch mal um wo außer im Wald von Mörfelden Flora und Fauna sonst noch bedroht sind. Da muß überall eine Startbahn hin! Klar? Vielleicht sollte man auch schnell noch ein paar Atomkraftwerke bauen, um durch das aufgeheizte Flußwasser einige Fischarten anzulocken? Oder noch besser die ganze BRD von Flensburg bis Garmisch zubetonieren, damit sich die Igel so richtig wohlfühlen?

Eins machen aber die Frevel im Wald von Mörfelden doch jedem klar: Der beste Umweltschutz ist doch immer die Liquidierung der Umweltschützer.

„... wenn die Deutschen nicht gehandelt hätten.“

350 Unterschriften von Frauen, die vorsorglich den Kriegsdienst verweigern, hatte die Initiativegruppe „Darmstädter Friedenshelfer“ gesammelt. Wohin damit? Natürlich an die richtige Adresse, zum Kreiswehrratsamt.

Daß Amtsleiter Gernot Uhrmacher von der Aktion nicht erbaut sein würde — damit hatten die „Friedenshelfer“ wohl gerechnet. Was sie dann aber von diesem Herrn zu hören bekamen, hat sie nach eigenem Bekunden doch tief geschockt. Der Amtsleiter betete nämlich nicht nur den üblichen Sermon herunter, daß zur Verteidigung des Friedens gerüstet werden mußte. Er klärte die Unterschriftensammler auch erst mal richtig über den letzten Weltkrieg auf.

Den habe nämlich keinesfalls Hitler-Deutschland ausgelöst. Vielmehr seien England und Frankreich die Angreifer gewesen. Und auch von einem Überfall auf die Sowjetunion könne nicht die Rede sein, es gäbe nämlich gesicherte Kenntnisse, wonach „die Russen angegriffen hätten, wenn die Deutschen nicht eher gehandelt hätten.“

Solche Präventivschlag-Strategen können also heute noch (oder schon wieder) Amtsleiter in einem Kreiswehrratsamt sein. Aber vielleicht hat dieser Herr Uhrmacher ja nur ausgeplaudert, was Apels Generäle ohnehin denken: Der Frieden wird am besten dadurch verteidigt, daß man eher handelt als der Feind. Wie damals im Jahr 1941.

Zitat der Woche

„(...) zugleich ging das System daran, sich gegenüber seinen eigenen Bürgern mit einer Mauer abzuschotten.“ So steht es in der letzten Ausgabe der Ostberliner Zeitung „horizont“ zu lesen.

Nanu!?

Hat da etwa ein subversiver Redakteur erbarmungslos zugeschlagen? Nein — die Sache liegt anders. Mit dem System ist nämlich das westdeutsche gemeint, und die hier gemeinte Mauer steht am Bauplatz der Startbahn West.



Sonntag, 6. Dezember
19.00 Uhr NDR III
Der unvergessene Krieg. Gezeigt wird die Folge „Polen“. Die Front rückt unter dem machtvollen Druck der Roten Armee immer weiter nach Westen. Polen, das erste Opfer der Nazi-Aggression und das Land, das neben der Sowjetunion am meisten unter dem faschistischen Terror gelitten hat, wird von der Roten Armee befreit.

Sonntag, 6. Dezember
22.30 Uhr HR III
Das Verbrechen des Monsieur Lange. Spielfilm des französischen Regisseurs Jean Renoir aus dem Jahr 1936.

Montag, 7. Dezember
21.30 Uhr WDR III
Der unvergessene Krieg. Es läuft die Folge „Polen“.

Montag, 7. Dezember
21.50 Uhr Südwest III
Der unvergessene Krieg. „Die Befreiung Weißrusslands“.

Montag, 7. Dezember
21.20 Uhr ZDF
Freunde in Preußen. Der Film von Heiner Michel, eine Koproduktion zwischen dem ZDF und der Ostberliner DEFA, schildert das Leben des Dichters Gotthold Ephraim Lessing. Mit Jan Spitzer und Michael Pan.

Dienstag, 8. Dezember
21.20 Uhr ZDF
Sozialpolitik bei leeren Kassen. Dokumentation über die in den neuen Haushaltsgesetzen vorgesehenen Kürzungen im Sozialbereich.

Dienstag, 8. Dezember
21.00 Uhr NDR III
Flüchtling Strauss, Herbert. In der Reihe „Die eigene Geschichte“ berichtet Herbert Strauss, ein Jude aus Würzburg, der heute in New York lebt, über sein Schicksal unter dem Nazi-Regime und über seine Flucht aus Deutschland.

Dienstag, 8. Dezember
21.15 Uhr WDR III
Ein Dorf im Senegal. Die senegalesische Filmerin Safi Faye porträtiert in der Reihe „Frauen-Studien“ eine Frau aus ihrer Heimat.

Donnerstag, 10. Dezember
23.00 Uhr ARD
Hedda Gabler. Das Schauspiel von Henrik Ibsen wird in der Bochumer Inszenierung von Peter Zadek aus dem Jahr 1977 gezeigt. Mit Rosel Zech, Hermann Lause und Ulrich Wildgruber.

Freitag, 11. Dezember
21.00 Uhr NDR III
Schneewittchen gibt den Ton an. Film von Christa Auch-Schweik über die Frauenmusikgruppe „Schneewittchen“.



Büchertips für Weihnachten

Jetzt beginnt wieder die oft qualvolle Suche nach den passenden Weihnachtsgeschenken. Am einfachsten scheint es da immer noch zu sein, sich mit Büchern einzudecken. Aber angesichts der ins Riesenhafte angewachsenen Buchproduktion wird es selbst hier immer schwieriger, sich auf dem Markt zurechtzufinden. Um unseren Lesern den Griff nach dem richtigen Buch etwas zu erleichtern, stellen wir auf dieser Seite einige interessante Neuerscheinungen vor, die man natürlich nicht nur Freunden und Verwandten, sondern auch sich selbst auf den Gabentisch legen kann.

Romane, in denen die Geschichte mehrerer aufeinanderfolgender Generationen gestaltet wird, sind schon viele geschrieben worden. Ein Familienroman aber dessen Handlung sage und schreibe sieben Jahrhunderte umspannt, dürfte wohl ziemlich einmalig sein.



August Kühn, Die Vorstadt. Schneekluth-Verlag, 703 Seiten, 38,— DM.

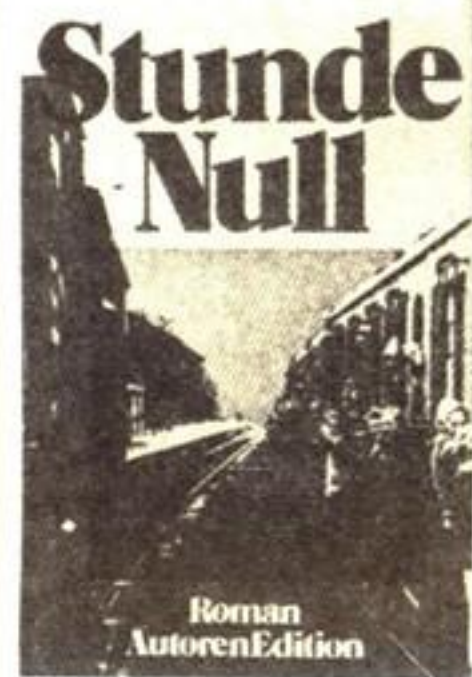
Kühn erzählt in seinem neuen Buch die Geschichte einer Familie, der Schmieds, die über die Jahrhunderte hinweg immer unten bleibt auf der gesellschaftlichen Stufenleiter; er erzählt die Geschichte der Au, einer Münchner Vorstadt und in beidem spiegelt sich das Schicksal einer ganzen Nation, der ununterbrochene Kampf der „kleinen Leute“ gegen ihre Bedrücker.

Max von der Grün schrieb in der „linkskurve“ über diesen Roman: „Dem, der glaubt, Geschichte zu kennen — bis in die feinsten Verästelungen — wird sie neu erzählt, und dem, der von Geschichte nichts weiß oder wissen will, aus welchen Gründen auch immer, wird durch die spannende Geschichte der Sippe Schmied in der Au Geschichte beigebracht, ohne daß der Leser das merkt. Und das ist eine Leistung, die Respekt verdient.“

„Die Vorstadt“ gehört sicher zu den wichtigsten Neuerscheinungen in diesem Herbst. Wer durch den horrenden Preis dieses Buches abgeschreckt, gleichwohl aber neugierig auf den Schriftsteller August Kühn geworden ist, dem seien die folgenden Taschenbücher empfohlen: **Zeit zum Aufstehn** (Die Chronik einer Münchner Arbeiterfamilie), Fischer Bd. 1975, 8,80 DM; **Jahrgang 22**, rororo 4447, 5,80 DM und **Fritz Wachsmuths Wanderjahre**, rororo

4873, 6,80 DM. (In den beiden letztgenannten Werken wird mit den Mitteln des Schelmenromans das Schicksal eines Arbeiters während der Nazizeit und in den Nachkriegsjahren erzählt.)

In der neueren fortschrittlichen Literatur ist allgemein ein Trend zur historischen Darstellung zu beobachten. Wobei Geschichte jedoch nicht als etwas Abgeschlossenes erscheint, in das sich Autor und Leser aus den Problemen der Gegenwart zurückflüchten können, sondern im Gegenteil als ein Ort, an dem die Wurzeln für gegenwärtige Erscheinungen aufgedeckt werden können. Ein besonders gelungenes Beispiel für eine solche Sicht auf die Vergangenheit ist

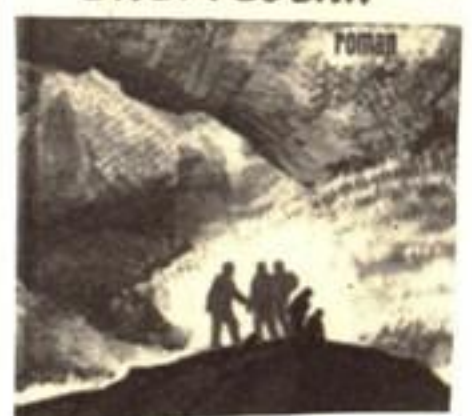


Gerd Fuchs, Stunde Null. Verlag AutorenEdition, 340 Seiten, 34,— DM.

Fuchs erzählt die Geschichte von Werner Haupt, der 1945 aus dem Krieg in seinen Heimatort, ein Dorf im Hunsrück, zurückkehrt. Der faschistische Staat ist zerschlagen, die Amerikaner haben das Dorf besetzt. Dennoch ist die Stunde eines wirklichen Neubeginns. Fuchs zeigt in seinem Roman, wie sich die alten Herrschaftsverhältnisse wieder etablieren. Bemerkenswert an diesem Buch ist nicht nur die Tatsache, daß es ein realistisches Bild der Nachkriegsjahre zeichnet, sondern vor allem auch, daß sich der Autor mit den Erscheinungen des dörflichen Lebens auseinandersetzt. Und das ist ja ein Thema, das in der zeitgenössischen Literatur weitgehend ausgeklammert ist.

In eine ganz andere Welt führt uns der Roman

ANASTAS KONDO ...ZWISCHEN ZWEI FEUERN



Anastas Kondo, Zwischen zwei Feuern. Verlag Roter Morgen, 318 Seiten, 6,— DM

Kondo schildert eine Episode aus der Geschichte des sozia-

listischen Aufbaus in Albanien. Es geht dabei um die Arbeit einer Gruppe von Geologen, die Lager von Bodenschätzen erforschen. Auch Wissenschaftler aus der DDR sind mit dieser Aufgabe betraut, um ihre albanischen Kollegen zu unterstützen. Aber was sie tatsächlich praktizieren, ist alles andere als „brüderliche Hilfe“. Anastas Kondo hat in seine Geschichte von der geologischen Expedition sehr geschickt die historische Auseinandersetzung der Albaner mit dem modernen Revisionismus in den frühen sechziger Jahren eingearbeitet. Gerade die Tatsache, daß nunmehr zum ersten Mal ein albanischer Roman, der diesen Kampf widerspiegelt, in deutscher Sprache vorliegt, macht dieses Buch besonders interessant.

Mit dem Entstehen einer breiten Friedensbewegung in unserem Land ist auch das Interesse an der Antikriegsliteratur wieder gewachsen. Wir möchten hier zwei Romane von Arnold Zweig vorstellen:

Arnold Zweig, Der Streit um den Sergeanten Grischa. Aufbau-Verlag, Ostberlin, 512 Seiten, 9,— DM (als Taschenbuch Fischer Nr. 1275, 7,80 DM)



Arnold Zweig, Erziehung vor Verdun. Aufbau-Verlag, Ostberlin, 9,— DM (als Taschenbuch Fischer Nr. 1523, 9,80 DM).

Beide Romane sind in der Zeit des ersten Weltkriegs angesiedelt. Der Sergeant Grischa ist ein russischer Kriegsgefangener, der gegen die bestehenden Kriegsgesetze auf Befehl des Generals Schiffen zahn hingetrichtet wird. Zweig schildert in diesem Roman die menschenverachtende Brutalität des deutschen Militarismus. Was den „Grischa“ aus der sonstigen Antikriegsliteratur heraushebt, ist der Umstand, daß Zweig nicht bei der Darstellung der Greuel des Krieges stehenbleibt, sondern in der Gestaltung seiner Personen und deren Klasseninteressen den ersten Weltkrieg als Produkt einer imperialistischen Politik zeigt.

Während im „Grischa“ die historische Alternative zu dieser Politik noch nicht so recht sichtbar wird, hat der 1935 im Exil geschriebene Roman „Erziehung vor Verdun“ gerade eine solche Perspektive zum Thema. Hier schildert Zweig die Erziehung des Soldaten Bertin vom Vaterlandsverteidiger zum bewußten Gegner des Krieges. Geleistet wird diese Erziehung von den proletarischen Gestalten des Romans, die als Anhänger Liebknechts nicht in pazifistischen

Illusionen gefangen sind, sondern sich die revolutionäre Aufgabe der Umwandlung des Krieges in einen Bürgerkrieg zum Sturz der imperialistischen Bourgeoisie stellten.

Über den 2. Weltkrieg liegt nun einer der bekanntesten Romane, die den Kampf des sowjetischen Volkes gegen die Hitler-Truppen zum Inhalt haben, wieder vor

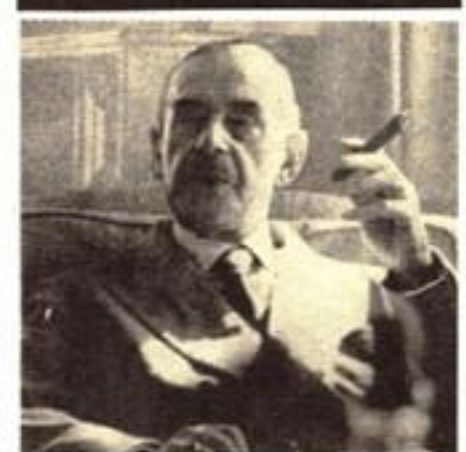


Konstantin Simonow, Tage und Nächte. Verlag Volk und Welt, Ostberlin, 368 Seiten, 15,20 DM.

Es ist der Roman von der Verteidigung Stalingrads gegen die faschistische 6. Armee. Ohne Pathos und mit lakonischer Kürze entwirft Simonow hier ein Bild des heldenhaften Kampfes und der moralischen Größe der Stalinschen Roten Armee.

An dieser Stelle wollen wir ausdrücklich noch einmal auf den Roman „Die junge Garde“ von Alexander Fadejew hinweisen (siehe auch RM 44/81), das bedeutendste Werk über den antifaschistischen Krieg. (Erschienen im Verlag Neuer Weg)

Im Fischer Verlag ist jetzt eine Sonderausgabe erschienen von



Thomas Mann, Doktor Faustus / die Entstehung des Doktor Faustus. 848 Seiten, 29,80 DM.

Thomas Mann verklammert in diesem Roman die Biographie des Komponisten Adrian Leverkühn, eines Vertreters der bürgerlichen Dekadenz, mit der Niederlage des faschistischen Deutschlands und einer radikalen Abrechnung mit der Ideologie der imperialistischen Epoche. Der „Doktor Faustus“, geschrieben in der Emigration, stellt den Gipfelpunkt des kritischen bürgerlichen Realismus dar. Aus diesem Werk wird auch verständlich, warum sich Thomas Mann nach dem Krieg nicht als kulturelle Repräsentationsfigur für den westdeutschen Spalterstaat gewinnen ließ. Allerdings stellt dieser bedeutende Roman, vor allem in der Darstellung und Kritik der modernistischen Musiktechniken, sehr hohe Anforderungen an den Leser.

Lyrik, Theater & Sonstiges

Der erste Tip in der Sparte Gedichtbände ist natürlich

Bertolt Brecht, Die Gedichte Suhrkamp Verlag, Seiten, 25,— DM

Brechts gesamtes lyrisches Werk in einem handlichen Leinenband (ausführliche Besprechung im RM 44/81).

Der zweite Tip ist eine Platte. Lutz Görner, bekannt als Heine-Interpret, hat in diesem Jahr ein Programm mit Gedichten des türkischen Lyrikers Nazim Hikmet erarbeitet. Und er versteht es meisterhaft, die Verse des großen türkischen Dichters, der von der Geschichte, vom Elend und vom Kampf seines Volkes erzählt, zum Klingen zu bringen. Görners gekonnte Interpretation wird durch eine geschickte musikalische Untermalung gestützt.



Nazim Hikmet, Ich liebe mein Land. Lutz Görner spricht Nazim Hikmet. Pläne, A-6171 B.

Unter dem gleichen Titel wie die Platte ist auch ein 240 Seiten starker Band mit Hikmet-Gedichten erschienen. Ein Verlag ist in dem Buch nicht angegeben. Er ist aber wohl in den meisten linken Buchläden zu bekommen. Preis: 10,— DM.

Unter den deutschen Lyrikern nimmt F.C. Delius eine besondere Stellung ein. Während ansonsten bei vielen seiner Kollegen der hemmungslose Subjektivismus ausgebrochen ist, hat er sich immer solchen Moden verweigert und konsequent eine wirkliche politische Lyrik entwickelt, aggressiv zupackend und ausdrucksstark. Nach langen Jahren liegt nun wieder ein Gedichtband von ihm vor.

Friedrich Christian Delius, Die unsichtbaren Blitze Rotbuch-Verlag, 72 Seiten, 8,— DM.

Theaterstücke sieht man natürlich am besten auf der Bühne. Aber was tun, wenn man nicht gerade das Glück hatte, die deutsche Erstaufführung des neuen Dario Fo in Bochum zu sehen? Man kann das Stück lesen, sich sozusagen seine eigene Inszenierung machen, und es ist wahrlich eine lohnende Lektüre.

Dario Fo, Hohn der Angst. Rotbuch Verlag, 128 Seiten, 9,— DM.

„Eine Farce über die Entführung einer hochgestellten Persönlichkeit“ — so lautet der Untertitel dieses Stücks. Und die „hochgestellte Persönlichkeit“ ist niemand anderes als der FIAT-Boß Agnelli, die Spitzenfigur des italienischen Monopolkapitals. Er wird also entführt, dabei bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, im Krankenhaus mit einem FIAT-Arbeiter verwechselt. Durch gekonnte Gesichtschirurgie wird

dem Boß das Gesicht des Arbeiters verpaßt, während sich der wirkliche Arbeiter aus Angst, in die Entführungsgeschichte hineingezogen zu werden, versteckt. Eine irre Verwechslungskomödie setzt an; das ganze Stück ist nicht nur eine gelungene Entlarvung des kapitalistischen Systems, sondern zugleich auch eine so radikale Verhöhnung all der führenden Figuren Italiens (einschließlich des toten Moro), wie man sie in unserer Literatur vergeblich suchen würde. Dario Fo — das ist Volkstheater im besten Sinne.

Ein neues Buch von Max von der Grün hat der Luchterhand Verlag im November vorgelegt:



Max von der Grün, Klassengespräche Sammlung Luchterhand Bd. 366, 228 Seiten, 12,80 DM.

Dieser Band vereint Aufsätze, Reden und Kommentare aus den Jahren 1966 bis 1980. Die Themen sind sehr weit gespannt: Sie reichen von Erinnerungen an Kindheit und Jugend unter dem Faschismus, über Betrachtungen zum Ruhrgebiet und seiner Arbeitswelt bis zu Reiseerinnerungen und Bemerkungen über Minderheiten in unserer Gesellschaft. Insgesamt ein schönes Lesebuch, und vor allem eine Möglichkeit, den Schriftsteller Max von der Grün kennenzulernen.

Eine besonders erfreuliche Erscheinung auf dem gegenwärtigen Buchmarkt sind die zahlreichen Bände mit Erinnerungen, Dokumenten usw. über die Zeit des Faschismus. Empfehlenswert ist hier beispielsweise das jüngst erschienene Buch

Lore Wolf, Ein Leben ist viel zu wenig Röderberg Verlag, 183 Seiten, 12,80 DM.

Die Frankfurter Antifaschistin berichtet nicht nur über den Terror des Naziregimes, sondern vor allem auch über den illegalen Widerstand, in dessen Reihen sie unter anderem als Kurier zwischen Deutschland und der französischen Emigration gekämpft hat. Anna Seghers schreibt in einem Vorwort über dieses Buch ihrer Freundin und Mitkämpferin Lore Wolf: „Wenn die Zeit kommt, in der Hitler und der Nazismus der Jugend wie eine Legende vorkommen wird, wie ein Stück Geschichte, das ihren Abscheu erregt und ihr fast unbegreiflich ist, bringen die Aufzeichnungen von Lore Wolf in die Köpfe und in die Gemüter, was damals ein Antifaschist erlebt hat. Denn hier ist jeder Satz erlebt, es ist ihrer und ihrer Freunde Sache, die dargestellt wird.“

Im nächsten „Roten Morgen“ werden wir noch einige neue Bildbände, Kinder- und Jugendbücher, sowie Neuerscheinungen der politischen Sachliteratur vorstellen.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL SAFAK



Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 49, 4 Aralık 1981

Yıl: 15

1 DM

ÖTV sendikası greve hazırlanmalıdır!

Ücretlerin kısıtlanması engellenmelidir!

BONN/STUTTGART. — Geçen hafta İşçileri Bakanı Baum ve ÖTV sendikası başkanı arasında yapılan görüşmede Federal Hükümet'in kısıtlamasını kararlaştırdığı ücretler konusunda hiç bir şey değişmedi. Federal Almanya'nın kuruluşundan bu yana ilk olarak Bonn'daki Baylar Kamu İşletmeleri'nde çalışan işçilerin, müstahdemlerin ve memurların ücretlerini yüzde bir oranında düşürmek istiyorlar. Bonn Hükümeti'nin bu kararı işçi sınıfına karşı ilan edilen bir savaştır! Bonn Hükümeti'nin işçi sınıfına ilan ettiği savaş, ÖTV sendikası tarafından sendikal mücadele eylemleri ile cevaplandırılmalıdır! ÖTV sendikasının bu mücadelesi aynı zamanda DGB içerisinde yer alan tüm sendikalar tarafından da desteklenmelidir.

Geçen hafta Salı günü ÖTV sendikasının Baden Württemberg Büyük Toplu Sözleşme Kurulu toplandı. Kurul, bu toplantısında, Federal Hükümet'in kararını geri almaması durumunda ÖTV Merkez Yönetim Kurulu'nun mücadeleci eylemlerin sürdürülmesinin ön hazırlığını yapması için oy birliği ile karar aldı. Kararda devamla "ne zaman olursa olsun, ÖTV sendikası işçilerin, müstahdemlerin ve memurların ücretlerinin her türlü kısıtlanmasını engellemelidir!" denilmektedir.

Görünen şu ki, Bonn'daki Baylar çöçülerin, otobüs şoförlerinin, postacıların, küçük postahane memurlarının, demir yolu işçilerinin, hemşirelerin

ceplerini boşaltmaya kararlılar. Kapitalistler gibi, onların bir dilden anlayan Bonn'daki temsilcileri: Grev! Eğer gerçekten Bonn Hükümeti'nin emekçilere ilan ettiği bu savaşı geri püskürtmek gerekiyorsa — ki gerekli olan da budur — o zaman ÖTV sendikası hiç bir şekilde kararsızlık göstermeden ve beklemeden harekete geçmelidir! Hiç bir şekilde daha fazla zaman kaybetmeden ÖTV sendikası kamu işletmelerinde çalışan tüm emekçileri birleşik ve kararlı bir greve hazırlamak için her türlü tedbire başvurmali!

ÖTV Merkez Yönetim Kurulu kısım sekreteri Lothar Grull ücretlerin kısıtlanmasına ilişkin yaptığı açıklamada şun-

ları belirtti: "Bu kısıtlamaların mücadelesiz kabul eden bir örgüt, sendika adını taşımaya layık değildir." Evet doğru olan da budur. Eğer bugün bu kısıtlamalara karşı sessiz kalınırsa, böyle bir örgütü sendika diye adlandırmaktan kaçınılmalıdır. Öyleyse şimdi gerekli olan şey, harekete geçmektir! Kamu İşletmelerinde çalışan emekçilerden amansızca silahlanma (ki bunda sadece silah tekelleri milyarları kazanmaktadır) ve kapitalist ekonomik buhranın faturasını ödemek için ceplerini boşaltmalarını istiyorlar. Bu noktada açık olan diğer bir şey de şu ki, Federal Hükümet emekçilerin ücretlerinin talan edilmesinde özel sektör için ön ayak olma görevini yüklenmiştir. Hükümetin bu istemine karşı durulmalıdır! Buna karşı durmak hem yerli ve hem de yabancı işçilerin bir görevidir.

Bonn'daki Baylar bir taraftan bu alçakca saldırılarını düzenlerken, diğer taraftan da halkta, Kamu İşletmeleri'nde çalışan emekçilerin imtiyazlı oldukları izlenimini yaratmaya ve zaten halkta sınırlı da olsa var olan ön yargıları körüklemeye çalışıyor. Ancak burada şunu da açıkça belirtelim. Tabii ki büyük mevkileri olan memurların, müstahdemlerin, doktorların, hakimlerin, savcılarının vb. imtiyazları var. Ancak her şeyden evvel bu kısıtlamalar küçük memurları, müstahdemleri ve işçileri hedeflemektedir. Fakat Bonn'daki Baylar bu adımları ile de yetinmeyerek, Kamu İşletmeleri'nde yapılacak bir grevin, çalışan emekçilerin üzerine bir takım yükler yıkacağı üzerine spekülasyonlar sürdürmeye kadar yelteniyorlar.

İşte tüm gerçekler dolayısıyla hükümetin emekçilere yönelik bu saldırısı cevaplandırılmalıdır! Ancak güç birliktedir. Öyleyse ÖTV'lu arkadaşlar mücadelesi tüm sendikacılar tarafından desteklenmelidir. Çünkü zafer hepimizin çıkarıdır!

(„Bundesbahn will Millionen von den Pendlern holen“)

(„Die Lohnkürzungen muss verhindert werden!“)



Her hafta
Cuma günü çıkar

Batı Berlin'de kitlesel yürüyüş Geçen hafta Cumartesi günü Hermannplatz'tan başlayarak Fehrberliner Platz'a kadar devam eden yürüyüşe 30 000 yabancı ve Alman katılarak CDU İşçileri Senatörü Lummer'in yabancılara yönelik yeni kararlarını protesto ettiler. Protesto yürüyüşüne 80'i aşkın Türkiyeli, Yunan, İspanyol ve Alman kuruluş ve dernekleri çağrı yapmıştı. İşçileri Senatörü Lummer yeni çıkardığı kararı ile 20 000 yabancı genci sınır dışı etmekle tehdit ediyordu. Ancak kararın açıklanmasından sonra yoğun protesto sürdürülünce, Lummer ilk kararını yumuşatarak, iki yüzlülük bu kararla 20 Kasım'dan sonra ailelerinin yanına gelen gençleri hedeflediğini söylemeye yeltendi. (Karar ile ayrıntılı haber sayfa 3'te)

KPD'nin DDR Seksiyonu ile dayanışma haftası

DDR'deki tutuklu kömünist muhalefete özgürlük!

DORTMUND. — Doğu Almanya'da (DDR) tutuklu Komünist Muhalefete Dayanışma Komitesi'nin ilk eylemleri başladı. DDR'deki tutuklu komünistlerin tutuklama olayını daha geniş çevreye duyurmak için Batı Almanya ve Batı Berlin'de dayanışma haftası düzenlendi. Dayanışma haftasının ilk eylemleri kamuoyunda büyük yankı uyandırdı.

Dayanışma Komitesi ve KPD Yerel Örgütlerinin eylemleri başlamadan önce Doğu Almanya'nın Doğu Berlin şehrinin Alexanderplatz meydanında düzenlenen eylem basında büyük bir yankı yaptı. Şimdiye kadar DDR'deki tutuklama olayı üzerine bir tek kelime dahi yazmayan gazeteler eylemden sonra olaya geniş yer verdiler. Gazetelerin yanı sıra Doğu Berlin'de yapılan dayanışma eylemi aynı şekilde radyo ve televizyon haberlerinde de yayınlandı. Ayrıca Stern dergisi geçen hafta çıkar-

dığı sayısında bu eyleme ilişkin geniş haber yayınladı.

İşte DDR'deki eylemin batı basınında büyük yankı yapması, geçen sayımızda da belirttiğimiz gibi Doğu Almanya'da tutuklanan komünist muhalefete ilişkin düzenlenen dayanışma haftasının eylemlerine büyük bir canlılık kazandı. Dayanışma haftası dolayısıyla Almanya'nın çeşitli şehirlerinde düzenlenen eylemlere katılan bir çok yoldaş halkın, somut olarak DDR'de yapılan dayanışma eylemi üzerine soru sorduklarını

bildirdiler.

Dayanışma haftası dolayısıyla Hamburg'ta da bir toplantı düzenlendi. Bu toplantıda konuşan Partimizin Başkanı Ernst Aust yoldaş KPD'nin temel siyasi çizgisini açıkladı. Birleşik, Bağımsız ve Sosyalist bir Almanya için sürdürülen mücadele hedefine ve KPD'nin DDR Seksiyonu'nun mücadelesine değindi ve toplantıya katılanları tutuklu komünist muhalefete dayanışmaya çağırdı.

KPD'nin ve Dayanışma Komitesi'nin DDR'deki tutuklu komünist muhalefete dayanışma eylemleri enformasyon masaları açma ve imza toplama temelinde bu hafta içerisinde ve önümüzdeki günlerde de devam edecek.

(„Solidaritätswoche mit der Sektion DDR der KPD“)

Peine'de faşist katliam — Faşist Bozkurtlar yasaklanmalıdır!

Faşistler bir yurtseveri alçakca katlettiler

PEİNE. Geçen hafta Cuma sabahı faşist cinayet şebekesi "Bozkurtlar" alçakca bir tuzak kurarak Nezir Şeker adında bir kürt yurtseverini katletmiş ve Halil Yıldız adındaki yurtseveri ise ağır yaralamışlardır.

Uzun zamandan beri tehditler savurarak "bir kaç devrimciyi" katledeceklerini söylentilerini yaygınlaştıran MHP'li faşistler, bu söylentileri 27 Kasım Cuma sabahı odak noktasına ulaştırdılar. Peine Dammstr'deki "Ülkü Ocağı"nda kümelenmiş faşistler uzun zamandan beri ilerici yurtseverlere karşı planladıkları ve hazırladıkları saldırılarını Cuma günü gerçekleştirmişlerdir. Saldırıda açılan ateş sonucu Nezir Şeker'in ölmesi ve Halil Yıldız'ın da ağır şekilde yaralanarak hastaneye kaldırılması ve şimdi de ölüme can çekmesi, faşistlerin bu katliamı çok önceden planladıklarını açıkça göstermektedir. Çünkü faşistler bu olaydan iki ay önce gene Halil arkadaşına saldırarak ağır şekilde yaralamışlardı. Ve arkadaş aldığı yaralardan dolayı bir aya yakın bir süre hastanede yatmıştır.



Faşistler tarafından öldürülen Nezir Şeker.

MHP'li faşistlerin Peine'de puslu kurarak gerçekleştirdikleri katliam, onların ilerici ve yurtseverlere karşı ne ilk ne de son katliamlarıdır. Onlar bundan önce Hamburg'ta Neşat Danış'ı, Berlin'de Celalettin Kesimi, Aachen'de Katip Saltan'ı kat-

etmiş ve bir çok eylemde anti-faşistlere azgınca saldırarak ağır yaralamışlardır.

Peine'deki faşistlerin, bu saldırıdan öncede tanınmış katil Mehmet Ali Ağca'yı gizlemeleri Aşağı Saksonya Eyalet makamları tarafından bilinmesine rağmen, bu faşist çetelerin Peine'deki yuvalarının dağıtılması için hiç bir adım atılmadı.

Faşist bozkurtların Peine'deki bu saldırı teşhir edilmesi, onlara karşı mücadele yoğunlaştırılmalı ve faşistlerin komando merkezi "Türk Federasyon"un ve tüm yan kuruluşlarının yasaklanması ve faaliyetlerinin durdurulması talep edilmelidir.

Peine'deki faşist katliam dolayısıyla, "Faşist Katliamı Protesto Komitesi tüm anti-faşistleri, 5 Aralık Cumartesi günü Peine Friedrich Ebertplatz'ta saat 11.00'de başlayacak olan protesto yürüyüşüne katılmaya çağırılmaktadır.

(„Faschistischer Mordanschlag in Peine“)

ÖTV sendikasının Büyük Toplu Sözleşme Kurulu toplandı

Kurul, sendikanın mücadeleci eylemler örgütlemesini kararlaştırdı

STUTTGART. — Geçen hafta Salı günü Kamu İşletmeleri, Nakliyat ve Ulaşım Sendikası'nın (ÖTV) Büyük Toplu Sözleşme Kurulu olağanüstü bir toplantı yaptı. Kurul bu toplantıyı, ÖTV sendikası Başkanı Klunckner'in İçişleri Bakanı Baum ile görüşmesinden bir gün sonra düzenledi. Kurul oturumunda oy birliği ile Merkez Yönetim Kurulu'nun, hükümetin Kamu İşletmelerinde çalışan emekçilerin ücretlerini yüzde bir oranında düşürme kararını geri püskürtmek için bir grev hazırlığı yapması kararını aldı.

24 Kasım Salı günü Büyük Toplu Sözleşme Kurulu'nun 106 üyesinin katıldığı oturumda oy birliği ile alınan kararda ÖTV sendikasının "ne zaman olursa olsun, işçilerin, müstahdemlerin ve memurların ücretlerinin her türlü kısıtlamasını engellemek için" tüm imkanlara başvurulmalıdır diye yazılmaktadır.

Kamu işletmelerinde 1 Mart 1982'den itibaren işçi, memur ve müstahdemlerin ücretlerinin yüzde bir oranında kısıtlama

yapılabileceğinden dolayı, kararda ayrıca bu saldırılara karşı durulması yönünde "ÖTV sendikası Merkez Yönetimi mücadelesinin sürdürülmesi için ön şartları oluşturmalıdır!" diye belirtilmektedir.

Büyük Toplu Sözleşme Kurulu bu kararıyla, Bonn Hükümeti'nin tasarruf programının kararlaştırılmasının hemen ardından 7 Eylül günü ÖTV sendikasının yaptığı açıklamaya sendika tabanının bağlı kaldığını

açıkça ortaya koymaktadır. ÖTV sendikası 7 Eylül'de, hükümetin aylık ücretleri düşürmek, ücret artışları süresini üç ay daha ertelemek, eyaletlerdeki kamu işletmelerinde 6000 iş yerini imha etmek istemesini hiç bir şart altında kabul etmeyeceğini ve gerektiğinde bunu engellemek için greve gidileceğini açıklamıştı.

Kamu işletmelerinde çalışan işçi arkadaşlar ÖTV sendikası Merkez Yönetimi'nin bu kararını desteklemekteler. Ve bundan ötürü bir çok bölgede çöçüler ve otobüs şoförleri kendiliğinden uyarı grevleri düzenlediler.

Ancak ÖTV sendikası Merkez Yönetim Kurulu'nun bu açıklamasına rağmen hiç bir şekilde kendiliğinden bu doğrultuda pratikte adımlar atacağı konusunda hayale kapılmamak lazım. Çünkü ÖTV sendika patronları daha önce de bir takım açıklamalar yapmış ve kararlar almışlardır. Fakat bu kararlar birer karar olarak rafa kaldırıldı.

İşte tüm bu gerçekler dolayısıyla, bugünden Bonn Hükümeti'nin kamu işletmelerine yönelik aldığı kararlara karşı durmak, onları geri püskürtmek kamu işletmelerinde çalışan yerli ve yabancı işçi ve emekçi arkadaşların elindedir. Eğer işçi ve emekçi arkadaşlar, yani sendika tabanındaki üyeler, özellikle de sınıf bilinçli üyeler mücadeleyi kendi ellerine alıp ve ÖTV Merkez Yönetim Kurulu'nun aldığı bu kararı hayata geçirmezlerse, ÖTV Merkez Yönetim Kurulu'nun bu kararının hiç bir pratik anlamı olamaz. Neden? Çünkü



Geçen hafta Çarşamba günü Dortmund'ta Kamu İşletmelerinde çalışan 3 000 emekçi, hükümetin ve eyaletlerin tasarruf programını protesto etti.

sendika patronları ne kadar keskin açıklamalar yaparlar ve kararlar alırlarsa alsınlar, tabandan kendilerine bir takım baskılar yapılmaksızın mücadeleyi örgütlemeyeceklerini günlük sendikal mücadele pratiği her geçen gün göstermektedir.

Diğer yandan ÖTV sendika patronu Klunckner ve diğer merkez yönetim kurulu üyeleri bir bütün olarak, Bonn Hükümeti tarafından kamu işletmelerinde çalışan emekçilerin aylıklarının düşürülmesine karşı en iyi bir şekilde nasıl güçlü ve mücadeleyi yöntemlerle karşı durulabileceğini sağlamak yerine, kafalarını Bonn'daki dostlarını kamu işletmelerinde yapması muhtemel grevden nasıl koruyacaklarının üzerine yor-maktalar.

ÖTV sendika patronları ile ilgili yapılan bu tespitin ne kadar doğru olduğunu, daha Bonn Hükümeti'nin kısıtlama önerileri Federal Parlamento'da görüşülmeden ve karara bağlanmadan önce, Sendika Yönetimi'nin bu kararlara karşı durmak için Almanya çapında bir protesto eylemi düzenlememesi bile açıkça göstermektedir. İkincisi, bırakalım sendika patronlarının mücadeleyi eylemlerini Almanya çapında düzenlemelerini bir yana, onlar İçişleri Bakanı Baum ile 23 Kasım'da bir görüşme yaparak kamu işletmelerinde çalışan emekçilere karşı nasıl yeni saldırılar düzenleyeceklerinin hazırlığı üzerine tartıştılar.

Bütün bu ortaya koyduğu-muz gerçekler dolayısıyla sendi-

ka tabanındaki üye arkadaşlar uyanık olmalı ve sendika patronlarının kapalı kapılar arkasında Bonn Hükümeti ile çevirdikleri oyunlarına kanmamalıdır!

Bugün sendika tabanındaki üye arkadaşlar sendika patronlarının bu oyunlarını boşa çıkarmalı, ÖTV sendikasının her türlü ücret kısıtlamasına ve ücretlerin dondurulmasına karşı uzlaşmaz mücadele sürdürmesini sağlamalıdır! Ancak bu şekilde hareket edildiği ve Bonn Hükümeti'nin saldırılarına karşı uzlaşmaz eylemler örgütlediği oranca mücadele başarılı olabilir.

(„Grosse Tarifkommission der ÖTV-Gewerkschaft beschloss „Voraussetzung für einen Arbeitskampf zu schaffen““)

HAFTANIN YORUMU

Brejnerv Batı Almanya ziyaretinden önce çeşitli gazetelere verdiği demeçlerinde "barışisteminden" dem vurmasından sonra, şimdiye kadar açıkça savaş kışkırtıcılığı sürdüren ABD emperyalizminin elebaşı Ronald Reagan'da keskin bir şekilde barış nidaları atmaya başladı. O, Rus sosyal emperyalizminin elebaşı Brejnerv'i orta menzilli silahların sayılarının azaltılması doğrultusunda geride bırakarak, "sıfırsal-çözüm" önerisinde bulunmaktadır.

Şimdi Reagan'ın bu açıklamasından sonra şunu sormak gerekli: Daha bir gün öncesine kadar savaş kışkırtıcılığı propagandasını sürdüren Reagan nasıl oldu da bir günün içerisinde büyük bir barışmeleği kesiildi? Bunda şaşılacak bir şey yok. Artislik yapmak, rol oynamak nasıl olsa Reagan'ın mesleğidir! Batı Alman emperyalist burjuvazisi Reagan'ın da barıştan yana olduğunu gösterme, böylece emekçi halkı emperyalistlerin sahte barış sözlerine kanmasını sağlamak için Reagan'ın ABD'de yaptığı "tarihsel konuşmasını" naklen yayınladı.

"Sıfırsal çözüm mü?"

ABD emperyalist çetesinin elebaşı Reagan yaptığı "tarihsel konuşmasında" eğer Sovyetler Birliği tüm Doğu Avrupa'ya yerleştirdiği SS 4, SS 5, SS 20 modelinden orta menzilli silahlarını imha ederseymiş, böylece ABD Pershing 2 ve Cruise Missiles orta menzilli silahlarını Batı Avrupa'ya yerleştirmekten vazgeçecekmiş! Bildiğimiz gibi Sovyet sosyal emperyalizminin elebaşı Brejnerv yarın yerine daha bugünden Doğu Avrupa'ya yerleştirdikleri roketleri geri çekmekten dem vurmaktadır. Böylece Sovyetler Birliği bu adımı atacağını söylediğine göre, ABD de yeni atom roketlerini Batı Avrupa'ya yerleştirmekten vazgeçecek! Peki böylece Reagan'ın orta menzilli silahlar konusunda "sıfırsal çözüm" sağlanacak mı?

Reagan'ın bu "tarihsel önerisi" Bonn'da alkış yağmuruna tutulurken, Schmidt, Reagan'ın bu önerisinde kendi paylarının da olduğu açıklamasını yapıyor ve aynı zamanda Washington'da da Reagan'ın danışmanları Brejnerv'in, ABD'nin önerilerini kabul etmeyeceklerini açıkladılar. Ve Reagan'ın danışmanları tahminlerini yanılsadılar. Reagan'ın açıklamasından sonra Sovyet sosyal emperyalistleri "Amerikan modeline göre" bir "sıfırsal çözümün" düşünülmeyeceğini açıkladılar. Çünkü Rus sosyal emperyalistlerinin planları başka. Onlar, eğer ABD Batı Avrupa'ya yeni orta menzilli silahların yerleştirilmesinden vaz geçerse, böylece kendileride yeni SS 20 roketlerinin yerleştirilmesini durduracaklarını açıklamaktalar.

Diğer yandan Reagan bir taraftan Sovyetler Birliği'nden Doğu Avrupa'daki orta menzilli silahlarını geri çekmesini talep ederken, diğer yandan kendileri ise NATO'nun hava ve deniz roket sistemini Avrupa'dan geri çekmek istemiyorlar. İşte Reagan vari orta menzilli silahlar konusundaki "sıfırsal çözüm"!

Reagan'ın ve Brejnerv'in yaptığı açıklamaları kısaca ele alacak olursak eskisinden hiç bir şey değişmedi. Her iki tarafta birbirine karşı askeri üstünlüklerinin olduğunu ileri sürerek, dengeyi sağlama adı altında amansızca silahlanmaktalar. İşte böylece İsviçre'de yapılan iki süper devlet arasındaki yeni görüşmeler de eski senaryonun bir tekrarıdır başka bir şey olmayacaktır.

ABD emperyalizminin elebaşı şimdiye kadar yaptığı açıklamalarından farklı olarak son konuşmasında tek bir nokta var: O da Reagan'ın şimdi ara sırada barış nidaları atmasıdır. Çünkü Reagan'da hiç bir şey değişmedi; kendisi daha dün "Avrupa ile sınırlı bir atom savaşının sürdürülebileceğinden" bahsetmekteydi.

İşte tüm bu gerçekler dolayısıyla emperyalistlerin barış demagogilerine kanılmamalı, onların kitleleri kendi emperyalist pasifist sözlerine çekmeleri engellenmeli ve tek yanlı silahsızlanma adımları Bonn Hükümeti'nden talep edilmelidir.

(„Null-Lösung?“)

1982 yılı ücret artışı taleplerinin tespit edilmesine başlandı

Daimler-Benz sendika temsilcileri 270 DM ücret artışı talep ediyorlar

ÖTV sendikasının liman işçileri için yüzde 7 ücret artışı talep ediyor

KASSEL. — Federal Almanya'da ve Batı Berlin'deki bir çok iş yerinde daha şimdiden gelecek yılki ücret artışı talepleri üzerine yoğun tartışmalar sürdürülmektedir. Şimdiye kadar sürdürülen tartışmalarda gelecek yıl için yüzde 10 ücret artışı talep edilmektedir. Bunun yanı sıra Kassel Daimler-Benz firmasındaki sendika temsilcileri ise 270 DM ücret artışı talebi ileri sürüyorlar. Buna karşılık ÖTV Merkez Yönetimi ise liman işçileri için yüzde 7 ücret artışı talep ediyor.

Gazetemizin daha önceki sayılarında da ele aldığımız gibi bugünkü koşullarda en az yüzde 10 oranında bir ücret artışı talebi ileri sürülmelidirki, fiyat artışları ile cüzü bir denge sağlanabilir. Çünkü bugün bir yandan hükümet tarafından yoğun bir şekilde sosyal hakların kısıtlanmasının yapıldığı, fiyatların hayatın her alanında ardı arkası kesilmez bir şekilde yükseldiği bir aşamada, bu oranın altında ileri sürülecek bir ücret artışı talebi emekçilerin daha da sefaletin içine itilmesi demektir.

İşte bu gerçek durum dolayısıyla gelecek yıl için Kassel Daimler-Benz firmasındaki sendika temsilcileri 270 DM, yani yaklaşık olarak yüzde 13 civarında bir ücret artışı talep ediyorlar. Aynı şekilde bu doğrultuda Batı Berlin'de de BMW firması IG Metall sendika temsilcileri 220 DM, yani yüzde 10 ücret artışı talebi akord ücretler için ileri sürüyorlar.

Diğer yandan geçen hafta Gelsenkirchen Schalker dökümhanesi IG Metall sendika temsil-

cileri de toplandı. Sendika temsilcileri toplantısında yüzde 10 ücret ve aylık maaşların artışı talebini ileri sürdüler. Aynı şekilde Frankfurt Klimuw. Co. firması sendika temsilcileri de, IG Metall sendikasının temsilcileri toplantısında, IG Metall yerel sendika yönetiminin yüzde 10 ücret artışı talebini ileri sürmesini istediler.

IG Metall sendika temsilcilerinin ücret artışı taleplerinin yanı sıra ayrıca liman işçileri de bir çok iş yerinde yüzde 10 ücret artışı talebinin ileri sürülmesini sağladılar. Liman işçileri, ÖTV sendikası Yönetim Kurulu'nun liman işçileri için ileri sürdüğü fiyat artışlarının daha bugünde bile altında olan yüzde 6,5 ücret artışı talebini sert bir şekilde reddettiler. Bunun üzerine sendika yönetimi geri adım atmak zorunda kaldı.

Ancak buna rağmen ÖTV sendikası Merkez Yönetimi bir çok liman iş yerlerinde ileri sürülen yüzde 10 ücret artışı talebini kabul etmek yerine gene eski

talebi olduğu gibi, fiyatların alabildiğince arttığı koşullarda, bu kezde güllünc bir rakam olan yüzde 7 ücret artışını ve 200 DM izin parasının artırılmasını talep ediyor. ÖTV sendika patronları Kluncker ve şürekası bu talepleri ile; birincisi liman işçilerinin yüzde 10 ücret talebini ileri sürme adımlarını baltalamak, mücadeleyi bölmek; ikincisi ise, bu yılki toplu sözleşme anlaşmalarının altında bir ücret artışı anlaşması yapılmasını zeminini hazırlamak ve gerçek ücretlerin korunması hedefini sabote etmek istiyorlar. Çünkü böylece güllünc bir talebin ileri sürülmesi bundan başka bir anlam taşımaz. Daha bugünden bile Kuzey Vestfalye ve Bavyera Eyaletlerinde fiyat artışları, ÖTV'nun

ileri sürdüğü bu ücret artışı talebinin üzerindedir!

ÖTV sendikası Merkez Yönetimi'nin bu emeli boşa çıkarılmalıdır! Liman işçileri 1978 yılında da sendika yönetiminin patronlarla yaptığı bir ücret artışı anlaşmasını boşa çıkarmıştı. Bugünde ÖTV sendika patronlarına verilmesi gereken cevap aynı olmalıdır! Şimdi de limanda çalışan işçi arkadaşlar, ÖTV sendika yönetiminin bu güllünc ücret artışı talebinin reddedilmesini sağlamalı ve mücadeleyi ile sendika patronlarına yüzde 10 ücret artışı talebinin ileri sürmelerini kabul ettirmeleri gerekmektedir! Bu hem kendilerinin hem de tüm işçi arkadaşların çıkarıdır.

(„Lohnforderung 1982“)

OKUYUCULARIMIZA

Dost okurlar!

Gazetemiz "Kızıl Şafak" 50. sayısından itibaren şimdiye kadarından farklı olarak sizlere bir gün sonra gönderilecek. Çünkü gazetemizi bundan sonra Pazartesi değil, Salı günü baskıya vereceğiz. Bu kararı, hafta sonu bir çok eylem yapılmasından ve bu eylemleri güncelliğini yitirmeden gazetede yayınlamayı gerekli gördüğümüzden dolayı aldık.

Bu adımla gazetemizdeki haberler daha da güncelleşecektir. Ve böylece hafta sonu yapılan eylemler üzerine etrafıca haber verme olanağımız olacaktır.

Gazetede ki haberlerin daha güncelleşmesi, gazetenin tirajının artırılmasına da hizmet edeceğini umuyoruz!

Kızıl Şafak Yazı Kurulu

Yabancılarla yönelik saldırı halkasına bir yenisi daha eklendi

Batı Berlin'de yabancı düşmanı yeni kararlar alındı

Yabancılarla yönelik saldırılara karşı mücadeleyi yükseltmeliyiz!

BATI-BERLİN. — Geçen hafta Batı Berlin'de CDU azınlık hükümeti tarafından yabancılarla yönelik saldırılar halkasına bir yenisi daha eklendi. Şimdiye kadar hemen hemen Federal Almanya'nın her eyaletinde yabancılar kanununun daha da sertleştirilmesi talep edildi. Baden Württemberg'te yapılan saldırının hemen ardından, şimdide Berlin'de bir yenisi başlatıldı. Berlin'de yabancılarla yönelik yapılan bu saldırı şimdiye kadar yabancılarla ilişkin düzenlenen tüm saldırıları gölgede bırakmaktadır.

20 Kasım günü Batı Berlin'de CDU azınlık hükümetinin İçişleri Senatörü Lummer şimdiye kadar eş görülmemiş bir hızla yabancılarla ilgili yeni kararlarını açıkladı. Bu tür gerici ve yabancı düşmanlığı anlamına gelen kararların alınmasında Lummer, diğer eyaletlerin başkanlarından daha da hızlı davranarak bir hamlede — Berlin'de işgal edilmiş evlerin boşaltılmasında olduğu gibi — yabancıların sayısının azaltılması kararını aldı. Ancak Lummer bu kararların sadece Berlin'de de sınırlı kalmasında memnun değildi. Bu nedenle Bonn Hükümeti'ne de bir çağrı yaparak, yabancıların haklarının daha da kısıtlanması için vakit geçirilmeden yeni kanunların çıkarılmasını talep etti.

Batı Berlin CDU hükümetinin bu kararından bir kaç hafta önce de, Baden Württemberg Eyaleti yabancıların eş ve çocuklarını yanlarına getirmelerini yasaklamış, ayrıca onların sınırlı olan hak ve özgürlüklerini daha da kısıtlamıştı. Şimdi Baden Württemberg CDU Eyalet Hükümeti'nin aynı örneğini Berlin Hükümeti de izliyor. Ancak Berlin Hükümeti aldığı kararları ile Baden Württemberg Eyalet Yönetimi'ni geride bırakıyor. Çünkü bugün Berlin'de alınan kararlar daha da katılaştırılmıştır.

Batı Berlin CDU azınlık hükümeti daha bu kararını almadan önce ilticacı emekçilere ya-

pılan saldırıları da daha da katılaştırmak için önlemler aldı. İlticacı emekçilere yönelik önlemlerin hemen ardından tüm yabancılarla yönelik kararların alınmasının adımlarını attı. İçişleri Senatörü Heinrich Lummer halkasına şu kararlarını ekledi:
★ 18 yaşından büyük olan, beş yıldır Berlin'de oturmamış (ister bir iş yeri olsun ister olmasın) bir gencin sınır dışı edilmesi;
★ 5 seneden fazla Berlin'de olup, bir işi veya okulu olmayan yabancı gençlere oturma izninin verilmemesi,
★ Eşlerini yanlarına getirmek isteyenlere koşulan şartların daha da katılaştırılması,
★ 16-18 yaşları arasındaki gençler beş seneden beri Almanya'da yaşayıp, Almanca'yı iyi biliyor, ispatlayabiliyorsa ve anne veya babalarından birinin sınırsız oturma izni var ise oturma müsadese alabilecekler, vb..

Alınan bu kararlar burjuva gazetelerinden okunmuş olabileceğinden dolayı hepsini sıralamanın bir anlamı yoktur. Çünkü sorun bir çoğumuzun basın aracılığıyla öğrendiği tek tek kararlar değil, buna karşı hangi mücadele metodlarının seçilmesi ve bu saldırılara karşı nasıl mücadele sürdürülmesi gerektiğidir.

İçişleri Senatörü Lummer Berlin'de yaşayan yabancılarla ilişkin kararları açıklamasından sonra, Batı Berlin çapında bu saldırılara karşı yoğun protesto-

lar sürdürüldü. Bu protestolar Türkiyelilerin yanı sıra, Batı Berlin Senatösünde yer alan Alternativ Liste'den, (Alternativ Liste) çeşitli Alman örgüt, kuruluş ve din adamlarına kadar varmaktaydı. Batı Berlin CDU azınlık hükümetinin yabancılarla yönelik kararları büyük direnişle karşılaşıncı, İçişleri Senatörü Lummer geri adım atmak zorunda kaldı.

Çeşitli burjuva gazetelerinin yayınladıklarına göre, Lummer bu kez de başlangıçta alınan kararları yumuşatarak, ilk alınan kararlar "burada yaşayan genç-

kaldı. Peki Lummer'in başlangıç kararından geri adım atması neyi değiştirdi? Diyebiliriz ki hemen hiç bir şeyi. Çünkü aynı karar hala geçerli, sadece yönü değiştirildi. Peki bu kararın yönünün değiştirilmesi biz yabancı işçi emekçiler için hangi anlamı taşımaktadır? Şu noktaya açıkça bilinmelidir ki, bugün alınan karar bir prova anlamını içermekteydi. Batı Berlin CDU Hükümeti bu kararlar yabancıların tepkisini ölçmek istiyordu. Ve bununla ilk denemesi yapıldı.

Eğer CDU Hükümeti tarafından Batı Berlin'de alınan bu



Alman hakim sınıfları dün, "yahudiler dışarı" diyorlardı... bugün ise, "Yabancılar dışarı" nidalarını atmaktadır!

leri hedeflemediğini, sadece bu kararın açıklanış tarihi olan 20 Kasım'dan sonra Batı Berlin'e gelecek yabancı aile çocukları için geçerli olduğunu" 26 Kasım'da basına yaptığı bir açıklama ile belirtti. Batı Berlin İçişleri Senatörü Lummer'in bu adımı bir manevradan başka bir şey değildir. Lummer kendisi de çok iyi biliyor ki, aldığı bu kararlar 20 Kasım'dan sonra Batı Berlin'e gelecek yabancı eş ve çocukları hedeflemekten ziyade, daha doğrusu burada yaşayan işçi ailelerinin çocuklarını ilk hamlede hedeflemektedir. Ancak yoğun protesto ile karşılaşıncı geri adım atmak zorunda

kararlar geri püskürtülmez, sadece bir yürüyüş ve eylemle geçitirilirse, mücadele başarılı olamaz. Çünkü sadece Batı Berlin değil, diğer eyaletlerde ve hatta Başbakan Schmidt bile yabancılar karşı yeni önlemlerin alınmasını istiyor. Ayrıca Lummer diğer eyaletleri Berlin örneğini izlemeye çağırmaktadır. İşte bu koşullarda yabancılarla yapılan bu saldırı geri püskürtülmelidir! Ancak düzenleyeceğimiz eylemler uzun süreli olmalı ve mücadele Alman halkıyla birlikte sürdürülmelidir.

(„Menschenfeindlicher Ausländer-Erlass in Berlin“)

kadar açık olan dört çocuk bahçesinden ikisinin kapatılması vb.

Dortmund belediyesinin almak istediği bu kısıtlama kararlarını emekçiler belediye binasını işgal ederek protesto edince, Belediye Başkanı SPD'li Samtlebe kısıtlamaların kararlaştırıldığı oturumu yapmadı. Samtlebe tüm yürüyüşçüleri pankartlarını katlamaya çağırdı. Ancak bu çağrısına kimse uymayınca, bu kezde salonu terk etmelerini talep etti ve aksi takdirde polis zoruyla boşaltmaya gideceği tehdidini savurdu! Bunun üzerine ebeveynler çocukları ile birlikte salonu terk ettiler.

Bunun ardından Samtlebe ebeveynlere iki yüzlerce kısıtlamaların yapılmayacağı vaadlerinde bulunmasına rağmen, belediye meclisinin oturumunda oybirliği ile tüm öngörülen kısıtlamalar kararlaştırıldı.

Bu kısıtlamalar bugün emekçilere karşı düzenlenen çok yönlü saldırıların bir bölümüdür. Bunun için bu eylemde de olduğu gibi Türkiyeliler Almanlarla birlikte kendilerine yönelik saldırılara karşı ortaklaşa mücadeleyi yoğunlaştırmalıdır. Çünkü birbirinden kopuk eylemler mücadeleyi zayıflatmakta ve dolayısıyla Alman hakim sınıflarına hizmet etmektedir.

(„Protest gegen Sparpläne bei Kindergärten“)

KISA HABERLER

Doğan Ö.'nün sınır dışı edilme kararı geri alındı

FRANKFURT. — 11 Nisan 1981'de faşist "Türk Federasyon"un yapmak istediği bir geceyi protesto eden Türkiyeli anti-faşistlere Batı Alman polisi azgınca saldırmış ve içlerinde Doğan Ö.'nünde bulunduğu 18 anti-faşisti tutuklamıştı. Tutuklama olayının ardından Doğan Ö. ve Yaşar Y. hakkında Frankfurt Belediye Başkanı Wallmann hiç bir mahkeme kararı olmaksızın 15 gün zarfında Almanya'yı terk etme kararı almıştı.

Nisan ayında faşist "Türk Federasyon"un düzenlemek istediği geceyi protesto etme amacıyla bir araya toplanan 300'ü aşkın Türkiyeli anti-faşistlere Batı Alman polisi vahşice saldırarak 18 Türkiyeli ve bir de Alman anti-faşistini tutuklamıştı. Tutuklama olayının ardından polis tutuklulara işkence yapmış ve bir çoğunu da hastanelik etmişti. Bu tutuklamalarda Türkiyeli anti-faşist Doğan Ö.'de bulunmaktaydı. Doğan Ö. tutuklanmanın ardından karakolda polisler tarafından yoğun bir şekilde dövülmüş ve baygın olarak hastaneye kaldırılmıştı.

Batı Alman polisinin Türkiyeli anti-faşistlere vahşice saldırısından iki gün sonra Frankfurt Belediye Başkanı CDU'lu Wallmann Doğan Ö. ve Yaşar Y. hakkında hiç bir mahkeme kararı olmaksızın sınır dışı edilme kararı almıştı. CDU'lu Wallmann'ın hiç bir mahkeme kararı olmaksızın attığı bu adımı ile ilticacı ve demokratları gelecekte derhal sınır dışı edebilmelerinin ilk provasını yapmaya ve bunu yasallaştırmaya çalışıyordu.

CDU'lu Wallmann'ın iki Türkiyeli anti-faşisti sınır dışı

etme kararına karşı Frankfurt'ta yerel komiteler kuruldu. Bu komiteler iki anti-faşistin sınır dışı edilme kararına karşı çeşitli protesto eylemleri düzenlediler. Bu amaca yönelik olarak 15 Ağustos'ta "Bornheim Anti-Faşist Halk Komitesi"nin düzenlediği yürüyüşe 1500 Türkiyeli ve Alman anti-faşistleri katılarak Wallmann'ın Türkiyeli ilticacılarla yönelik bu saldırısını protesto ettiler.

Türkiyeli anti-faşistlerin sınır dışı edilme kararlarına karşı sürdürülen yoğun protestonun sonucu geçen hafta yabancılar polisi hiç bir gerekçe göstermeden sınır dışı edilme kararının geri alındığını açıkladı.

Frankfurt yabancılar polisi sınır dışı edilme kararını daha da, İdari Mahkeme tarafından sonuçlanmadan geri aldı. Polisin böyle acele kararı hiç bir gerekçe göstermeden geri alması; birincisi, sürdürülen çok yönlü protesto eylemlerinin; ikincisi ise, Wallmann tarafından alınan bu kararın hiç bir hukuki norma dayanmamasının bir ürünüdür.

(„Ausweisungsverfügung gegen Doğan Ö. aufgehoben“)

İlticacılar üzerindeki baskılar giderek artıyor

Berlin'de açlık grevi

Geçen hafta Batı Berlin'de 23 Türkiyeli açlık grevine başladı. İlticacılar başlattıkları süreli açlık grevleri ile ilticacıların yaşam koşullarının düzeltilmesini talep etmekte. Bilindiği gibi daha evvelde gazetemizin çeşitli sayılarında ilticacıların yaşam koşulları alabildiğince ağırlaştırıldığı ve Batı Alman hakim sınıflarının iltica hakkına yaptıkları sürekli saldırılara ilişkin açıklamalar yapılmıştı.

İşte her geçen gün yaşam koşulları daha da ağırlaşan ilticacılar bu duruma sessiz kalma-

yarak, çeşitli mücadeleciler eylemler düzenlediler. Bu doğrultuda aynı şekilde Batı Berlin'de düzenlenen süreli açlık grevi ile de ilticacılar yaşam koşullarının düzeltilmesini elde etmek istiyorlar.

Türkiyeli ilticacıların düzenledikleri bu eylem Uluslararası Af Örgütü (Amnesty International) tarafından da desteklenmektedir.

(„Asylanten-Hungerstreik in Westberlin“)

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK“
.....sayısından itibaren ismarlamak istiyorum

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halkları birleşin!
KIZIL ŞAFAK
Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı:

Cadde:

Şehir:

Tarih: İmza:

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: Verlag "Roter Morgen", Wellingshofer Str. 103, Postfach 3005 26 4600 Dortmund 30.

Çocuk bahçelerinde öngörülen kısıtlamalar protesto edildi

DORTMUND. — "Çocuklarımızın haklarının kısıtlanmasına izin vermemeli, buna karşı durmalıyız!" şiarı altında 26 Kasım 1981 Perşembe günü çocuklar, anne ve babalar ile birlikte bir protesto yürüyüşü yaptılar. "Ebeveynler İnsiyatifi"nin çağrı yaptığı bu yürüyüşe yabancılar, özellikle de Türkiyeli anne ve babalar çocukları ile birlikte yoğun bir şekilde katılmışlardır.

Geçen hafta mücadeleciler bir ruhla yapılan bu eyleme 500'e yakın Alman, Türkiyeli ve diğer yabancıardan oluşan ebeveynler çocukları ile birlikte katıldılar. Ebeveynler bu eylemi ile Dortmund şehir yöneticilerinin çocuk bahçelerine ilişkin öngörülen kısıtlama kararlarını protesto ettiler.

Tüm yürüyüş boyunca çocuklar ve ebeveynleri boyunlarına bağlı pankartları ve ellerinde taşıdıkları flamalar ile çocuk bahçelerine ilişkin öngörülen kısıtlamaları sert bir şekilde protesto etmekteydiler. Yürüyüşün başlangıcından bitimine kadar çocuklarda ebeveynleri ile birlikte "hop hop, hop tasarruf planları durdurulmalı!" "Çocuk bahçelerinde değil, bombaların yapımında kısıtlama yapın!", "Silahlanmaya gelince becerikliler, fakat biz çocuklar için bir şey yapmıyorlar!", "Flick ve şü-

rekasına milyarlar hediye edilmekte ve çocuk bahçelerinden de kısıtlama yapılmaktadır!" sloganlarını gür bir şekilde haykırmaktaydılar.

Yürüyüşün bitiminden sonra ebeveynler çocukları ile birlikte

çocuk bahçelerine ilişkin önerilerin kararlaştırılacağı belediye meclisi binasına girerek protestolarını sürdürdüler. Belediye Meclisi şu kısıtlama önerilerini kararlaştıracaktı:

★ Dortmund'ta tüm mevsimlik çocuk eğlence bahçelerinin kapatılması; ★ Öğleden sonra açık olan devlete ait çocuk bahçelerinin sayısının düşürülmesi, yani diğer bir ifadeyle 17 çocuk bahçesinin kapatılması;

★ Çocuk bahçelerindeki eğitimcilerin sayısının azaltılması ve şimdiye kadar akşam 19.30'a



Dortmund'da belediyenin çocuk bahçelerinin sayısını azaltmak istemesi yerli ve yabancı emekçiler tarafından protesto edildi.